

BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



### **Schwerpunkt:**

Europa- und  
Kommunalwahlen

### **Themen:**

Kreisbrandmeister blicken  
über die Landesgrenzen

Europaarbeit im  
Landkreis Calw

2. Regionalkonferenz  
des Landkreistags  
„Integration durch  
Bürgerschaftliches  
Engagement“

### **Nachrichten:**

Vier Landkreise erhalten  
European Energy Award

Grenzübergreifender  
Landrätesprengel

### **Personalien:**

Toni Huber und Zeno Danner  
als neue Landräte gewählt

Hanno Hurth wiedergewählt



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

## **HERAUSGEBER:**

Landkreistag Baden-Württemberg  
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart  
Telefon 0711 / 22 46 20  
Telefax 0711 / 2 24 62-23  
www.landkreistag-bw.de  
posteingang@landkreistag-bw.de

## **REDAKTION:**

Hauptgeschäftsführer  
Dr. Alexis v. Komorowski,  
Beate Zabukovec

## **STÄNDIGE MITARBEIT:**

Pressestellen der Landratsämter  
in Baden-Württemberg

## **EMPFÄNGER:**

Die Mitglieder der Kreistage,  
des Landtags und des Bundestags,  
Landes- und Kommunalbehörden,  
Verbände und kommunalpolitisch  
interessierte Persönlichkeiten.  
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers  
gekennzeichnet sind, geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,  
nur mit Zustimmung der Redaktion.

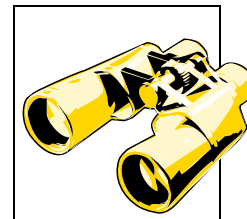
## **SATZ UND DRUCK:**

Offizin Scheufele Druck und Medien  
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Gedruckt auf umweltfreundlich,  
chlorfrei hergestelltem Papier.

## **BILDNACHWEIS:**

Titel: Landratsämter, Grafische Werke Stuttgart, Europe Direct Informationszentrums Stuttgart, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg; vaptic GmbH.png; S. 2, 5, 61: Landkreistag; S. 7: Staatsministerium Baden-Württemberg; S. 9: Chaperon; S. 12: Ministerium der Justiz und für Europa; S. 14: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; S. 17, 18: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg; S. 21: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg; S. 24: Demokratiezentrum Baden-Württemberg; S. 27, 28: Landesjugendring Baden-Württemberg; S. 30: Charlotte Schneidewind-Hartnagel privat; S. 32, 34, 35: Europe Direct Informationszentrums Stuttgart; S. 33 o. li.: Europäische Union; S. 33 o.re., 65: Landratsamt Ostalbkreis; S. 33 u.: L. Gude, JEF; S. 36, 37, 38: Hochrheinkommission; S. 42: LRA Biberach; S. 45: Anja Bertsch; S. 46 o., 68: LRA Lörrach; S. 46 u.: IQ-Netzwerk über LRA Böblingen; S. 50, 51: Johannes Fuchs; S. 53: Feuerwehr der Stadt Kehl; S. 54 o. und u. re.: vaptic GmbH.png; S. 54 u. li., 55, 56: LRA Calw; S. 57: LRA Waldshut; S. 58, 63: LRA Alb-Donau-Kreis; S. 59: LRA Lörrach; S. 62 li., 64: LRA Emmendingen; S. 62 Mitte: LRA Konstanz; S. 62 re.: LRA Rastatt; S. 66: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg; S. 67, 84: LRA Karlsruhe; S. 69: LRA Tübingen; S. 70: Hermann Schmider, Fotowettbewerb „Der schönste Wald im Ortenaukreis“; S. 71 o.: FVG Schwäbischer Wald; S. 71 u.: Tourismusverband „Liebliches Taubertal“; S. 74: LRA Esslingen; S. 76, 80, 90: LRA Rems-Murr-Kreis; S. 77, 82, 83: LRA Böblingen; S. 78: Landesamt für Geoinformation und Landesentwicklung Baden-Württemberg über Staatsministerium Baden-Württemberg; S. 79: Conseil Départemental du Bas-Rhin; S. 81: LRA Schwäbisch Hall; S. 85, 86 LRA Neckar-Odenwald-Kreis; S. 87, 91: LRA Ortenaukreis; S. 88 o.: LRA Ravensburg; S. 88 u., 89: LRA Ludwigsburg; Rückseite: LRA Bodenseekreis



# INHALT

## THEMEN

- Editorial  
**Von Hauptgeschäftsführer Dr. Alexis v. Komorowski** Seite 5
- Baden-Württemberg in Europa  
**Von Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL** Seite 7
- Kommunalwahlen und Europawahl 2019  
**Von Thomas Strobl, stellv. Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Stuttgart** Seite 9
- Der Beitrag des Landes in der Debatte um die Zukunft der EU und die Bedeutung der Europawahl für Baden-Württemberg  
**Von Guido Wolf MdL, Minister der Justiz und für Europa, Stuttgart** Seite 12
- Europawahl und Kommunalwahlen 2019: Aufgaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg  
**Von Dr. Carmina Brenner, Stuttgart** Seite 14
- Erstwählerkampagne zur Kommunalwahl 2019  
**Von Karl-Ulrich Templ, Stuttgart** Seite 16
- Erstwähler im Jahr 2019: Bedeutung und Herausforderungen von digitalen Medien  
**Von Sascha Schmidt, Stuttgart** Seite 20
- Die Partizipationsfähigkeit von jungen Menschen durch projektorientierte Beteiligungsformen nachhaltig stärken  
**Von Melanie Schmitt, Stuttgart** Seite 22
- Genies wählen  
**Von Jürgen Dorn, Stuttgart** Seite 27
- Nach 100 Jahren wird es endlich Zeit  
**Von Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Stuttgart** Seite 30
- Europa und Baden-Württemberg: eine vielschichtige und erfolgreiche Beziehung  
**Von Dr. Stefanie Woite-Wehle, Stuttgart** Seite 32
- Europa in der Region – das grenzüberschreitende Engagement der Landkreise am Hochrhein  
**Von Vanessa Edmeier, Waldshut-Tiengen** Seite 36
- Der historische Weg zum Frauenwahlrecht  
**Von Sigrid Arnold, Biberach** Seite 39
- Landkreis Emmendingen startete eine Veranstaltungsreihe FRAUEN FIT MACHEN FÜR KOMMUNALPOLITIK Seite 44
- Politik & Pizza Seite 45

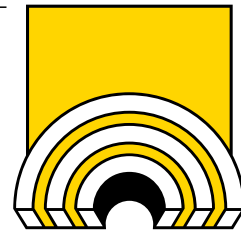
- Berufliches Empowerment für geflüchtete Frauen im Landkreis Böblingen  
**Von Alena Babeyeva, Böblingen** Seite 46
- Flucht und Trauma – Integration braucht seelische Stabilität  
**Von Johannes Fuchs, Konstanz** Seite 49
- Kreisbrandmeister blicken über die Landesgrenzen  
**Von Oliver Surbeck, Ravensburg, und Andy Dorroch, Ludwigsburg** Seite 52
- Europaarbeit im Landkreis Calw  
**Von Janina Müssle, Calw** Seite 53

## **NACHRICHTEN**

- Elektrifizierung der Hochrheinstrecke nimmt weiter Fahrt auf Seite 57
- Grenzübergreifender Landrätesprengel traf sich in Langenau Seite 58
- Ausgezeichnet!  
Insgesamt 37 Kommunen, darunter vier Landkreise im Land erhalten European Energy Award Seite 59
- Weiterentwicklung der Landesstrategie 2020 Seite 60
- Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 133/2018 des Staatsministeriums  
„Kabinett beschließt Jahreskrankenhausprogramm 2019“ Seite 60
- Zumeldung zur dpa-Meldung lsw 0312 „Weniger Infektionen durch Krankenhauskeime“ Seite 60
- Erster bundesweiter Tag des Gesundheitsamtes – Hauptgeschäftsführer Dr. von Komorowski:  
„Die Expertise des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist unverzichtbar!“ Seite 60
- Der Bund muss sich in bisherigem Umfang an den Flüchtlingskosten beteiligen! Seite 61
- Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 33/2019 des Staatsministeriums  
„Ministerrat macht Weg frei zu neuem Forstgesetz“ Seite 61

## **PERSONALIEN** Seite 62

## **SPEKTRUM** Seite 63



## Schicksalswahlen?

Liebe Leserinnen und Leser!

Die erste Ausgabe der Landkreisnachrichten in diesem Jahr setzt den Schwerpunkt auf die Kommunal- und Europawahlen. Denn am 26. Mai wird der Souverän die politischen Karten neu mischen. Die Bürgerinnen und Bürger werden an der Wahlurne darüber entscheiden, wer künftig ihre Interessen vertreten wird – in den baden-württembergischen Gemeinderäten und Kreistagen, zugleich aber auch im Europäischen Parlament.

Die Wahlen fallen in eine Zeit voller Widersprüche. Einerseits ging es uns selten so gut wie heute: In einer einmaligen Phase des Friedens im Herzen Europas profitieren wir – auch als Kommunen – von einer prosperierenden Wirtschaft und den daraus erwachsenden Handlungsspielräumen. Andererseits herrscht ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verunsicherung: Studien belegen, dass die Angst um die berufliche Zukunft, die Sorge um unseren Planeten und die Furcht vor dem sozialen Abstieg massiv zugenommen haben. In unübersichtlichen Zeiten wie diesen werden demokratische Wahlen gerne zu „Schicksalswahlen“ hochstilisiert.

Doch stehen uns tatsächlich „Schicksalswahlen“ ins Haus? Schicksalswahl bedeutet bei Lichte betrachtet doch, dass man nach der Wahl die Geschehnisse des Gemeinwesens nicht mehr wirklich in der Hand hat. Die Schicksalswahl heißt so, weil nach dem Urnengang nur mehr das von menschlichem Zutun unbeirrte



Verhängnis greift. Damit wird es überdeutlich: Schicksalswahlen sind der Demokratie wesensfremd. Demokratische Wahlen vermitteln immer nur Macht auf Zeit. Und demokratische Wahlen ermöglichen es, einmal getroffene Entscheidungen zu revidieren. Demokratische Wahlen sind daher das exakte Gegenteil von Schicksalswahlen. Oder um es noch pointierter zu formulieren: Schicksalswahlen markieren das Ende der Demokratie, wie es bei der zu Recht so genannten Schicksalswahl vom 5. März 1933 der Fall war. Daher mag es zwar bezeichnend für unsere Erregungsdemokratie sein, dass die Wahlen vom 26. Mai verschiedentlich zu Schicksalswahlen dramatisiert werden. Sie sind es aber zu unser aller Glück gerade nicht.

Wichtig, bedeutsam und weichenstellend sind die Kommunal- und Europa-

wahlen vom 26. Mai 2019 aber gleichwohl. Denn zum einen sind sie ein Seismograph dafür, wie robust unsere Demokratie derzeit ist. Wie wird die Wahlbeteiligung ausfallen? Bleiben Politikverdrossenheit und Staatsmüdigkeit auf dem Vormarsch oder gelingt es, die Bürgerinnen und Bürger mit der Botschaft zu mobilisieren, dass sie im wahrsten Sinne des Wortes die Wahl haben? Und was wird aus den Rechtspopulisten? Sie zurückzudrängen ist umso wichtiger, als sie just das verächtlich machen, was kommunale und europäische Demokratie im Kern gleichermaßen ausmacht, nämlich die notwendig kompromisshafte Suche nach pragmatischen Lösungen für eine offene Gesellschaft.

Wichtig, bedeutsam und weichenstellend sind die Kommunal- und Europawahlen vom 26. Mai zum anderen aber auch, weil die Herausforderungen groß und der Handlungsdruck gewaltig ist. Bemerkenswert, wenn auch nicht wirklich verwunderlich ist dabei, dass etliche der anzugehenden Themen sowohl eine kommunale als auch eine europäische Dimension haben. Nehmen wir als Beispiel nur die Stimulierung der Wirtschaft, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, die Förderung des Klimaschutzes oder die Vertiefung der Digitalisierung. Kommunale und europäische Politik stehen dabei in einem Verhältnis der Wechselbezüglichkeit. So steht außer Frage, dass wir vielfach übergreifende Lösungen brauchen. Schon der Blick auf die aktuellen Debatten, angefangen bei effektiver Luftreinhaltung und wirk-

samem Klimaschutz, über vorausschauende Wirtschaftspolitik und die Zukunft in einer digitalisierten Welt, bis hin zur sozialen Teilhabe und zum Umgang mit Migration verdeutlichen den dringenden Bedarf an übergreifenden Lösungen. Diese übergreifenden Lösungen werden nur im Rahmen der Europäischen Union zu finden sein. Der Erfolg dieser Lösungen indes wird an der Umsetzung vor Ort gemessen werden. Daher benötigen wir starke kommunale Gebietskörperschaften – Landkreise, Städte und Gemeinden – denen genügend Handlungsspielraum verbleibt, um diese übergreifenden Lösungen vor Ort nicht nur blind zu exekutieren, sondern sie mit Leben zu erfüllen und ihnen so zu optimaler Wirksamkeit zu verhelfen.

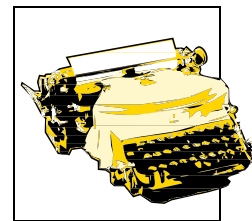
Den kommunalen Gremien, die am 26. Mai 2019 neu zu besetzen sind, kommt für eine gute und nachhaltige Gestaltung unserer Lebensräume eine zentrale Bedeutung und besondere Verantwortung zu. Die vielfältigen Zukunftsaufgaben in den Landkreisen, Städten und Gemeinden werden auch in den kommenden fünf Jahren nur deshalb zu bewältigen sein, weil sich landauf, landab Kreisrätinnen und Kreisräte, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ehrenamtlich engagieren, im Interesse und zum Besten der Allgemeinheit auf Freizeit verzichten. Drängende kreiskommunale Anliegen wie der Ausbau der Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur, die nachhaltige Sicherung der Gesundheitsversorgung oder die Aufrechterhal-

tung eines gleichermaßen umfassenden wie auch finanzierbaren Sozialsystems wären ohne das ehrenamtliche Engagement der Kreisrätinnen und Kreisräte nicht umsetzbar. Daher sei an dieser Stelle allen gedankt, die sich für den Kreistag zur Wahl stellen. Sie überlassen die Demokratie nicht dem Schicksal, sondern halten sie aktiv lebendig.



---

Dr. Alexis v. Komorowski,  
Hauptgeschäftsführer,  
Landkreistag Baden-Württemberg



## THEMEN

# Baden-Württemberg in Europa

Von Ministerpräsident Winfried Kretschmann Mdl

Sehr geehrte Damen und Herren, ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen, Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Über Jahrhunderte hinweg hat uns die Lage inmitten des Kontinents endlose Kriege beschert. Seit Gründung der EU gab es in der europäischen Geschichte noch nie so lange Frieden, Stabilität und Wohlstand. Heute ist die Lage im Herzen Europas ein Segen. Kaum ein Land hat dem europäischen Einigungswerk so viel zu verdanken wie unseres. In Baden-Württemberg haben wir den Satz „Europa ist unsere Zukunft!“ tief verinnerlicht. Die Errungenschaften der europäischen Einigung werden hier besonders deutlich. Mit unseren Nachbarn verbindet uns eine enge und freundschaftliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Wir sind die innovativste und exportstärkste Region Europas. Die EU hat maßgeblich dazu beigetragen. Gleichzeitig erleben wir beträchtliche Veränderungen. Die großen Herausforderungen unserer Zeit machen vor den Grenzen der Nationalstaaten nicht halt: die Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche, die Globalisierung, die innere und äußerer Sicherheit, die Klimakrise, der Verlust der Artenvielfalt und die künftige Gestaltung des Europäischen Asylsystems. Die internationale Ordnung ist im Umbruch. Globale Machtverhältnisse verändern sich. Auseinandersetzungen in Handelsfragen führen weltweit zu fortschreitendem Protektionismus. Neben Frieden und Wohlstand in Europa ist der EU damit eine weitere gewichtige



Aufgabe hinzugekommen: die Vertretung europäischer Interessen in einer globalisierten Welt. Selbst die großen Mitgliedstaaten sind auf den Rang von regionalen Kräften geschrumpft. Der Anteil der einzelnen EU-Länder an der Weltbevölkerung wird bald nur noch in Promille zu messen sein, nicht mehr in Prozent. Wir werden als Europäer in der Welt keine Rolle mehr spielen, wenn wir nicht gemeinsam als Europäer auftreten. Allerdings nehmen die Fliehkräfte innerhalb der EU eher zu. Viele Menschen zweifeln an Europa und wünschen sich zurück in einen rein nationalen Orientierungsrahmen. Die Brexit-Befürworter haben das auf eine einfache Formel gebracht: „Taking back control“. Sie haben einen Wiedergewinn an Souveränität

versprochen. In einer globalisierten Welt ist jedoch das Gegenteil der Fall. Alleine europäisches Handeln kann Souveränität in einer enger zusammenwachsenden Welt tatsächlich gewährleisten. Das Vereinigte Königreich aus der EU herauszulösen, hat sich zu einem kräftezehrenden Drama entwickelt. Das Land wird für sehr lange politisch und gesellschaftlich in Beschlag genommen, obwohl man sich doch sehr viel dringender den wichtigen Zukunftsthemen zuwenden müsste. Bereits heute ist klar, dass wir alle durch den Brexit verlieren werden, am allermeisten die Briten selbst. Das Referendum über den Brexit hat uns vor Augen geführt, dass die europäische Einigung nicht auf ewig gesichert ist. Zum ersten Mal will ein Land aus der EU austreten und nicht eintreten – wenn man vom Sonderfall Grönland einmal absieht. Und zwar nicht irgendein Land, sondern das Land mit der drittgrößten Bevölkerung und der zweitgrößten Wirtschaftskraft. Plötzlich steht nicht alleine die Zukunft des Vereinigten Königreichs auf dem Spiel, sondern die der EU insgesamt. Das Brexitvotum hat uns die Verletzlichkeit des europäischen Einigungsprojekts vor Augen geführt. Der Ausgang des Referendums am 23. Juni 2016 war ein bitterer Tag für die EU und auch ein bitterer Tag für Baden-Württemberg. Unser Land ist mit dem Vereinigten Königreich in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft eng verbunden. Baden-Württemberg hat sich die Zukunft Europas schon immer zu Herzen

genommen und aktiv mitgestaltet. Und das kommt nicht von ungefähr. Unsere Landesverfassung gibt uns den Auftrag, dieses Land in einem vereinten Europa zu gestalten und an einem Europa der Regionen aktiv mitzuwirken. Und es steht nicht irgendwo in der Landesverfassung, sondern gleich am Anfang, in der Präambel – dort, wo es um die Kernverpflichtungen geht. Die Landesregierung sah sich daher durch die Brexit-Entscheidung aufgefordert, sich aktiv in die Debatte über die Zukunft der EU einzubringen.

Im Rahmen einer Regierungserklärung zum Brexit im Landtag von Baden-Württemberg habe ich dazu aufgerufen, in einem breiten Prozess der Diskussion und des Zuhörens mit den Baden-Württembergern und Baden-Württembergern darüber zu diskutieren, welche EU wir uns aus Sicht des Landes zukünftig vorstellen. Dabei sollten sich Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbände, Kirchen und Kultur mit Impulsen einbringen.

Das Staatsministerium und das Ministerium der Justiz und für Europa haben daraufhin einen breit angelegten Europadialog zur Zukunft der EU durchgeführt. Getreu dem Selbstverständnis des Landes als Motor der Europäischen Integration wurde der Europadialog mit dem Titel „Wir gehen schon mal vor!“ überschrieben.

Für den Europadialog wurde eine hochrangige Expertenkommission eingesetzt mit Vertreterinnen und Vertretern des Landtags und des Europäischen Parlaments, den Kommunalen Spitzenverbänden, aus Wirtschaft und Gewerkschaften, mit Bischöfen des Landes, Kultur- und Medienschaffenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen. Ergänzend wurden Fachforen zu fünf Schwerpunktthemen gebildet: zu Jugend, Kommunen, Sicherheit, Innovation und Umwelt.

Im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen wurde zudem das Gespräch mit

hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern gesucht. Für den Europadialog waren unter anderem der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker, der Bundespräsident Österreichs Dr. Alexander van der Bellen, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Andreas Voßkuhle und EU-Kommissar Günther Oettinger in Baden-Württemberg zu Gast.

In Bad Mergentheim, Rastatt, Ravensburg, Tuttlingen, Freiburg und Stuttgart wurden Bürgerdialoge mit der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler durchgeführt. Das dabei angewandte Verfahren mit „Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern“ bildete das besondere Merkmal des Europadialogs in Baden-Württemberg. Mithilfe des Einwohnermeldeverzeichnisses wurden Bürgerinnen und Bürger nach dem Zufallsprinzip ermittelt und persönlich zu den Bürgerdialogen vor Ort eingeladen. Damit fanden sehr vielfältige und unterschiedliche Sichtweisen Eingang in den Dialogprozess. Die Ergebnisse des Verfahrens zeigen, wie wichtig eine Politik des Gehörtwerdens ist. Die Protokolle der Gesprächsrunden füllen Aktenordner.

Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht „europamüde“. In den engagierten und konstruktiven Diskussionen zeigte sich eine beeindruckend positive Grundstimmung gegenüber der EU – wenngleich durchaus auch Kritik geäußert wurde. Diese betraf insbesondere den Erhalt kultureller Eigenheiten oder eine zu große Bürokratie.

Die Schlussfolgerungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Experten sind in ein neues Europa-Leitbild der Landesregierung eingeflossen. Das Leitbild wurde im Januar dieses Jahres beschlossen und anschließend an den Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker und EU-Kommissar Günther Oettinger überreicht.

Die erste Feststellung im Leitbild lautet: Wir brauchen noch viel stärker ein Europa der Werte! Für manche ist die EU bloß

eine Interessen- oder Wirtschaftsgemeinschaft. Für uns im Land ist sie allerdings mehr, sie ist nämlich vor allem eine Wertegemeinschaft. Wir stehen für eine EU der Freiheit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Deshalb darf die EU keinen Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bei ihren Mitgliedstaaten tolerieren. Die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards muss auch bei der Auszahlung von EU-Fördermitteln maßgeblich sein.

Wir brauchen mehr europäische Handlungsfähigkeit. Das ist eine weitere zentrale Schlussfolgerung. Die Bürgerinnen und Bürger haben weniger über die alltäglichen Dinge geredet, sondern vor allem das große Ganze ins Auge gefasst. Viele wollen ein geschlosseneres und entschlosseneres Auftreten der EU – etwa in der Außen-, Wirtschafts- oder Umweltpolitik. Die Menschen wollen ein Europa, das enger zusammenführt und uns vor allem nach außen eine gemeinsame Stimme gibt. Die EU müsse Führung übernehmen, wenn es darum geht, den Klimawandel, das Artensterben und die Verschmutzung der Weltmeere einzudämmen. Dazu zählt ein entschlossener Einsatz für eine konsequente Kunststoffreduzierung und eine wirksamere Gestaltung des Emissionshandels. In Baden-Württemberg streben wir zum Erhalt der Artenvielfalt einen Anteil von 30% ökologischer Landwirtschaft an. Wenn es um die gemeinsame Sicherheit und Verteidigung oder den Schutz der europäischen Außengrenzen geht, müssen wir innerhalb der EU besser zusammenarbeiten.

Zugleich soll es eine Balance geben – zwischen den Besonderheiten der Regionen und den einheitlichen und verbindlichen Lösungen für alle. Die EU muss nicht überall im Alltag präsent sein. Die Menschen wollen mehr EU bei den großen, alle verbindenden Fragen. Überraschend ist, dass sie der EU dabei oft mehr zutrauen als der nationalen Ebene. Ihnen ist klar, dass unser Weg in die Globalisierung „Europa“ heißt! Sie wis-



sen sehr wohl, dass wir die EU brauchen, um bei den Schlüsseltechnologien wie der Digitalisierung, bei der Künstlichen Intelligenz oder bei der Elektromobilität mit China und den USA Schritt zu halten. Und so gut wie niemand plädierte bei den großen Fragen für nationalstaatliche Lösungen. Auch das war aufschlussreich. Deutlich wurde aber auch: Wir brauchen keinen europäischen Zentralismus. Dafür muss Europa Subsidiarität leben. Eine Kultur der Subsidiarität, für die sich Baden-Württemberg stets eingesetzt hat, gibt Mitgliedstaaten, Ländern, Landkreisen, Städten und Gemeinden den Spielraum, auf lokale und regionale Unterschiede im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger einzugehen. Nur wenn die unteren Ebenen ein Problem nicht lösen können, braucht es Lösungen auf der nächsthöheren Ebene. Deshalb wollen wir eine EU, die die Dinge von unten nach oben denkt. Über die Gestaltung der Wasserversorgung vor Ort können die Kommunen selbst viel besser entscheiden als Brüssel. Und die Kreissparkassen oder die örtlichen Volksbanken brauchen nicht die gleiche euro-

paweite Risikovorsorge und Überprüfung wie die Großbanken. Denn in den Kommunen wird Politik konkret. Hier wird der Sinn für das Notwendige, Sinnvolle und Machbare geschärft. Die Suche nach Kompromissen und tragbaren Lösungen ist wichtiger als ideologische Prägungen. Denn demokratische Politik wird hier nah an den Bürgerinnen und Bürgern und nah an den Problemen vor Ort gemacht. Wir dürfen nicht alles harmonisieren, sondern brauchen Platz für Verschiedenheit, für ein Europa der Regionen, das den Menschen Heimat gibt.

Die nächste Reform der EU sollte sich deshalb auch der Frage widmen: Wie verteilen wir in Zukunft die Kompetenzen zwischen der EU, den Mitgliedstaaten, den Regionen und den Kommunen? Wir wollen eine Kompetenzordnung, die die EU bei den großen Fragen stärkt und die den Regionen und Kommunen mehr Freiraum für die Dinge gibt, die besser vor Ort entschieden werden.

Die Städte und Gemeinden sind die Grundpfeiler unseres Staatswesens. Kommunal- und Europawahlen gehören

daher zusammen. Europa fängt nicht in Brüssel an, nicht in den Fluren der Europäischen Kommission. Europa beginnt bereits in den Kommunen. Dies sollten wir für die Wahlen im kommenden Mai bedenken.

Die kommende Europawahl ist die wichtigste, die wir jemals hatten. Es geht um eine Weichenstellung für die kommenden Jahrzehnte. Es geht darum, ob wir es schaffen, die EU zu erneuern, zu verbessern und stärker zu machen. Oder ob wir zulassen, dass sie ihren Widersachern in die Hände fällt. Es geht tatsächlich um eine Richtungsentscheidung: Wollen wir die EU zukunftsfest machen und erneuern oder wollen wir uns davon verabschieden?

Für diese Richtungsentscheidung muss man selbst wissen, welchen Weg die EU einschlagen soll. Die Gestalt und Wirkungsmacht der EU wird von uns am 26. Mai 2019 bei den Europawahlen mitentschieden.

Das Europa-Leitbild der Landesregierung finden Sie unter [www.europadialog-bw.de](http://www.europadialog-bw.de).

## Kommunalwahlen und Europawahl 2019

Von Thomas Strobl, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Stuttgart

Am 26. Mai 2019 finden in Baden-Württemberg die Kommunalwahlen und die Europawahl statt. Neben der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments wählen die Bürgerinnen und Bürger die Gemeinde- und Ortschaftsräte, die Kreisräte und in der Region Stuttgart außerdem die Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart.



### Kommunalwahlen

Die Kommunalwahlen sind für Baden-Württemberg und die Kommunen im Land ein wichtiges Ereignis: Einsatzbereitschaft und Engagement für unsere Demokratie sollen bei uns weiterhin lebendig bleiben – und eine lebendige Demokratie zeigt sich am unmittelbarsten auf kommunaler Ebene. Rund 20 000 Gemeinderäte in den 1101 Städten und Gemeinden, circa 13 000 Ortschaftsräte in etwa 1640 Ortschaften, rund 2000 Kreisräte in den 35 Landkreisen sowie die 80 Mitglieder der Regional-

versammlung Stuttgart werden gewählt, um sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in den kommenden fünf Jahren für die Allgemeinheit zu engagieren. Gerade auf der kommunalen Ebene gibt es einen besonders unmittelbaren Bezug zu den alltäglichen Herausforderungen der Menschen – Wähler und Gewählte stehen auf der kommunalen Ebene in besonders engem Kontakt. Die Ortschafts-, Gemeinde- und Kreisräte übernehmen direkte Verantwortung für das Lebensumfeld ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

## **Demokratie in der kommunalen Selbstverwaltung**

Das Recht der kommunalen Selbstverwaltung wird den Gemeinden und Landkreisen unmittelbar aufgrund des Grundgesetzes und unserer Landesverfassung garantiert. Nach Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes muss den Gemeinden das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Zuständigkeit der Gemeinde- wie der Kreisräte ist vielfältig: So beraten und entscheiden Gemeinderäte über die Bauleitplanung, die Höhe der Gemeindesteuern, wie z. B. der Gewerbesteuer oder der Grundsteuer, und über kommunale Einrichtungen wie Spielplätze, Gemeindehäuser und vieles mehr. Im Kreistag wird über die Abfallbeseitigung entschieden, das berufliche Schulwesen oder die Krankenhausversorgung. Diese Bandbreite an Entscheidungskompetenzen betrifft die Bürgerinnen und Bürger direkt. Insofern muss es ein Anliegen einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers sein, selbst über die Vertreter in den kommunalen Gremien zu entscheiden oder sich gar selbst im Gemeinderat oder Kreistag zu engagieren. Diese wichtigen Ehrenämter sind in unserer Landesverfassung als Ausdruck der kommunalen Selbstverwaltung durch die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar

verankert. In Artikel 72 Absatz 1 heißt es: „In den Gemeinden und Kreisen muss das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist“. Dabei leisten die Ortschafts-, Gemeinde- und Kreisräte im Rahmen ihres Ehrenamtes viel, denn die Tätigkeit ist oftmals mit einem großen Arbeits- und Zeitaufwand verbunden. Mein Dank gilt all jenen, die sich bisher, nun erneut oder auch erstmals, auf diese Weise für das Gemeinwohl engagieren.

Das kommunale Ehrenamt – ob im Gemeinderat, im Ortschaftsrat, im Kreistag oder in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart – ist nach wie vor ein interessantes und vielseitiges Betätigungsfeld, zumal bei den Beratungen und Entscheidungen die langen Linien im Blick zu behalten sind und die Auswirkungen der eigenen Entscheidungen zur Entfaltung kommen. Direkt-demokratische Elemente in unserem Kommunalverfassungsrecht können in Bezug auf aktuelle Einzelfragen zwar eine wertvolle Ergänzung darstellen. Sie können Bürgerinnen und Bürger für eine aktive Teilnahme begeistern. Die langen Linien kommunaler Erwägungen freilich und die Tragweite vieler Einzelentscheidungen über mehrere Jahre zu begleiten und zu vertreten, liegt aber in der besonderen Verantwortung der ehrenamtlich Tätigen in den kommunalen Gremien. Diese Form aktiver Mitgestaltung hat ihren ganz eigenen Reiz und eine wertvolle Bedeutung für das Allgemeinwohl. Das kann ich aus eigener Erfahrung nur unterstreichen – ich war selbst 27 Jahre ehrenamtlich in der Kommunalpolitik. Der Gedanke, man könne ohnehin nichts bewegen, ist grundfalsch. Doch: Wer sich ehrenamtlich in kommunalen Gremien einbringt, kann viel bewegen für die Gesellschaft und für seine Heimat!

## **Das Kommunalwahlrecht**

Die Möglichkeiten für Gemeinde- und Kreisräte, Einfluss auf das gemeindliche

Zusammenleben vor Ort zu nehmen, sind ebenso vielfältig wie die Möglichkeiten der Wählerinnen und Wähler, ihre Vertretung vor Ort auszuwählen. In Baden-Württemberg haben die Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit, Stimmen zu häufen und damit bis zu drei Stimmen einer Kandidatin bzw. einem Kandidaten zu geben (Kumulieren) und Kandidatinnen und Kandidaten von verschiedenen Wahlvorschlägen zu wählen (Panaschieren). Sie sind nicht an eine von Parteien und Wählervereinigungen vorgegebene Reihenfolge gebunden, sondern können bei den jeweiligen Listen gezielt den Kandidatinnen und Kandidaten ihre Stimme geben, die sie für besonders geeignet halten. Dies bietet den Wählerinnen und Wählern die besondere Chance, die Zusammensetzung der Ortschafts- und Gemeinderäte und der Kreistage nach ihren persönlichen Wünschen und Bedürfnissen zu bestimmen.

Aber auch für die Kandidatinnen und Kandidaten ist es eine Chance, abseits der Reihenfolge auf der Liste, wie sie auf den Aufstellungsversammlungen der Parteien und Wählervereinigungen festgelegt wird, am Ende ein besseres Stimmergebnis erzielen zu können als höher platzierte Kandidatinnen und Kandidaten. Durch dieses auf die eigene Person gerichtete Votum der Wählerinnen und Wähler haben die Gewählten eine besonders starke Stellung. Sie können sich einer ihnen persönlich geltenden Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bewusst sein und mit entsprechendem Selbstbewusstsein die Interessen der Gemeinde vertreten.

## **Europawahl**

Am 26. Mai 2019 findet neben den Kommunalwahlen auch die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Diese Wahl feiert 2019 ihr vierzigjähriges Jubiläum: Im Juni 1979 fand die erste Wahl zum Europäischen Parlament statt – bis dahin waren die Europäischen Parla-

mente gebildet aus Vertreterinnen und Vertretern der nationalen Parlamente. Seit 1979 wird das Europäische Parlament direkt in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl von den Bürgerinnen und Bürgern in der EU gewählt. Die Europäische Union ist gerade für das Land Baden-Württemberg mit seiner zentralen Lage in Europa von immenser Bedeutung. Aber auch im Hinblick auf die aktuelle internationale Situation hat eine starke Europäische Union einen höheren Stellenwert denn je. Das Europäische Parlament hat in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter an Bedeutung und Kompetenzen hinzugewonnen. Daher ist es wichtig, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit der Unterstützung einer hohen Wahlbeteiligung in Straßburg und Brüssel die Interessen unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger vertreten können. Wir alle sind aufgerufen, die faszinierende Idee eines vereinten Europas, die uns Deutschen so viel Frieden, Wohlstand und Freiheit gebracht hat, durch die Teilnahme an der Wahl zu unterstützen.

Darüber hinaus sind auch bei den Kommunalwahlen die Bürgerinnen und Bürger von EU-Mitgliedstaaten, die in Baden-Württemberg wohnen, aktiv und passiv wahlberechtigt.

Aus meiner Sicht ist es mittlerweile gute Tradition, die Kommunalwahlen und die Europawahl auf einen Wahltag zusammenzulegen. Dies ist zum einen effizient, da sich bei der Durchführung der Wahlen viele organisatorische Maßnahmen gemeinsam durchführen lassen und der Organisationsaufwand deutlich geringer ist. Zum anderen ist aber auch eine höhere Beteiligung an beiden Wahlen zu beobachten, was ein besonders erfreulicher Effekt ist.

### **Die Kommunalwahlen und die Europawahl als organisatorische Herausforderung**

Die gemeinsame Durchführung der Kommunalwahlen und der Europawahl ist zwar effizient, nichtsdestotrotz ist die Durchführung für die Kommunen eine organisatorische Mammutaufgabe. Für die Gemeinden und Kreise bedeuten die Wahlen, dass Wählerverzeichnisse gepflegt, Wahlbenachrichtigungen, Stimmzettel und Briefwahlunterlagen erstellt und versandt werden müssen. Dazu müssen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer gewonnen und geschult werden, um die Stimmabgabe im Wahllokal und die Auszählung der Stimmzettel – die bei den Kommunalwahlen besonders an-

spruchsvoll und aufwändig ist – sorgfältig durchzuführen.

Mein besonderer Dank gilt allen, die dabei mit hohem persönlichem Einsatz die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltung sichtbar machen und diese große Aufgabe jedes Mal so gut bewältigen.

### **Zur Wahl gehen**

Es verdient höchste Anerkennung, was die ehrenamtlichen Gemeinderäte, Ortschaftsräte, Kreisräte und Regionalräte, die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort, aber auch die Abgeordneten Baden-Württembergs in der Europäischen Union leisten und wieviel Einsatz sie zeigen. Daher ist es umso wichtiger, dass wir uns alle bewusst machen, welche Möglichkeiten wir haben, durch unsere Teilnahme an der Wahl unser Lebensumfeld zu gestalten. Zur Wahl zu gehen, ist elementarer Bestandteil der Demokratie und der kommunalen Selbstverwaltung.

Ich rufe alle Wahlberechtigten von ganzem Herzen dazu auf: Gehen Sie wählen! Ihre Stimme zählt!

# Der Beitrag des Landes in der Debatte um die Zukunft der EU und die Bedeutung der Europawahl für Baden-Württemberg

Von Guido Wolf MdL, Minister der Justiz und für Europa, Stuttgart

Europa und die Europäische Union befinden sich im Umbruch. Wirtschafts- und finanzpolitische Krisen haben unseren Kontinent erschüttert. Fragen von Migration und Zuwanderung haben heftige Debatten ausgelöst. Und unser einmaliges Modell von Frieden, Freiheit und Wohlstand sieht sich Herausforderungen aus aller Welt gegenüber. Europa braucht deshalb heute nichts dringender als überzeugte Europäerinnen und Europäer.

## Der Europa-Dialog der Landesregierung

Die Landesregierung hat im Jahr 2018 einen breit angelegten Europadialog gestartet, um die Menschen in Baden-Württemberg bei der Debatte um Europas Zukunft mitzunehmen. Das Ziel der Landesregierung war, im Dialogprozess die Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern genauso zu hören wie die von Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Landesregierung hat von Beginn an Wert darauf gelegt, die kommunale Perspektive in jeder Phase des Dialogprozesses mit einzubeziehen. Damit sollte der zentralen Funktion der Kommunen innerhalb der EU Rechnung getragen werden. Denn in vielen Politikfeldern ist die kommunale Ebene unmittelbar von europäischen Einwirkungen berührt. Zugleich sind es häufig die Gemeinden, Städte und Landkreise, die am stärksten mit der Anwendung und den Auswirkungen des gesetzten EU-Rechts befasst sind.

Aus diesem Grund wurde neben den Themen Innovation, Jugend, Sicherheit und Umwelt auch zum Thema Kommunen ein eigenes Fachforum gebildet, das sich schwerpunktmäßig aus Kommunalvertretern zusammensetzte. Auch im Expertenforum war die Stimme der Kommunen über die kommunalen Landesverbände vertreten. Zudem hatten die Kommunen im Rahmen der dritten Säule die Gelegenheit, sich durch eigene Veranstaltungsformate in den Dialogprozess einzubringen. So fanden in Aalen, Vellberg und Stuttgart Podiumsdiskussionen zu den Themen EU-Finanzien, grenzüberschreitender Arbeitsmarkt sowie Europa und der ländliche Raum statt. In Pforzheim, Tuttlingen und Stuttgart wurden Gesprächsrunden und Schulveranstaltungen zu den Themen Städtepartnerschaften und Regionalentwicklung organisiert.

Der Europadialog hat unterschiedliche Sichtweisen, Ideen und Anregungen offenbart. Im Mittelpunkt standen jedoch stets die gemeinsamen Überzeugungen: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit. Der Schutz von Frieden und Freiheit: Werte, die in manchen Ohren selbstverständlich klingen



mögen, die jedoch weder in ganz Europa noch der übrigen Welt heute selbstverständlich sind. Ich finde es daher wichtig, immer wieder an diese Fundamente des Hauses Europa zu erinnern. Sie gilt es jeden Tag zu bewahren, zu verteidigen und zu erneuern. Denn selbstverständlich ist gar nichts.

## Das Europa-Leitbild der Landesregierung

Das Ergebnis des Dialogprozesses ist das Europa-Leitbild der Landesregierung. Im Zentrum des Leitbildes stehen dabei zehn Zukunftsbilder, die aufzeigen, welchen Weg die EU künftig einschlagen

### Die zehn Zukunftsbilder des Europeitbildes der Landesregierung

1. Eine EU, die ihre gemeinsamen Werte lebt
2. Eine EU, die von unten aufgebaut
3. Eine EU, die handlungsfähig, rechtsstaatlich und demokratisch ist
4. Eine EU, die ihre Rolle in der Welt stark und verantwortungsvoll wahrnimmt
5. Eine EU, die Wohlstand und soziale Sicherheit bringt
6. Eine EU, die ihre Bürgerinnen und Bürger schützt
7. Eine EU, die Schutzbedürftigen Hilfe anbietet
8. Eine EU, die die Schöpfung und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt
9. Eine EU, die Wissen und Innovation fördert
10. Eine EU, die die Bürgerinnen und Bürger zusammenbringt

soll. Die Landesregierung überreichte das Leitbild Kommissionspräsident Juncker am 21. Januar 2019 in Brüssel.

## Europäische Zukunftsvisionen

Wir wollen kein einfaches „Weiter-So“ der europäischen Integration. Dies war nicht nur der Tenor aus vielen Rückmeldungen des Europadialogs. Dies war auch der Impuls, der von Anfang leitend für den Prozess war. Denn die Europäische Union kann und muss besser werden. Nicht jede Kritik an ihr, der bisweilen überbordenden Regelungsdichte und Bürokratie ist Ausdruck einer europakritischen Haltung. Vielmehr sollten uns konstruktive Debatten über Europas Zukunft willkommen sein. Nur im Dialog mit allen gesellschaftlichen Akteuren und Verbänden kann Europa seine Probleme lösen und sich auf die großen Zukunftsfragen konzentrieren, in denen die Europäische Union den Menschen einen echten Mehrwert bieten kann. Denn viele der großen Megatrends der Zukunft erfordern europäische Antworten, weil die Nationalstaaten alleine überfordert wären.

Dies betrifft die Digitalisierung und auch die Frage nach der Zukunft künstlicher Intelligenz. Hier braucht es europäische Lösungen. Die Europäische Union ist gefordert, mit der Weltspitze beim rasanten Wettlauf um Innovationen mitzuhalten. Die EU mit fast 500 Millionen Einwohnern hat die Handelsmacht, um weltweite Standards zu setzen. Sie bewahrt so unsere Art zu leben, zu wirtschaften und zu arbeiten auch im digitalen Zeitalter.

Fast 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die Welt unübersichtlicher denn je geworden. Die EU ist ein Ort des Friedens und der Stabilität. Konflikte prägen jedoch bereits unsere Nachbarschaft – von der Ukraine über den Nahen Osten bis hin nach Nordafrika. Eine stärkere Rolle der EU in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ist notwendig, um Stabilität und Frieden zu exportieren.

Das ist auch der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger. Langfristig können sich die Bürgerinnen und Bürger sogar eine Armee der Europäerinnen und Europäer vorstellen.

Die Europäische Union ist von großen inneren Gegensätzen geprägt. Das Voranschreiten einer Gruppe von Mitgliedstaaten über den Weg der verstärkten Zusammenarbeit kann helfen, die dringend notwendige Weiterentwicklung der EU zu sichern. Eine Allianz der Willigen ist hierfür wichtig. Diese verstärkte Zusammenarbeit ist jedoch kein Selbstzweck. Sie muss sich auf konkrete Politikfelder beziehen, in denen gemeinsames Handeln Vorteile bringt. Sie muss immer offen sein, damit sich weitere Mitgliedstaaten anschließen können.

## Neue Europäische Aufgabenverteilung

Eine EU der Zukunft braucht auch eine klarere Kompetenzverteilung. Dabei muss das Subsidiaritätsprinzip auch zum Maßstab für die Zuweisung von Aufgaben werden. Wir wollen eine EU, die von unten nach oben aufgebaut ist. Es muss eine Aufgabenpyramide geben – mit einem starken Fundament in den Kommunen, Landkreisen und Regionen und einer auf die großen Aufgaben konzentrierten Spitze bei der EU. So wie wir innerhalb Deutschlands um die richtige Balance zwischen Bund und Ländern ringen, brauchen wir auch eine Diskussion über die richtige europäische Balance. Ich wünsche mir dabei ein Europa der Regionen und kein Europa des Zentralismus.

## Europäischer Zusammenhalt

Ein solches Europa der Regionen gründet im Zusammenhalt der Menschen vor Ort. Es braucht die Partnerschaft der Europäerinnen und Europäer untereinander, das Sich-kennen-und-verstehen-Lernen über Grenzen hinweg. Die junge Generation lebt uns dies vor. Sie ist auf-

gewachsen in einem immer enger zusammenwachsenden Europa, sie lebt und lernt längst grenzüberschreitend. Dies gilt es zu unterstützen: Über einen deutlichen Ausbau der erfolgreichen Austauschprogramme oder durch digitale Informationsangebote. Gerade in Baden-Württemberg wird Europa an vielen Orten im Alltag ganz konkret erfahrbar – über Städtepartnerschaften, Schüleraustausche, Hochschulkooperationen oder in den Grenzregionen.

## Europawahl am 26. Mai 2019

Ausgehend von diesem Leitbild möchte die Landesregierung den Europadialog fortsetzen und die Themen fest im Blick behalten, die den Menschen im Land am Herzen liegen. Denn die Debatte um die Zukunft der EU ist weiter in vollem Gange. Die nächste große Weichenstellung steht an mit der Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019.

Bei der kommenden Wahl geht es mehr denn je darum, mit einer hohen Wahlbeteiligung ein Zeichen für Europa zu setzen, für Partnerschaft und Einheit über Grenzen hinweg, ein Zeichen für mehr Selbstbewusstsein in Europa. In Baden-Württemberg lag die Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen 2014 bei gerade einmal 52 Prozent. Zwar lag das Land im bundesweiten Vergleich damit noch mit an der Spitze. Wenn aber kaum mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme abgibt, ist das nicht nur enttäuschend, sondern höchst alarmierend. Unser demokratisches System funktioniert nur, solange wir als Bürgerinnen und Bürger unsere Demokratie auch mit Leben füllen und unsere Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen. Wenn wir uns nicht einbringen und Interesse zeigen, wird sich auch nichts in unserem Interesse bewegen.

Vielen Menschen ist zudem im Hinblick auf die Bedeutung der Europawahlen nicht bewusst: Zwei Drittel unseres geltenden Rechts beruhen unmittelbar oder mittelbar auf EU-Regelungen. Diese

Regelungen werden nicht in Hinterzimmern erlassen, sondern in transparenten Gesetzgebungsverfahren verabschiedet, an den das Europäische Parlament im Zusammenspiel mit EU-Kommission und dem Rat der Europäischen Union maßgeblich beteiligt ist. Das Parlament wirkt dadurch bei der Entscheidung über

politische Themen mit, die für die Zukunft der EU und damit für 512 Millionen Menschen wichtig sind.

Am 26. Mai seine Stimme nicht nur für die Kommune, in der man lebt, sondern auch für Europa abzugeben, liegt im ureigenen Interesse aller Europäerinnen und Europäer. Denn es sind unsere eige-

nen Angelegenheiten, um die es hier geht – und wir müssen uns um sie kümmern. Es geht darum, zu zeigen, dass wir das Schicksal Europas in die Hand nehmen und mitgestalten wollen. Ich bin davon überzeugt: Den Luxus, nicht wählen zu gehen, können wir uns nicht mehr leisten!

## Europawahl und Kommunalwahlen 2019: Aufgaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Von Dr. Carmina Brenner, Stuttgart

Am 26. Mai 2019 werden in Baden-Württemberg zeitgleich mehrere Wahlen abgehalten. Zum einen findet die neunte Direktwahl des Europäischen Parlaments statt. Daneben werden die „Kommunalparlamente“ Baden-Württembergs neu gewählt. Diese umfassen neben den Gemeinderäten in den 1101 Gemeinden und den Kreistagen in den 35 Landkreisen auch die Ortschaftsräte in den ca. 400 Gemeinden mit einer Ortschaftsverfassung. In der Region Stuttgart findet zudem die Wahl der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart statt.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg übernimmt bei Wahlen insbesondere bei der Ermittlung des amtlichen Wahlergebnisses für Baden-Württemberg eine wichtige Rolle. Im Folgenden werden die Aufgaben vorgestellt, die durch das Statistische Landesamt im Rahmen der Europawahl und der Kommunalwahlen erledigt werden.



Bei den Kreistagswahlen 2014 gaben insgesamt 49,6 % der wahlberechtigten Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger ihre Stimme ab. Wie bei früheren Kreistagswahlen errang erneut die CDU die meisten Stimmen. Von den gleichwertigen Stimmen<sup>1</sup> entfielen insgesamt 35,7 % auf die Christdemokraten. Gegenüber der vorangegangenen Wahl im Jahr 2009 stieg damit der Stimmenanteil der Partei um 1,1 Prozentpunkte. Den zweithöchsten Stimmenanteil erhielten die Wählervereinigungen mit unveränderten 24,3 % der gleichwertigen Stimmen, gefolgt von der SPD mit 17,6 % (0,3 Prozentpunkte). Die GRÜNEN konnten ihren Stimmenanteil um 1,5 Prozentpunkte steigern und kamen nun

auf 12,3 % – ihr bisher bestes Ergebnis bei Kreistagswahlen. Deutliche Einbußen musste die FDP hinnehmen, die mit einem Minus von 2,8 Prozentpunkten nur noch 4,6 % der gleichwertigen Stimmen für sich gewinnen konnte. Die AfD erzielte einen gleichwertigen Stimmenanteil von 0,9 %. Die anderen Parteien erhielten zusammen 2,7 % der gleichwertigen Stimmen, darunter DIE LINKE mit 1,8 %. Die gemeinsamen Wahlvorschläge von Wählervereinigungen und Parteien konnten insgesamt 1,9 % der gleichwertigen Stimmen gewinnen. Weiterführende Informationen zum Thema Wahlen in Baden-Württemberg stehen im Internetangebot des Statistischen Landesamtes ([www.statistik-bw.de/wahlen](http://www.statistik-bw.de/wahlen)) zur Verfügung. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2014 werden zudem im Beitrag „Baden-Württemberg vor den Kommunalwahlen 2019“, welcher im Statistischen Monatsheft 2/2019 erschienen ist, ausführlich behandelt.

Bereits kurz nach Schließung der Wahllokale am Wahltag um 18 Uhr werden für Parlamentswahlen erfahrungsgemäß die ersten Prognosen verschiedener Wahlforschungsinstitute veröffentlicht. Zu einer ersten Einschätzung des Wahlausgangs am Wahlabend sind diese Prognosen von großer Bedeutung und stellen eine wichtige Informationsquelle

für die interessierte Bevölkerung und die Medien dar. Inwiefern die Prognosen und Hochrechnungen zutreffen, zeigt sich aber erst im Laufe des Wahlabends, wenn die amtliche Wahlberichterstattung die vorläufigen amtlichen Ergebnisse vorlegt. Wie bereits bei früheren Europa- bzw. Kommunalwahlen wird das Statistische Landesamt die Landeswahlleitung bzw. bei den Kommunalwahlen das im Innenministerium zuständige Referat bei der technischen Übermittlung der Wahlergebnisse sowie bei der Überprüfung, Zusammenfassung und Veröffentlichung der amtlichen vorläufigen und endgültigen Ergebnisse unterstützen.

## Ermittlung von Wahlergebnissen

Die Aufgabe der amtlichen Wahlberichterstattung ist es, die Wahlergebnisse vollständig und vollzählig zu ermitteln sowie die Verteilung der Abgeordneten-sitze auf die Wahlvorschläge vorzunehmen. Direkt nach Schließung der Wahllokale am 26. Mai 2019 werden zunächst die Stimmzettel aller Wählerinnen und Wähler der Europawahl in den örtlichen Wahllokalen und Briefwahlbezirken der 1101 Gemeinden Baden-Württembergs von den Wahlvorständen und Wahlhelferinnen und -helfern per Hand ausgezählt und zu Ergebnissen zusammengefasst. Anschließend leiten die Gemeinden ihre Wahlergebnisse entweder auf elektronischem Wege oder per Telefon oder Telefax dem zuständigen Kreiswahlleiter zu. Auf diese Weise werden die Ergebnisse der 44 Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs erfasst. Im Anschluss erfolgt die Übermittlung dieser Ergebnisse an die Landeswahlleiterin und das Statistische Landesamt. Nach der Freigabe durch die Landeswahlleiterin führt das Statistische Landesamt den elektronischen Datentransfer zum Statistischen Bundesamt durch. Liegen die Ergebnisse aller Bundesländer vollständig vor, verkündet der Bundeswahlleiter das vorläufige amtliche Ergebnis

der Wahl zum Europäischen Parlament für Deutschland. Außerdem wird die Sitzverteilung berechnet.

Im Anschluss an die Auszählung der Europawahl werden in den Wahllokalen vor Ort die Ergebnisse der Kommunalwahlen ausgezählt und übermittelt. Die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen und der Kreistagswahlen in den Gemeinden werden ebenfalls entweder auf elektronischem Wege durch die Dezentrale Wahldatenerfassung oder per Telefon oder Telefax an das zuständige Landratsamt weitergeleitet. Die Landratsämter übermitteln die Gemeinderatswahlergebnisse der kreisangehörigen Gemeinden sowie die Ergebnisse der Kreistagswahlen elektronisch per Dezentraler Wahldatenerfassung an das Statistische Landesamt. Die Stadtkreise verfahren mit den Ergebnissen der Gemeinderatswahlen ebenso.

Bei störungsfreiem Verlauf der Wahlergebnisermittlung wird mit den ersten Gemeinde- und Kreisergebnissen der Europawahl voraussichtlich in den frühen Abendstunden und mit dem Landesergebnis im Laufe des Wahlabends zu rechnen sein. Demgegenüber werden die ersten Gemeinde- und Kreisergebnisse der Kommunalwahlen mit hoher Wahrscheinlichkeit ab dem 27. Mai, vorläufige Ergebnisse für ganz Baden-Württemberg ab dem 31. Mai verfügbar sein. Die endgültigen Ergebnisse der Kommunalwahlen für das gesamte Land stehen voraussichtlich ab Herbst 2019 zur Verfügung.

## Repräsentative Wahlstatistik

Neben der Veröffentlichung der vorläufigen und endgültigen Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen ist eine weitere zentrale Aufgabe des Statistischen Landesamtes die Durchführung, Auswertung und Veröffentlichung der repräsentativen Wahlstatistik zur Europawahl auf Landesebene. Bei der repräsentativen Wahlstatistik handelt es sich um eine Stichprobenerhebung. Sie liefert

Informationen über die Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen. Des Weiteren lassen sich anhand dieser Statistik Aussagen über die demografische Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen und Geschlecht machen.

Die Stichprobenziehung wird durch das Statistische Bundesamt durchgeführt und erfolgt nach dem Zufallsprinzip. Für die Europawahl 2014 wurden in Baden-Württemberg 190 Stichprobenwahlbezirke (167 Urnenwahlbezirke und 23 Briefwahlbezirke) aus 140 Gemeinden ausgewählt. Damit waren etwa 147 000 Wahlberechtigte (1,9 %) in der Stichprobe. Bei der Europawahl 2019 umfasst die Stichprobe insgesamt 305 Wahlbezirke (254 Urnenwahlbezirke und 51 Briefwahlbezirke) aus 202 Gemeinden. Durch die größere Zahl an ausgewählten Wahlbezirken soll die Qualität der Ergebnisse verbessert werden.

Im Gegensatz zu den Wahlanalysen kommerzieller Forschungsinstitute, deren Ergebnisse auf Umfragen beruhen, bildet die repräsentative Wahlstatistik das tatsächliche Wahlverhalten der Bevölkerung ab. In den für die Statistik nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Wahlbezirken wird gewählt wie in allen anderen Wahlbezirken auch. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Stimmzettel einen Aufdruck nach Geschlecht und sechs Altersgruppen erhalten. Zusätzlich werden in den Stichprobenwahlbezirken die Wählerverzeichnisse nach Geschlecht und zehn Altersgruppen ausgezählt, um Aussagen über die Wahlberechtigten sowie die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen machen zu können. Das Wahlgeheimnis und der Datenschutz bleiben bei der repräsentativen Wahlstatistik selbstverständlich gewahrt. Dazu gehört, dass die Stimmzettel nicht in den Wahllokalen selbst, sondern örtlich und zeitlich davon getrennt im Statistischen Landesamt ausgewertet werden. Zudem dürfen die Ergebnisse nur auf Bundes- und Landes-

ebene, jedoch nicht für einzelne Wahlbezirke bekannt gegeben werden. Des Weiteren wird durch die Festlegung einer Mindestgröße der Wahlbezirke gewährleistet, dass keine Rückschlüsse auf die Wahlentscheidung einzelner Personen möglich sind.

Die Erfassung der Stimmzettel im Statistischen Landesamt beginnt bereits in der Woche nach der Europawahl. Die Unterlagen aus den Stichprobenbezirken werden zunächst auf ihre Vollständigkeit überprüft und im Anschluss von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses erfasst. Während die Erfassung früher aufwendig mittels handschriftlicher Listen erfolgte, wird seit einigen Jahren eine eigens vom Statistischen Landesamt entwickelte Anwendung erfolgreich eingesetzt. Trotz der technischen Verbesserungen wird der gesamte Erfassungs- und Plausibilisierungsprozess aufgrund der großen Menge an Stimmzetteln mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Mit Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik auf Landesebene kann daher ca. acht Wochen nach dem Wahltag gerechnet werden.

## Informationsangebot

Rund um die Europawahl und die Kommunalwahlen stellt das Statistische Landesamt Baden-Württemberg vielfältige Informationen zur Verfügung. In der Wahlnacht wird das Tabellenangebot auf der Homepage des Statistischen Landesamtes laufend mit den neuesten Ergebnissen aktualisiert. Zusätzlich stehen die Ergebnisse der Europawahl in den Formaten XML und CSV zum Download bereit. Auch diese Dateien werden aktualisiert, sobald neue Ergebnisse vorliegen. Des Weiteren werden zusätzliche Tabellen und Schaubilder zur Verfügung gestellt, die die Ergebnisse der Europawahl in anschaulicher Weise präsentieren und eine regionalstatistische Perspektive auf die Wahlergebnisse ermöglichen. Beispielsweise wird das Abschneiden ausgewählter Parteien in ihren Hochburgen und Diasporagebieten sowie im soziostrukturellen Kontext anschaulich dargestellt. Alle Tabellen können als CSV-Dateien heruntergeladen und bei Bedarf weiterverarbeitet werden. Neben dem Tabellenangebot wird das Statistische Landesamt im Vor-

feld und Nachgang der Wahl verschiedene Pressemitteilungen, Artikel sowie Statistische Berichte zum Thema Wahlen veröffentlichen.

<sup>1</sup> Gleichwertige Stimmen: Die Ergebnisse von Kommunalwahlen können nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, da die Stimmenzahl, die der Wähler zur Verfügung hat, von der Anzahl der zu wählenden Personen abhängig ist. Diese Anzahl ist wiederum abhängig von der Einwohnerzahl der Gemeinde bzw. bei Kreistagswahlen von der Einwohnerzahl des Wahlkreises. Um die Ergebnisse der Gemeinden (bei Gemeinderatswahlen) bzw. Wahlkreise (bei Kreistagswahlen) vergleichbar zu machen, werden sogenannte „gleichwertige Stimmen“ berechnet. Dazu wird in jeder Gemeinde bzw. in jedem Wahlkreis die Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der jeweils zu wählenden Kandidatinnen und Kandidaten der Gemeinde bzw. des Wahlkreises dividiert.

Dr. Carmina Brenner ist seit September 2007 Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

# Erstwählerkampagne zur Kommunalwahl 2019

**Die Erstwählerkampagne ist eine Chance, Jugendliche für die Demokratie zu gewinnen**

Von Karl-Ulrich Templ, Stuttgart

Am 26. Mai 2019 sind in Baden-Württemberg über 500 000 Jugendliche ab 16 Jahren zum ersten Mal bei den Kommunalwahlen wahlberechtigt. 2013 war vom Landtag Baden-Württemberg das Wahlrecht bei Kommunalwahlen von 18 auf 16 Jahre abgesenkt worden. Junge Menschen sollten so frühzeitig in demokratische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Sie erhalten seitdem mit Vollendung des 16. Lebensjahres das aktive Wahlrecht auf kommunaler Ebene.

Sie sind damit zu Bürgerinnen und Bürgern ihrer Gemeinde und ihres Kreises geworden. Über das aktive Wahlrecht bei Gemeinderats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen hinaus haben Jugendliche ab 16 Jahre weitere Beteiligungsmöglichkeiten bei Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Einwohnerversammlungen erhalten. Das passive Wahlrecht wird weiterhin erst ab Vollendung des 18. Lebensjahres gewährt. Beim Verband Region Stuttgart erhielten

die 16- und 17-Jährigen das Recht, die Mitglieder der Verbandsversammlung zu wählen.

Nach einer aktuellen repräsentativen Umfrage im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes unter Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 10 und 17 Jahren haben zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland den Eindruck, dass es die Bundesregierung zu wenig interessiert, was junge Menschen denken. Das Ansehen der Kommunal-



politik ist bei jungen Menschen noch schlechter. Hier haben nach dieser Studie nur 15 % den Eindruck, dass sich die Lokalpolitiker für junge Menschen und deren Anliegen interessieren. Gleichzeitig gaben lediglich 11 % der Kinder und Jugendlichen an, dass es ausreichend Möglichkeiten für sie gibt, am Wohnort oder im Stadtteil Einfluss zu nehmen oder sich politisch zu engagieren. Die Umfrage zeigt auch, dass es bei Kindern und Jugendlichen ein großes Informationsdefizit bei den Themen Mitbestimmung und Beteiligung gibt. 44 % der Befragten wissen nicht, ob sie auf Entscheidungen vor Ort Einfluss nehmen oder sich politisch engagieren können. Mitbestimmen wollen Kinder und Jugendliche bei ihrer Freizeitgestaltung (66 %), in der Schule (59 %) und bei Fragen des Umweltschutzes bzw. der Umweltpolitik (56 %). Das Interesse an einer Mitarbeit in politischen Gremien oder die Mitarbeit in Parteien ist nur sehr schwach ausgeprägt, auch die Mitarbeit in Jugendparlamenten ist mit 10 % nach der Studie kaum gefragt. Wesentlich besser sieht es hier bei der politischen Mitbestimmung durch internetgestützte Verfahren aus, hier würden sich gerne 21 % der Befragten engagieren. Besser steht es auch um die Mitarbeit bei konkreten Projekten: Immerhin 25 % der Kinder und Jugendlichen würden hier gerne aktiv werden. Viele Kinder und Jugendlichen wissen auch nicht, welche Formen der Jugendbeteiligung es in ihrem Ort gibt, halten aber andererseits z.B. ein Jugendparlament für eine gute Idee (48 % der Befragten). Die „Fridays for Future“-Proteste oder die auch von vielen Jugendlichen unterstützte „Pulse of Europe“-Bewegung zeigen aber, dass Jugendliche durchaus bereit sind, sich politisch zu engagieren. Allerdings halten nach allen Umfragen viele Jugendlichen Politiker und Parteien für wenig glaubwürdig und fühlen sich von der Politik nicht ernst genommen. Diese Ablehnung und das geringe Interesse gegenüber institutionalisierter



Politik korrespondiert bei vielen mit nur sporadisch vorhandenem Wissen über Politik und punktuellm Engagement. Politisches Interesse äußert sich meist in anderen Formen und wird von vielen Jugendlichen häufig auch nicht als solches verstanden. Politische Aufklärung und Bildung muss daher anschlussfähig für die lebensweltlichen Erfahrungen dieser Jugendlichen sein. Gerade kommunale und lokale Themen können hier Anknüpfungspunkte sein und Erfahrungshintergrund für eigenes politisches Engagement werden.

Durch das aktive Wahlrecht und verschiedene Formen der kommunalen Jugendbeteiligung können junge Menschen Einfluss auf die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes nehmen. Die jungen Menschen müssen aber auch über ihr Wahlrecht informiert werden, sie müssen wissen, was und wie in der Kommunalpolitik entschieden wird, wie die Wahl funktioniert und welche Einflussmöglichkeiten sie in der Kommunalpolitik auch über die Wahl hinaus haben.

Auf Landesebene hat sich unter Federführung der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendbündnisses das Bündnis „Wählen ab 16“ gebildet, das eine Erstwählerkampagne auf den Weg bringen will. In diesem Bündnis sind verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen und Organisationen vertreten. Ein breit angelegtes Angebot soll die Jugendlichen über die Wahl- und Beteiligungsrechte aufklären und zum Wählen animieren. Fast 80 Institutionen und Organisationen haben sich dem Bündnis inzwischen angeschlossen. Die Schirmherrschaft hat die Landtagspräsidentin von Baden-Württemberg, Muhterem Aras, übernommen.

Möglichst in allen Gemeinden und Städten sollen im Rahmen der Kampagne lo-





kale Erstwählerbündnisse entstehen, die sich u. a. aus Schulen, außerschulischen Bildungsträgern, den Jugendringen und


-verbänden und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zusammensetzen. Durch die Verknüpfung von schulischen und

außerschulischen Bildungsträgern auf der kommunalen Ebene sollte neben der Flächenwirkung auch eine möglichst große Nachhaltigkeit bei der Vermittlung politischer Kompetenz und der Stärkung der Eigenaktivität vor Ort erreicht werden.

Die Landeszentrale hat Angebote und Ideen entwickelt, die den Partnern sowie den lokalen Bündnissen zur Verfügung stehen und abgerufen werden können. Die von Landesjugendring, Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit und Landesvereinigung Kultureller Jugendbildung getragene Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung und die Landeszentrale für politische Bildung qualifizieren didaktisch und fachlich Teamerinnen und Teamer. Dabei wird ganz auf den Peer-to-Peer-Ansatz gesetzt. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren helfen jungen Menschen, sich mit den Themen (kommunale) Demokratie und Wahlberechtigung auseinanderzusetzen. Diese geschulten Teams sollen in möglichst vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen in Baden-Württemberg Aktionstage durchführen. Die genaue Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung der Aktionstage erfolgen in Absprache mit den Partnern vor Ort, die für einen Aktionstag anfragen. Die Kosten der Aktionstage sollten in der Regel durch Kommunen und Schulen getragen werden. Ist dies nicht möglich, übernimmt die Landeszentrale die Kosten für die Teams und in besonderen Fällen kann über die Landeszentrale auch ein finanzieller Zuschuss erfolgen.

## ICH GEHE WÄHLEN, WEIL

### Die Instagram-Kampagne zur Kommunalwahl 2019



#meinestimmezählt

Sei kein Follower. Sei Influencer.  
Am 26. Mai 2019 ist Kommunalwahl.  
Zeige, warum du wählst.


#meinestimmezählt

Über Instagram mobilisieren wir junge Wählerinnen und Wähler. Wir zeigen, warum anderen Erstwählern die Wahl wichtig ist und bieten Infos zur Kommunalwahl.

**Unser Kanal: @erstwaehler.bw**  
[www.instagram.com/erstwaehler.bw](http://www.instagram.com/erstwaehler.bw)  
[#meinestimmezählt](https://www.waehlenab16-bw.de/meinestimmezaehlt)

**Unser Material für Sie**


- Das Plakat: "Ich gehe wählen, weil"
- Eine DSGVO-konforme Einverständniserklärung für Fotos und Videos für Minderjährige und Erwachsene
- Eine Anleitung zum Fotografieren und Posten



[www.waehlenab16-bw.de/meinestimmezaehlt](http://www.waehlenab16-bw.de/meinestimmezaehlt)

#MEINESTIMMEZÄHLT

[www.waehlenab16-bw.de](http://www.waehlenab16-bw.de)



Zur Organisation der Erstwählerkampagne sind von der Landeszentrale regionale Stellen eingerichtet worden, die in den vier Regierungsbezirken die Angebote und Rückfragen koordinieren und die Einsatzplanung der Teams übernehmen. Mittlerweile ist so ein breites Angebot an Aktionstagen entstanden. Im April, vor allem aber im Mai 2019 werden so in vielen Gemeinden, Städten und Landkreisen Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne stattfinden.

Jugendliche können sich so mit den aktuellen kommunalen, aber auch allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Themen auseinandersetzen. Die angebotenen Formate können nach den eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen kombiniert werden und so den Schwerpunkt eines Aktionstages oder einer einzelnen Veranstaltung bilden. Zu den inhaltlichen Angeboten treten auch praxiserprobte Methoden der Aktivierung und Hinführung sowie der Ergebnisicherung. Kontroversität ist bei allen Formaten ein bestimmendes Merkmal und durch die Handlungsorientierung werden abstrakte Konzepte und Themenfelder für Jugendliche greifbar. Dabei spielt der direkte Kontakt von den Teamerinnen und Teamern zu den Jugendlichen (peer-to-peer) eine wichtige Rolle.

Begleitend zur Kampagne werden Arbeitsmaterialien und Argumentationshilfen für Teamerinnen und Teamer, Unterrichtsmaterialien für Schulen sowie allgemeine Informationen (Textvorlagen, Informationsgrafiken) zur Kommunalwahl in Digital- und Papierform zur Verfügung gestellt, um über die Thematik zu informieren und Jugendliche zu motivieren. Dabei spielen auch Social-Media-Angebote eine wichtige Rolle. Um in den Social-Media-Kanälen Facebook und YouTube präsent zu sein, wurden Filmclips entwickelt, die zum einen den Wahlvorgang mit Kumulieren und Panaschieren darstellen und zum anderen Jugendliche auf die Wahl einstimmen und motivieren sollten. Mit

## Online-Informationen zu Europa- und Kommunalwahl

### Erstwählerkampagne zur Kommunalwahl

[www.waehlenab16-bw.de](http://www.waehlenab16-bw.de)

Alle Angebote der Erstwählerkampagne, und zusätzlich informieren die Seiten mit interaktiven Elementen, Grafiken und Erklärtexten zur Wahl.

### Instagram: @erstwaehler

#meinestimmezaehlt

[www.instagram.com/erstwaehler.bw/](http://www.instagram.com/erstwaehler.bw/)

Auf dem LpB-Instagram-Kanal zeigen junge Wählerinnen und Wähler ihre Wahlgründe. Außerdem sind hier einfach verständliche Informationen zur Kommunalwahl zu finden.

### Facebook: @jugendwahl

„Was geht mich Kommunalpolitik überhaupt an?“ Infos, Bilder, Umfragen und Grafiken für Erstwählerinnen und Erstwähler sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren – das bietet der LpB-Facebook-Kanal zur Erstwählerkampagne. [www.facebook.com/erstwaehler.bw](http://www.facebook.com/erstwaehler.bw)

### Youtube: [www.youtube.com/user/lpbbw](http://www.youtube.com/user/lpbbw)

Erklärvideos zur Kommunalwahl, Wahlauftrufe prominenter Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger sowie selbst gedrehte Wahlvideos von Jugendlichen aus dem Ländle findet man auf dem LpB-Youtube-Kanal. [www.youtube.com/user/lpbbw](http://www.youtube.com/user/lpbbw)

### LpB-Portal zur Kommunalwahl 2019

[www.kommunalwahl-bw.de](http://www.kommunalwahl-bw.de)

Das LpB-Portal zur Kommunalwahl 2019 mit grundlegenden Informationen, Hintergrundberichten und vielen weiterführenden Links. Auch alle Angebote der LpB sind hier zu finden.

### LpB-Portal zur Europawahl 2019

[www.europawahl-bw.de](http://www.europawahl-bw.de)

Das LpB-Portal zur Europawahl am 26. Mai 2019. Mit grundlegenden Informationen, Hintergrundberichten und weiterführenden Links.

Auch alle Angebote der LpB sind hier zu finden.

[www.europawahl-bw.de](http://www.europawahl-bw.de)

### Landeskunde Baden-Württemberg online

[www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de](http://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de)

Das Internetportal zur südwestdeutschen Landeskunde mit ausführlichen Abschnitten zur Kommunalpolitik. Ob es um das Wahlsystem, den Gemeinderat, die Bürgerinnen und Bürger, kommunale Aufgaben oder die Verwaltungsgliederung einer Gemeinde geht – das Portal informiert sachlich und übersichtlich über viele Aspekte der Kommunalpolitik. Mit Schaubildern und Grafiken, die sich auch herunterladen lassen.

dem Hashtag #meinestimmezaehlt sollen über Instagram Jugendliche aufgefordert werden, selbst aktiv zu werden, um andere junge Wählerinnen und Wähler anzusprechen und zur Wahl zu motivieren.

Aber auch andere Initiativen stehen heraus: In Zusammenarbeit mit der Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg sind verschiedene Aktionen zum Thema Wahlen geplant. Kaum eine andere Organisation ist so flächendeckend auf-

gestellt wie die Jugendfeuerwehr. Von 1101 Kommunen in Baden-Württemberg haben 1010 eine Jugendfeuerwehr. Das heißt, die Jugendfeuerwehr kann auf viele Themen „vor der eigenen Haustür“ aufmerksam machen und in ihr sind viele engagierte Jugendliche quer durch alle sozialen Schichten organisiert. Start der Zusammenarbeit war die Delegiertenversammlung im September 2018 in Bad Mergentheim. Beim Kreisjugendwart und Kreisjugendsprecher-

seminar im Herbst 2018 und beim Landestreffen im März 2019 wurde das Thema vertieft und vorbereitet. Am 6. Mai 2019 startet eine Projektwoche zum Thema „Wahlen“.

Wir müssen den Erstwählerinnen und Erstwählern zeigen, dass wir Wahlen und demokratische Beteiligung ernst nehmen, weil wir nur so eine starke Demokratie erhalten. Wir müssen ein gesellschaftliches Umfeld schaffen, in dem die Beteiligung an Wahlen selbst-

verständlich ist. Mit der Erstwählerkampagne zu den Kommunal- und Europawahlen 2019 besteht die große Chance, Jugendliche über die Bedeutung von politischem Engagement in ihrem eigenen Lebensumfeld zu informieren und so für die Demokratie zu gewinnen.

Karl-Ulrich Templ ist Stellvertretender Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

## Erstwähler im Jahr 2019: Bedeutung und Herausforderungen von digitalen Medien

Von Sascha Schmidt, Stuttgart

Wenn am 26. Mai 2019 die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg zur Wahlurne schreiten, dürfen Jugendliche ab 16 Jahren ihre Stimme für die Kommunalwahlen abgeben. Doch Jugendliche sind für politische Botschaften auf klassischen Wegen wie örtlichen Wahlkampfauftritten oder Podiumsdiskussionen inzwischen kaum mehr zu erreichen. Ihr mediales Leben spielt sich in der digitalen Welt ab und dort lauern neben Information auch Desinformation, Fake News, Filterblasen und Social Bots. Wer somit heute Erstwähler wird, benötigt neben der politischen Kompetenz auch Medienkompetenz, um mit den Informationen im Internet rund ums Thema Wahlen sachgerecht umgehen zu können.

### Digital ist überall

Digitale Medien sind heutzutage aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzu-denken. Das Smartphone ist ständiger Begleiter im Alltag, online sein ist viel-

fach Normalzustand. Wir leben in einer digitalisierten (Um-)Welt, welche nahezu alle Lebensbereiche umfasst. Von der Schule über das Berufsleben bis hin zur Freizeitgestaltung: Ein Großteil unserer Zeit spielt sich inzwischen in Online-Welten ab. Mögen jene Veränderungen für ältere Generationen noch etwas Besonderes sein: Kinder und Jugendliche wachsen in dieser zunehmend digitalisierten Welt auf und all die damit verbundenen Angebote sind für sie selbstverständlich.

Die Digitalisierung spielt dabei auch im Hinblick auf Wahlen eine wichtige Rolle. Jugendliche als Zielgruppe werden über „klassische“ Medien wie Print oder das Fernsehprogramm inzwischen kaum mehr erreicht. Für Informationen zu den Wahlen, aber auch für den Wahlkampf selbst werden Online-Medien immer relevanter.

### Wie nutzen Jugendliche digitale Medien?

Das klassische Fernsehprogramm war lange Zeit ein Leitmedium, wenn es um

Informationen zu politischen Programmen im Rahmen von Wahlkämpfen ging. TV-Sendungen verlieren für Jugendliche bis auf wenige Ausnahmen jedoch immer mehr an Relevanz. Stattdessen gewinnen Video-Plattformen wie YouTube oder Streaming-Dienste an Bedeutung. Dies hat auch die Politik erkannt. So nahm beispielsweise Angela Merkel in den vergangenen Jahren mehrfach an Interviews mit bekannten YouTubern teil. Nahezu alle Jugendlichen in Deutschland besitzen im Jahr 2019 ein eigenes Smartphone. Gemäß der JIM-Studie 2018 nutzen deutsche Jugendliche täglich im Schnitt zwischen drei und vier Stunden aktiv Online-Angebote, Tendenz steigend. Das Angebot an Apps ist dabei kaum mehr zu überblicken. Dennoch zeigt sich, dass Jugendliche nur wenige Apps wirklich regelmäßig nutzen. Zu den beliebtesten Online-Diensten zählen WhatsApp, YouTube und Instagram. Das soziale Netzwerk Facebook spielt unter Kindern und Jugendlichen inzwischen kaum mehr eine Rolle.

Eine wichtige Rolle im Online-Verhalten Jugendlicher spielen heutzutage die so-

genannten Influencer. Dies sind junge Menschen, die mit ihren Beiträgen in sozialen Netzwerken teilweise ein Millionenpublikum erreichen und so zu Online-Persönlichkeiten werden. Während früher Stars aus dem Fernsehen, Musiker oder Sportler als Meinungsführer und Vorbilder galten, sind es heute diese Internetberühmtheiten. Mit politischen Meinungen halten sich die meisten Influencer zurück, denn es kann schnell viele gegenläufige Haltungen geben und damit potenziell weniger Fans. Dabei können Influencer eine wichtige Rolle einnehmen – auch ohne eine konkrete Wahlempfehlung auszusprechen –, zum Beispiel, wenn es um die Bekanntmachung von Wahlen und die Vermittlung von Informationen zum Wahlprozess geht. Influencer können Sachverhalte in einer Form präsentieren, die den Jugendlichen geläufig ist und somit potenzielle Jungwähler/-innen ansprechen, sie zum Wählen motivieren und sie dazu ermutigen, politische Partizipation zu betreiben. Daher ist es wichtig und wünschenswert, dass Influencer ihrer Vorbildrolle gegenüber Jugendlichen auch im Hinblick auf ein demokratisches Miteinander nachkommen.

## Herausforderungen und Risiken von digitalen Medien

Wenn es um das Thema Wahlkampf geht, bergen soziale Medien auch Herausforderungen und Risiken. Dies zeigte sich nicht zuletzt im Fall des Unternehmens Cambridge Analytica. Das Unternehmen versuchte im US-Wahlkampf durch die Analyse von Nutzerprofilen in sozialen Netzwerken und gezielt zugeschnittene Werbebotschaften (sogenanntes Mikrotargeting), das Wählerverhalten zu beeinflussen.

Der Zugang zu Informationen war noch nie leichter als heute. Das Internet schafft es, uns nahezu orts- und zeitunabhängig mit Informationen zu versorgen. Doch gleichzeitig fällt es uns immer schwerer, zu unterscheiden, welche Informationen



wahr und welche gefälscht sind. Gezielt verbreitete Falschinformationen werden auch als Fake News bezeichnet.

Im politischen Kontext werden Fake News häufig von Gruppen eingesetzt, um die eigene Anhängerschaft zu vergrößern. Bei der Verbreitung solcher Falschmeldungen kommen dabei häufig sogenannte Social Bots zum Einsatz. Das sind Computerprogramme, die in sozialen Netzwerken so agieren sollen wie echte Menschen. Sie können eigenständig Nachrichten verbreiten oder auf andere Nachrichten reagieren. Gezielt eingesetzt können sie das Meinungsbild der Allgemeinheit verfälschen und so ungefestigte Wählerinnen und Wähler möglicherweise beeinflussen.

Wenn man nur mit Meinungen konfrontiert wird, die der eigenen entsprechen und nie die Gegenseite dargestellt bekommt, wenn somit immer nur die eigene Meinung bestätigt und nie in kontroversen Diskussionen hinterfragt wird, dann lebt man in einer sogenannten „Meinungsblase“. Online kann es zu einem ähnlichen Phänomen kommen, wenn Informationen bei Suchmaschinen oder Feeds in sozialen Netzwerken gefiltert werden. Diese Blase nennt sich „Filterblase“. Filterblasen basieren auf Algorithmen, also einer Programmierung, die das Verhalten von Computerprogrammen bestimmt. Filterblasen entstehen durch den Versuch, News-Feeds oder Suchergebnisse zu personalisieren. Uns werden durch Algorithmen ausgewählte Themen angezeigt, die unsere zuvor registrierten Interessen bestätigen oder ihnen ähneln. Dieser einseitige Newsfeed kann neben einer verzerrten Wahrnehmung und einem verzerrten Meinungsbild schlimmstenfalls auch Einfluss auf Einstellungen der Nutzer/-innen nehmen. Durch eine einsei-

tige Berichterstattung wird die eigene Weltansicht verstärkt, andere hingegen ignoriert. Ein ähnliches Phänomen beschreibt auch der Echokammer-Effekt, wenn es durch den verstärkten virtuellen Kontakt mit Gleichgesinnten zu einer Verengung der Weltsicht kommt.

## Medienkompetenz wird immer wichtiger

Mit Blick auf die Herausforderungen der Online-Welt wird vor allem eines deutlich: Jugendliche und auch Erwachsene benötigen eine grundlegende Medienkompetenz. Diese umfasst viel mehr als nur den technischen Umgang mit den digitalen Endgeräten, der für einen Großteil der Jugendlichen ohnehin selbstverständlich ist. So verstandene Medienkompetenz umfasst vielmehr ein tieferes Verständnis über die Wirkungsweisen von Medien und eine gesellschaftliche Einigung über den künftigen Umgang miteinander. Denn Medienkompetenzförderung bedeutet auch immer Werteeziehung und stellt damit eine Kernkompetenz im Leben in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft dar.

Eltern und Bildungseinrichtungen müssen Kinder und Jugendliche also dazu befähigen, die zahlreichen digitalen Angebote reflektiert zu nutzen und die dort verbreiteten Informationen kritisch zu hinterfragen. Ein zentraler Bestandteil der Medienkompetenz ist also die Fähigkeit, Informationen zu recherchieren und Quellen kritisch zu überprüfen. Wurde eine Meldung von einem vertrauenswürdigen und objektiven Nachrichtenkanal verfasst? Oder verbergen sich dahinter womöglich Personen oder Gruppierungen, die versuchen, mit Falschmeldungen das Meinungsbild zu verzerren? Zudem ist es wichtig, die Funktionsweise

von Effekten wie der Filterblase zu verstehen und zu reflektieren, wie solche Phänomene die Inhalte in sozialen Netzwerken beeinflussen können.

### **Das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg**

Das Landesmedienzentrum (LMZ) fördert mit seinen Angeboten die Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen, aber auch Senioren in Baden-Württemberg. Auf der Website [www.lmz-bw.de](http://www.lmz-bw.de) finden Interessierte Informationen zu Themen der Medienbildung und des Jugendmedienschutzes. Lehrkräfte in Baden-Württemberg können Medien für den schulischen Einsatz an ihren jeweiligen Kreismedienzentren kostenlos ausleihen und sich Beratung

einholen. Die SESAM-Mediathek ist eine Online-Plattform, die Lehrkräften in Baden-Württemberg kostenlosen Zugriff auf mehr als 100 000 lizenzrechtlich geprüfte Medien von Fotos über Filmen bis hin zu Unterrichtsmaterialien bietet. Unter den Medien finden sich auch zahlreiche Filme und Unterrichtsmaterialien rund um das Thema Wahlen.

Darüber hinaus unterstützt das Landesmedienzentrum Eltern, Schüler und Lehrkräfte sowie Senioren in jährlich ca. 2000 Veranstaltungen im ganzen Land. Neben Veranstaltungen bilden die zahlreichen Mentorenprogramme entlang der Bildungskette aus. Dabei folgen sie dem Peer-to-Peer-Ansatz und bilden Schüler/-innen, Eltern und Senioren zu Medienexperten für die jeweilige Zielgruppe aus. Diese können ihr erworbenes

Wissen zu Themen wie beispielsweise Fake News dann im Rahmen von Veranstaltungen an Gleichaltrige und Interessierte weitergeben. Für Fragen rund um den Jugendmedienschutz steht zudem die Medienpädagogische Beratungsstelle zur Verfügung, die Sie unter der Telefonnummer 0711/2850-777 erreichen.

Mehr Informationen zu den Programmen und Projekten sowie die Bestellmöglichkeit verschiedener Broschüren finden Sie auf der Website des Landesmedienzentrums: [www.lmz-bw.de](http://www.lmz-bw.de)

---

Sascha Schmidt arbeitet in der Redaktion MediaCulture-Online beim Landesmedienzentrum Baden-Württemberg in Stuttgart

## **Die Partizipationsfähigkeit von jungen Menschen durch projektorientierte Beteiligungsformen nachhaltig stärken**

Von Melanie Schmitt, Stuttgart

### **Herausforderungen bei den Kommunalwahlen**

Die Kommunalwahlen stellen Parteien vor große Herausforderungen. Zunächst müssen Kandidatinnen und Kandidaten für die Listenaufstellung gefunden werden, die ein möglichst repräsentatives Bild der Gesellschaft widerspiegeln. Es sollten also Frauen und Männer, Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund, aber eben auch ältere und jüngere Personen aufgestellt werden. Hierfür müssen junge, engagierte und zuverlässige Kandidatinnen und Kandidaten gewonnen werden.

Hinzu kommt der Anspruch, nicht nur den Stimmenanteil für die eigene Partei zu maximieren, sondern ebenso eine hohe Wahlbeteiligung zu erzielen. Dabei

stehen oft jugendliche Erstwählerinnen und Erstwähler im Fokus. Diese gilt es dazu zu motivieren, sich an Wahlen zu beteiligen und entsprechend zu informieren.

Wahlen sind also auch ein Anlass dazu, Erwachsene an ihre Pflicht zu erinnern, die nachwachsende Generation an politische Themen und Prozesse heranzuführen und nach § 41a der GemO Jugendliche in angemessener Weise an sie betreffenden politischen Prozessen zu beteiligen. Denn Jugendliche „(...) sind künftig auch diejenigen, die nicht nur die Verantwortung für das eigene, sondern auch für das gemeinsame Leben der Generationen übernehmen sollen, sei es in alltäglichen oder lebensentscheidenden Fragen.“ (Moser, Sonja: 2010: Beteiligt sein. Partizipation aus der

Sicht von Jugendlichen, VS Verlag S. 92) Jugendliche an politische Fragestellungen und Prozesse heranzuführen, ist also nicht nur eine teils mühsame Pflicht, es zählt zur Erhaltungsstrategie unserer libertären, offenen Demokratie, die gerade in jüngerer Zeit unter Druck geraten ist. Wenn sich junge Menschen zunehmend vom politischen System entfremden, kann das auch an den etablierten Politikformen und an den für Jugendliche initiierten Beteiligungsformen liegen. Um dem entgegenzuwirken verfolgt das Demokratiezentrum Baden-Württemberg bei der Stärkung der Partizipationsfähigkeit von Jugendlichen einen projektorientierten Ansatz – mit nachhaltigem Effekt.

## Die projektorientierte Methode

Wissen kann nicht „von einem zum anderen weitergegeben werden wie Ziegelsteine“ – so brachte John Dewey eine Erkenntnis (zitiert in: Bastian, Johannes/Gudjons, Herbert: Das Projektbuch. S.28) bereits vor 100 Jahren auf den Punkt, das wir heute umgangssprachlich mit dem Ausspruch „Learning by doing“ wiedergeben.

Eine Auseinandersetzung mit der Projektmethode in ihrer ursprünglichen, unverfälschten Form bestätigt die Annahme, sie sei ideal, um gemeinsam mit jungen Menschen Partizipationsprozesse aktiv einzuüben.

Wichtige Merkmale der Methode, die zu diesem Urteil führen, sind die gemeinsame Organisation von Projektplanung und Projektverlauf, die sowohl eine Ergebnisoffenheit als auch eine durchgängige Mitbestimmung seitens der Teilnehmenden voraussetzen. So kann die „projektorientierte Methode“ zweifellos unter den „demokratischen Lernformen“ firmieren.

Sie fördert genau die Fähigkeiten, die Jugendliche zum Partizipieren benötigen. Grundsätzlich bietet die projektorientierte Methode genau den Freiraum, den es braucht, um eine eigene Positionierung vorzunehmen, für die persönlichen Ansichten einzutreten, Regeln und Konventionen einzuhalten, aber auch ggf. zu hinterfragen, um schließlich an Aushandlungsprozessen teilnehmen zu können. Dies erfordert ein Mindestmaß an Selbstorganisation und Selbstverantwortung der Teilnehmenden.

Für die Methode sprechen auch die positiven Erfahrungen, die sowohl die Jugendstiftung Baden-Württemberg als auch das Demokratiezentrum Baden-Württemberg über viele Jahre hinweg sammeln konnten. Das Förderprogramm „Jugend bewegt – Politik konkret! lokal wirksam. vernetzt“ zeigt auf, wie durch die projektorientierte Methode nachhaltige Strukturen für kommunale Jugendbeteiligung entstehen konnten. Des

Weiteren zeigt die Ausbildung Jugendlicher zum „Vielfaltcoach“, wie die projektorientierte Methode gut mit dem Peergroup-Ansatz kombiniert werden kann. Beide Formate sind unter dem Dach der Jugendstiftung Baden-Württemberg konzipiert und später in das Angebot des Demokratiezentrums Baden-Württemberg überführt worden.

## Vielfaltcoaches setzen Zeichen für Demokratie und Jugendbeteiligung

Ein Angebot des Demokratiezentrums BW ist die Fortbildung von Schülerinnen und Schülern zu Vielfaltcoaches. Seit 2017 bilden Salome Ebinger und Birgit Schiffers in mehrtägigen Seminaren Jugendliche dazu aus, Übungen selbst anzuleiten und kombinieren somit erfolgreich die projektorientierte Methode mit dem Peergroup-Ansatz. Derart ausgebildete Jugendliche machen sich als „Lehrende auf Augenhöhe“ für eine lebendige Demokratie stark und regen andere Jugendliche an, ebenfalls für Respekt und Menschenrechte einzustehen.

Das Mentorenprogramm der Jugendstiftung Baden-Württemberg richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 und 9 aller weiterführenden Schulen. In zwei Kurseinheiten beschäftigen sich die Jugendlichen intensiv mit den Themen Identität, Vielfalt, Menschenrechte, Vorurteile und Diskriminierung, Hass im Netz und Fake News. In den interaktiv angelegten Kurseinheiten lernen sie eigene Denkmuster zu hinterfragen, gesellschaftliche Diskriminierungsformen wahrzunehmen und in Rollenspielen mit unterschiedlichen Perspektiven und Konflikten umzugehen. Dazu setzt das Demokratiezentrum Baden-Württemberg zum Teil selbst entwickelte Übungen zu Themenbereichen wie Menschenrechte und die Arbeit gegen Hass im Netz und Vorurteile ein.

Nach der ersten und der zweiten Kurseinheit heißt es dann für die Vielfaltcoaches selbst aktiv zu werden und gelernte

Übungen und Einheiten mit der eigenen Klasse oder anderen Klassen an der Schule durchzuführen. Welche Themen sie ansprechen und welche Übungen sie durchführen, entscheiden die Jugendlichen selbst. Dabei schöpfen die Vielfaltcoaches aus dem gesamten Repertoire der Vielfaltcoach-Ausbildung.

Im Jahre 2017/2018 wurden durch angeleitete Lerneinheiten 1167 Schülerinnen und Schüler durch Vielfaltcoaches erreicht. Im Folgejahr waren es bereits 2658 junge Menschen, die an 38 Schulen in Baden-Württemberg von dem Angebot profitierten. Unterstützt werden die Vielfaltcoaches an ihren Schulen durch begleitende Lehrkräfte oder Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, die im Kontakt mit dem Demokratiezentrum stehen und auch selbst die Möglichkeit haben, an Fortbildungen und Fachveranstaltungen des Demokratiezentrums teilzunehmen. Von ihren persönlichen positiven Erfahrungen berichtet die Lehrerin Eva Elipe, die eine Stadtführung zum Thema Menschenrechte in Bad Buchau begleitete, folgendermaßen: „Die Vielfaltcoaches brachten Mitschülern die Bedeutung der Menschenrechte anhand einer Stadtführung näher und leisteten somit Aufklärungsarbeit über die Menschenrechte. Im Vorfeld beschäftigte sich die ganze Gruppe unter Anleitung der Vielfaltcoaches mit den 30 Artikeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Anschließend entwickelten sie Rollenspiele zu den selbstgewählten Menschenrechtsartikeln und suchten einen für diesen Artikel passenden Ort in Bad Buchau aus. Die Jugendlichen präsentierten ihre Ideen und bereicherten die Aktion durch interessante Beiträge. Dadurch wirkte die Stadtführung Menschenrechte sehr lebendig. So wurden verschiedene Stationen, wie zum Beispiel der ‚Wackelwald‘ für Artikel 24, das Recht auf Erholung und Freizeit, besucht. Des Weiteren engagieren sich die Vielfaltcoaches auch im Bereich der Medien. Mit der Parallelklasse wurden Anzeichen für Fake News gesammelt

## Anlaufstellen des Demokratiezentrums Baden-Württemberg



- |    |                                                                                                                         |    |                                                                                    |    |                                                                                    |    |                                                     |    |                                                           |    |                                                  |
|----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|------------------------------------------------------------------------------------|----|------------------------------------------------------------------------------------|----|-----------------------------------------------------|----|-----------------------------------------------------------|----|--------------------------------------------------|
| 01 | Demokratiezentrum Baden-Württemberg Landeskoordinierungsstelle bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg                 | 04 | Regionales Demokratiezentrum Freiburg Freiburg im Breisgau (Stadtkreis)            | 08 | Regionales Demokratiezentrum Oberschwaben Landkreis Biberach, Landkreis Ravensburg | 13 | Beratungsstelle Hohenlohekreis Hohenlohekreis       | 19 | Beratungsstelle Rastatt Landkreis Rastatt                 | 24 | Beratungsstelle Stuttgart Stuttgart (Stadtkreis) |
| 02 | Regionales Demokratiezentrum Albundnis Landkreis Reutlingen, Landkreis Sigmaringen, Landkreis Tübingen, Zollernalbkreis | 05 | Regionales Demokratiezentrum Göppingen Landkreis Göppingen                         | 09 | Regionales Demokratiezentrum Pforzheim Pforzheim (Stadtkreis)                      | 14 | Beratungsstelle Karlsruhe Landkreis Karlsruhe       | 20 | Beratungsstelle Rems-Murr-Kreis Rems-Murr-Kreis           | 25 | Beratungsstelle Weinheim Rhein-Neckar-Kreis      |
| 03 | Regionales Demokratiezentrum Böblingen Landkreis Böblingen                                                              | 06 | Regionales Demokratiezentrum Karlsruhe Karlsruhe (Stadtkreis), Landkreis Karlsruhe | 10 | Beratungsstelle Biberach Landkreis Biberach                                        | 15 | Beratungsstelle Lörrach Landkreis Lörrach           | 21 | Beratungsstelle Reutlingen Landkreis Reutlingen           | 26 | Beratungsstelle Zollernalb Zollernalbkreis       |
|    |                                                                                                                         | 07 | Regionales Demokratiezentrum Konstanz Landkreis Konstanz                           | 11 | Beratungsstelle Breisgau-Hochschwarzwald Freiburg im Breisgau (Stadtkreis)         | 16 | Beratungsstelle Main-Tauber-Kreis Main-Tauber-Kreis | 22 | Beratungsstelle Schwäbisch Hall Landkreis Schwäbisch Hall |    |                                                  |
|    |                                                                                                                         |    |                                                                                    | 12 | Beratungsstelle Esslingen Landkreis Esslingen                                      | 17 | Beratungsstelle Mannheim Mannheim (Stadtkreis)      | 23 | Beratungsstelle Sigmaringen Landkreis Sigmaringen         |    |                                                  |



und über deren negative Auswirkungen diskutiert.“

Dieses Beispiel zeigt deutlich, dass junge Menschen sich das Thema „Menschenrechte“ besonders gut aneignen können, wenn sie den Freiraum haben, eigene Schwerpunkte zu setzen und aus einem Methodenkoffer selbst eine Übung auswählen dürfen. So kann ein individueller Bezug zum Heimatort und der eigenen Lebensrealität geschaffen werden. Die Jugendlichen erkennen, welche Orte in ihrer Kommune in Bezug zu den Menschenrechten gesetzt werden können. Öffentliche Bibliotheken beispielsweise garantieren das Recht auf Bildung.

Damit Schulen auch unabhängig von ihrer Teilnahme am Vielfaltcoach-Programm Zugang zu den im Programm eingesetzten Übungen haben, wurde im Jahr 2018 ein Aktionskalender unter dem Motto „Respekt zeigen“ im Mentorenprogramm entwickelt, der in zwölf Kalenderblättern Schulen anregt, selbst in den Themenfeldern aktiv zu werden. Nach den Sommerferien geht der Vielfaltcoach in eine neue Ausbildungsrunde. Interessierte Schulen können sich jeweils bis zum 30. Juni jeden Schuljahres für die Teilnahme am Programm anmelden.

## **Nachhaltige Jugendbeteiligung durch „Jugend BeWegt“**

Das Förderprogramm „Jugend BeWegt – Politik konkret: lokal. wirksam. vernetzt“ bietet Kommunen ein professionelles Coaching und finanzielle Förderung bei der Fortentwicklung ihrer Strukturen für Jugendbeteiligung. Die Programmförderung ist durch die zeitliche Befristung auf zwei Jahre projektorientiert gestaltet, bietet aber im Anschluss an die aktive Programmphase einen Verbleib im Netzwerk mit der Möglichkeit, Fortbildungsangebote weiterhin zu nutzen und an den jährlichen Netzwerktreffen teilzunehmen.

Bereits 2012 haben die Jugendstiftung Baden-Württemberg und der Landesju-

gendring Baden-Württemberg das Programm „Jugend BeWegt“ gestartet mit dem Ziel, Kommunen zu unterstützen, die sich für mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen engagieren und dafür vielfältige und nachhaltige Formen entwickeln.

Die Schaffung einer gelingenden Beteiligungsstruktur vor Ort benötigt Rahmenbedingungen, die Raum zur Entfaltung junger Menschen bieten. Eine Projektteilnahme ermöglicht es Kommunen, Coachingstunden abzurufen, die dazu dienen, Jugendbeteiligung erstmals zu initiieren oder vorhandene Ansätze weiterzuentwickeln. Die professionellen Beraterinnen und Berater sind erfahrene Kräfte aus der Jugendarbeit, die über eine Zusatzqualifikation, wie die zur Systemischen Beratung, verfügen. Sie leiten Kommunen dazu an, alle vorhandenen Kräfte für Jugendbeteiligung vor Ort zu vernetzen, Jugendliche zielgruppengerecht anzusprechen und zu Veranstaltungen wie Jugendhearings, Zukunftswerkstätten oder Worldcafes erfolgreich einzuladen. Im Anschluss an derartige Auftaktveranstaltungen gründen sich meist kleinere Arbeitsgruppen von vier bis fünfzehn Jugendlichen, die ihr favorisiertes Thema weiter bearbeiten. Oft stehen dabei Themen wie die Taktung des öffentlichen Nahverkehrs, Jugendräume und freies W-LAN hoch im Kurs.

Für die Umsetzung von Veranstaltungen und Aktionen, die die Jugendlichen realisieren möchten, stehen im Rahmen von „Jugend BeWegt“ Projektmittel bereit. Die Erfahrungen zeigen, dass der Einsatz der Mittel von Kommune zu Kommune unterschiedlich ausfällt. In St. Märgen werden die Gelder in diesem Jahr dazu eingesetzt, dass Jugendliche eine eigene Grillstelle bauen, die sie anschließend beispielsweise für Abschlussfeste und Geburtstagsfeiern nutzen dürfen. Andernorts werden die Gelder für Moderationsschulungen für Jugendliche, das Catering eines Jugendgipfels oder professionelle Fotoaufnahmen für

Jugendgemeinderatswahlen eingeplant. Anfangs skeptische Gemeinderatsmitglieder oder Verwaltungsfachangestellte sind oft überrascht von der Disziplin, mit der Jugendliche die für sie wichtigen Aktionen unterstützen sowie dem Know-how, das junge Menschen sich bereits angeeignet haben und einsetzen können, wenn es darum geht, Alternativen und Lösungen für kommunale Probleme zu entwickeln.

Die mancherorts geäußerte Befürchtung bestehender Anbieter von Freizeitangeboten, ihnen könnte durch Jugendbeteiligung Mitglieder abhandkommen, kann an dieser Stelle nicht bestätigt werden. So entgegnet die Beraterin Andrea Müller aus der Region Breisgau-Hochschwarzwald auf die Annahme, Jugendliche würden über begrenzte Zeitrressourcen verfügen und somit politische Beteiligung und Vereinsaktivitäten in Konkurrenz zueinanderstehen, ihre Einschätzung folgendermaßen: „So scheint es vorab zu sein. Jedoch unterscheidet sich das Engagement für einen Verein von dem politischen Engagement. Oft beteiligen sich Jugendliche punktuell und setzen sich für eine bestimmte Sache ein. Ist diese erreicht, ziehen sie sich zurück. In einem Verein erleben sie hingegen eine Gemeinschaft, die über Jahre andauert.“ Der zuständige Kreisjugendreferent im Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald, Martin Geserich, ergänzt dazu, „Vereine sollten zudem die Chance erkennen, eigene Themen auch über Jugendbeteiligung zu thematisieren. Ob Gelder für einen Kunstrasen bereitgestellt werden, wird zwar im Gemeinderat entschieden, dafür stark machen können sich jedoch junge Vereinsmitglieder genauso wie Ältere. Vom Ergebnis profitieren dann alle.“ Nicht nur bestehende Freizeitangebote für junge Menschen profitieren von Jugendbeteiligung, sondern auch die Jugendsozialarbeit sowie Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, wie Ester Jaißle, Jugendsozialarbeiterin im Gemeindeverbund Steinlach-Wiesaz, zu

berichten weiß: „Jugendbeteiligung ist notwendig, da Jugendsozialarbeit keine Postbotenfunktion übernehmen kann. Politische Prozesse können von Politikerinnen und Politikern besser erklärt werden. Die Jugendlichen profitieren dabei genauso vom persönlichen Austausch wie die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.“

Die Jugendstiftung Baden-Württemberg, die von Beginn an eigene Stiftungsmittel für das Programm „Jugend BeWegt“ bereitgestellt hat, ist zudem offen für Modellvorhaben zur kommunalen Jugendbeteiligung. Beispielsweise wurde kürzlich die „Modellwerkstatt Jugendbeteiligung“ in Kooperation mit dem Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald gefördert, bei der Strukturen für Jugendbeteiligung in kleinen Gemeinden ohne hauptamtliche Jugendreferenten geschaffen wurden – ein spannendes Projekt, das in Kürze abgeschlossen und evaluiert werden wird. Die Erfahrungen, die zur Jugendbeteiligung im ländlichen Raum gesammelt wurden, werden dann auf der Homepage [www.jugendbeteiligung-bw.de](http://www.jugendbeteiligung-bw.de) der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Seit 2017 wird das Programm „Jugend BeWegt – Politik konkret“ im Rahmen des Demokratiezentrum Baden-Württemberg weitergeführt. In Zeiten stärkerer politischer Polarisierungen ist es umso wichtiger, junge Menschen frühzeitig zu beteiligen und demokratische Werte, demokratisches Handeln und das Verständnis zur bundesdeutschen Demokratie zu vermitteln. Die folgerichtige Weiterführung des Programms unter dem Dach des Demokratiezentrum BW begründet Landeskoordinator Günter Bressau folgendermaßen: „Aktive Jugendbeteiligung ist der wichtigste Baustein der Demokratieför-

derung bei jungen Menschen. Jugendliche brauchen Möglichkeiten und Räume, um sich gesellschaftlich einzubringen, um wirksam zu werden. Und wo gelingt das besser als in der eigenen Kommune? Die Jugendlichen sind Expertinnen und Experten ihrer Umwelt und wissen in der Regel, was sie wollen. Sie sind die Profis für ihre Bedürfnisse und die anderer Jugendlicher. Die Generation Greta Thunberg will wirksam werden, sie will gehört werden. In der Welt und an ihrem Wohnort gleichermaßen. Was oft fehlt, sind die geeigneten, jugendgerechten Räume und Möglichkeiten dafür – diese zu schaffen ist der Schlüssel für aktive gesellschaftliche Teilhabe der jungen Menschen und genau hier setzt das Programm ‚Jugend BeWegt – Politik konkret: lokal. wirksam. vernetzt.‘ an.“

### **Angebote zur Demokratieförderung im Demokratiezentrum Baden-Württemberg**

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg als Trägerverbund versteht sich als Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrum im Handlungsfeld Demokratieförderung, Menschenrechtsbildung und Extremismusprävention.

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg ist seit 2017 nun auch an acht regionalen Standorten vor Ort aktiv. Im Rahmen einer offiziellen Ausschreibung qualifizierten sich acht regionale Träger als Kooperationspartner, die sozialraumorientiert Angebote schaffen. Sie bieten in ihrem Stadt- oder Landkreis ein breites Portfolio an Workshops, Vorträgen und Planspielen für Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene. Beispielsweise können über den Workshop „mein. dein. unser“ zur Demokratieför-

derung demokratische Prozesse für Kinder- und Jugendliche erfahrbar gemacht werden.

Ziel ist es, die regionalen Belange und Potentiale der Menschen vor Ort zu bündeln und gemeinsam Veränderungen im gesellschaftlichen Miteinander zu bewirken. Bei ihrer Arbeit bauen die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Regionalen Demokratiezentren auf den Ressourcen in ihrem Umfeld auf, um diese zu stärken und weiterzuentwickeln.

Schon nach kurzer Zeit zeigt sich die Wirksamkeit des Konzepts der sozialraumorientierten Strukturen des Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Wurden im Jahr 2017 mit den Workshops und Planspielen 3790 Jugendliche erreicht, so verdoppelte sich diese Zahl im Jahr 2018 auf 6980 Jugendliche. Zu erkennen ist, dass die Nachfrage an den Angeboten und Beratungen vor allem in den Wirkungsbereichen der Regionalen Demokratiezentren steigt. Bereits in der Aufbauphase wurden im Jahr 2018 in den Stadt- und Landkreisen der Regionalen Demokratiezentren 91 Workshops regional umgesetzt. Die derzeitige Nachfrage und der aktuelle Stand des Aufbauprozesses lässt vermuten, dass die Zahlen für 2019 noch einmal ansteigen werden.

Alle Angebote des Demokratiezentrum finden Sie unter [www.demokratiezentrum-bw.de](http://www.demokratiezentrum-bw.de).

---

Melanie Schmitt, M.A. Politikwissenschaft, arbeitet als Bildungsreferentin für Demokratieförderung und Jugendbeteiligung beim Demokratiezentrum Baden-Württemberg und dem Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg e.V.

[www.jugendbeteiligung-bw.de](http://www.jugendbeteiligung-bw.de)

## Genies wählen

Von Jürgen Dorn, Stuttgart

Mit dem Slogan „Ich wähle nie!“, Untertitel „Du Genie“ betitelt der Landesjugendring Baden-Württemberg seine Kampagne zur Europawahl. Der Slogan will provozieren. Er provoziert Jugendliche in ihrer aktuellen Sprache, indem er in ihrem Stil ironisierend Wahlabstinentz scheinbar positiv setzt. Jeder\*in Jugendlichen ist dabei unmittelbar klar, dass der Wahl fernzubleiben, alles andere als Genialität beweist. Der Slogan wird aber auch viele Erwachsene provozieren, nämlich genau diejenigen, denen diese Art von Ironie fremd ist (und die wahrscheinlich auch die aktuelle Jugendgeneration nur schwer verstehen).

Die Europawahlen finden vom 23. bis 26. Mai 2019 in den voraussichtlich 27 Mitgliedsstaaten (+/- Brexit) statt. Ziel der Kampagne des Landesjugendrings ist eine hohe Wahlbeteiligung besonders unter jungen Menschen in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa. Inhaltliche Leitlinie ist die Idee einer solidarischen, sozialen, ökologisch nachhaltigen, weltoffenen und friedlichen Politik in Europa.

Der Landesjugendring will Jugendlichen zeigen, dass Europa IHR Europa ist – und Europapolitik mehr als nur Schlagzeilen über Gurkennormen. Nur wenn das Interesse und die Wahlbeteiligung der Bürger\*innen in Europa steigen, werden wir eine demokratischere und bürger\*innennähere Europäische Union erreichen. Die Kampagne soll in Baden-Württemberg einen Teil dazu beitragen. Zur Europawahlkampagne, den Informationsmaterialien und Aktionen führt der Link: <https://www.ljrbw.de/genies-waehlen.html>.

Im Landesjugendring haben sich 33 Jugendverbände und rund 100 Kreis- und

Stadtjugendringe zusammengeschlossen. Die Kampagne wurde bereits am 5. Mai 2018 mit einstimmigem Beschluss der Vollversammlung des Landesjugendrings auf den Weg gebracht. Wer also meint, die Jugend sei unpolitisch, die\*der irrt angesichts dieses Beschlusses.

Umso absurder ist es, dass viele, die gestern noch über die unpolitische Jugend

lamentierten, sich jetzt darüber beklagen, wenn sich viele tausend Schüler\*innen wöchentlich zu Fridays for Future versammeln. Als wenn es dies nicht in früheren Generationen auch schon gegeben hätte. Die Jugendlichen nennen das richtigerweise Schulstreik, weil sie ihrem „Arbeitsplatz“ in den Lernanstalten fern bleiben. Väterliche bzw.

**»Ich wähle nie!«**  
**DU GENIE**

**26.05.2019**  
**Kommunalwahl ab 16\***  
**Europawahl ab 18** 🇪🇺

**WWW.GENIES-WAEHLEN.DE**

BOCK AUF WAHL  
wählen ab 16  
Landesjugendring bw

mütterliche Ratschläge wohlmeinender Erwachsener, ihre Demonstrationen doch lieber außerhalb der Schulzeit zu organisieren, missachteten sie. Ebenfalls richtig, weil sie sich damit nicht nur für das Allgemeinwohl d.h. für die Zukunft der Menschheit auf dem Planeten Erde einsetzen, sondern auch politstrategisches Denken beweisen. Sie fänden kaum Beachtung, würden die Jugendlichen ihre kreativen Plakate und Aktionen, ihre Ernsthaftigkeit und ihr Engagement in der Freizeit für Klimaschutz einsetzen. So aber berichten Medien, und die Politik diskutiert darüber bis hinein in den Bundestag.

Wir halten also als Zwischenergebnis fest: Die Jugend ist nicht unpolitisch, sie ist aber wieder einmal nicht in der Art und Weise politisch, wie es die Erwachsenen – oder zumindest viele von ihnen – von Jugendlichen erwünschen. Aber das ist auch nicht neu: „[...] die Schüler achten Lehrer und Erzieher gering. Überhaupt, die Jüngeren stellen sich den Älteren gleich und treten gegen sie auf, in Wort und Tat“ (Platon, 427–347 v. Chr.).

Es scheint, dass wir es mit einem weiteren Akt im ehernen Generationenkonflikt zu tun haben. Dabei nehmen die Jugendlichen nur in Anspruch, was schon immer ein Vorrecht der Jugend war, nicht blind ihrer Vorgängergeneration hinterherzulaufen, sondern die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für ihr Leben und ihre Zukunft selbst bestimmen und aushandeln zu wollen.

Und genau um Mitentscheiden geht es auch bei der Forderung des Landesjugendrings nach Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre. Die Stimmabgabe bei Wahlen ist die fundamentale Entscheidungsmöglichkeit der Bürger\*innen in unserer Gesellschaft und damit das zentrale Grundrecht in der repräsentativen Demokratie.

Junge Menschen übernehmen schon vor Erreichen des 18. Lebensjahres in verschiedenen Bereichen Verantwortung



und treffen wichtige Entscheidungen. Mit 14 Jahren erreichen sie eine beschränkte Geschäftsfähigkeit und haben das Recht, selbst über ihre Religion zu entscheiden oder in Parteien einzutreten. In den Jugendverbänden sind sie die Bestimmer\*innen – und diese Werkstätten der Demokratie sind in vielerlei Hinsicht dem repräsentativen System durchaus ähnlich. Jugendverbände wie der BDKJ und die Naturfreundejugend gehören zu den Gründungsmitgliedern des Landesjugendrings, der wie das Land Baden-Württemberg 1952 gegründet wurde. Seit 67 Jahren entscheiden Jugendliche in den Kinder- und Jugendverbänden und im Landesjugendring mit, wie sie sich gesellschaftlich einbringen und durch ihr Ehrenamt nicht nur ihren Jugendverband, sondern auch die Gesellschaft und damit das Land weiterentwickeln wollen. Bei so einem alten Erfolgsmodell, bleiben kaum Argumente, warum sie bei Wahlen zu öffentlichen Ämtern nicht auch beteiligt werden sollten.

Es ist sehr zu begrüßen, dass das Wahlalter bei der Reform des Paragraphen 41a der Gemeindeordnung Baden-Württemberg 2013 auf 16 Jahre gesenkt wurde, auch wenn dies aus Sicht des Landesjugendrings nur ein Etappenziel auf dem Weg zum Wahlalter 14 Jahre ist.

Zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung organisierte der Landesjugendring 2014 eine Erstwähler\*innen-Kampagne in einem Bündnis mit vielen weiteren Organisationen und Institutionen. Zwar erlaubte die Gesetzeslage keine landesweite Auswertung der Wahl der Erstwähler\*innen unter 18 Jahren. Dennoch konnte auf der Basis einer Auswertung des Städte-tags von 14 Städten mit 44 000 bis knapp 60 000 Einwohner\*innen festgestellt werden, dass die 16–17-jährigen Erstwähler\*innen eifriger zur Wahl gingen (über 40 %) als die 18–25-Jährigen (rund 30 %). Allerdings lag die Beteiligung der jungen Erstwähler\*innen knapp unter der allgemeinen Quote von 42,8 Prozent in den befragten Städten. Am höchsten war die Wahlbeteiligung dabei nach der nicht-repräsentativen Erhebung der 16- und 17-Jährigen in Freiburg mit 58 Prozent, gefolgt von Esslingen (53,8). In der Landeshauptstadt Stuttgart gingen 41 Prozent der 16- und 17-Jährigen zur Wahl. ([www.waehlenab16-bw.de/kampagnenergebnisse2014.html](http://www.waehlenab16-bw.de/kampagnenergebnisse2014.html)) Es zeigt sich hier die Tendenz, dass dort wo Jugendbeteiligung ernst genommen wird und schon vor der Gesetzesänderung eine Rolle spielte, die Wahlbeteiligung der Erstwähler\*innen höher war. Auch wenn festzustellen ist, dass hinsichtlich der Wahlbeteiligung Jugendliche unter 18 Jahren keine wirklich besondere Gruppe darstellen. Das Grundproblem bei Kommunalwahlen ist vielmehr, dass es nur ein tendenziell schwindender Teil der Wahlberechtigten ausübt und insgesamt 2014 in Baden-Württemberg mit 49,1 % weniger als die Hälfte der Wahlbevölkerung ausmachte.

Bei dieser erstmaligen Wahl mit Wahlrecht ab 16 Jahren wurde aber auch deutlich, dass für diese Altersgruppe besondere Anstrengungen notwendig und sinnvoll sind, um ihre aktive Wahlteilnahme zu fördern.

Exkurs: Jugendliche ab 16 (bzw. 14) Jahren können prinzipiell genauso kompetent Wahlentscheidungen treffen, wie eine

beliebige andere Alterskohorte. 14-, 41-, oder 82-Jährige haben natürlich eine unterschiedliche Perspektive auf ihr Lebensumfeld, auf das Gemeinwesen vor Ort, auf gesellschaftliche Entwicklung und auf Politik. Allerdings wird nur den unter 18-Jährigen innerhalb der Gesamtwahlbevölkerung unterstellt, dass sie noch nicht zu einer kompetenten Entscheidung in der Lage seien. Die Gegenfrage wäre, ob es auch Gruppen gibt, die zwischenzeitlich aufgrund ihrer Lebenslage gerade nicht oder aber aufgrund ihres Lebensalters nicht mehr kompetent sind. Wenn dann ehrt die Erstwähler\*innen, dass sie sich erstaunlich selbstkritisch die Frage nach ihrer eigenen Kompetenz stellen, was z.B. Wähler\*innen über 41 Jahren bestimmt nie machen würden. Nöchmals: ob „noch nicht?“, „gerade nicht?“ oder „nicht mehr?“ – angesichts der fundamentalen Bedeutung des Wahlrechts in unserem politischen System sind alle drei Fragestellungen falsch. Alle haben sie Rechte, nämlich Bürgerrechte und das vornehmste dabei ist das aktive – und bislang noch selten diskutiert, möglicherweise auch das passive – Wahlrecht. Die Gruppe der Jungwähler\*innen unterscheidet sich nicht in der Kategorie „Kompetenz“, sondern wenn dann in Bezug auf „Erfahrung“ und evtl. „Information“ von älteren Wähler\*innen-Gruppen. Schon in der Kategorie „Information“ kann aber gefragt werden, ob heutzutage Digital Natives – also junge Menschen – nicht anders, umfassender oder gar besser informiert sind. Ihr Alter bedingt naturgemäß jedoch, dass das Maß an Lebenserfahrung geringer im Vergleich zu Älteren ist. Eine Herausforderung ist pädagogisch zunächst eindeutig zu beantworten: Ein guter Informationsstand zu Kommunalwahlen kann durch politische Bildung hergestellt werden. Kumulieren und Panaschieren etwa lässt sich 14- wie 41- oder 82-Jährigen erklären. Wenn aber Forschungen zu politischer Kultur und politischer Geschichte zum

Ergebnis kommen, dass Einstellungen und Wahlpräferenzen in Deutschland bei Wahlen in den 1930er Jahren und heute eine erstaunliche Kontinuität haben, dann geht der Satz des Soziologen Oskar Negt „Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss“ weit darüber hinaus. Dann braucht es beim Heranwachsen ein Demokratische-Erleben, das Werte und Haltungen ausprägt. Es braucht Empowerment und Selbstwirksamkeitserfahrungen in demokratischen Prozessen. Und damit kann auf das Lebensalter bezogen nicht früh genug begonnen werden.

Hierfür bietet sich v.a. die Kinder- und Jugendarbeit in den Jugendverbänden und Jugendringen an. Im Gegensatz zur Wissensvermittlung in der Schule lernen hier Kinder und Jugendliche Verantwortungübernahme für sich und die Gemeinschaft erfahrungs- und handlungsorientiert. Demokratie wird nicht an der Tafel oder der Projektionswand erklärt, sondern in der Jugendgruppe und auf weiteren Ebenen der Verbandsstruktur erlebt und erfahren. Diskussionen mit Abwägen des Für und Widers – Willensbildung also – findet hier statt. Und natürlich wird bei Wahlen entschieden, wer den Jugendverband oder Ring einzeln oder gemeinschaftlich leitet und nach außen vertritt. Und dabei zeichnet diese besondere Form der politischen Bildung aus, dass sie in den Satzungen der Jugendverbände und -ringe wertebasiert gründet und deren Ziel die Anerkennung und die Verteidigung der Menschenrechte ist. Sie will ein Bewusstsein schaffen für die soziale Demokratie und damit auch für die Ablehnung von Extremismus und Diskriminierung. Damit lässt sich auch ein gemeinsames Grundmerkmal der pluralistischen Vorstellungen zur politischen Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit charakterisieren, das weit über die Frage des Ankreuzens bei Wahlakten hinausgeht.

Doch zurück zur Kommunalwahl 2019. Am 26. Mai 2019 sind in Baden-Württem-

berg über 500000 Jugendliche ab 16 Jahren zum ersten Mal bei den Kommunalwahlen wahlberechtigt. Der Landesjugendring stellt mit der Landeszentrale für politische Bildung auch 2019 eine Erstwähler\*innenkampagne „Wählen ab 16“ zur Kommunalwahl, aber auch zur Europawahl auf die Beine ([www.waehlenab16-bw.de](http://www.waehlenab16-bw.de)). Die Schirmherrschaft der Erstwählerkampagne hat die Landtagspräsidentin Muhterem Aras übernommen. Im Kampagnenbündnis sind verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen und Organisationen vertreten. Es bringen sich Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag, Ministerien, der Landtag, die Region Stuttgart, der Ring politischer Jugend und verschiedene Jugendorganisationen ein. Außerdem gibt es Partnerschaften mit Einrichtungen der politischen Bildung, dem Landesmedienzentrum, dem VHS-Landesverband, der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung und verschiedenen Medienpartnern.

Die vom Landesjugendring mitgetragene Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung ([www.kinder-jugendbeteiligung-bw.de](http://www.kinder-jugendbeteiligung-bw.de)) hat Anfang 2019 über 70 junge Menschen als Erstwahl-Supporter\*innen qualifiziert. Sie stehen als peer-to-peer Moderator\*innen für Aktionstage vor Ort mit Jugendlichen zur Verfügung.

Auch nach der Kommunalwahl wird die Servicestelle selbstverständlich weiterhin für die Beteiligung junger Menschen arbeiten. Unter anderem bietet sie eine vom Deutschen Kinderhilfswerk bundesweit zertifizierte Weiterbildung zur\* zum Moderator\*in für Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse ab 26. Juni 2019 an. Jugendbeteiligung beginnt nicht bei der Europa- oder Kommunalwahl und beschränkt sich schon gar nicht darauf.

---

Jürgen Dorn ist Geschäftsführer des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V.

# Nach 100 Jahren wird es endlich Zeit

Von Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Stuttgart

Mit dem Reichswahlgesetz am 30. November 1918 erhielten Frauen in Deutschland das allgemeine aktive und passive Wahlrecht und am 12. Januar 1919 wurden zum ersten Mal Frauen in ein Parlament in Württemberg gewählt. Doch auch heute, 100 Jahre später, garantiert das Recht zu wählen und gewählt zu werden den Frauen keine ihrem Bevölkerungsanteil entsprechende politische Repräsentanz. Eine ausgeglichene Beteiligung von Frauen und Männern in Parlamenten ist aber notwendig für eine gleichberechtigte demokratische Teilhabe und Repräsentanz aller Bürgerinnen und Bürger. Die Mitwirkung am öffentlichen Meinungsbildungsprozess und an Gesetzgebungsverfahren ist ausschlaggebend dafür, wie Zugangschancen gesellschaftlich verteilt werden.

## Parität

Im Grundgesetz Artikel 20 Absatz 2 heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Ein unausgeglichenes parlamentarisches Geschlechterverhältnis wirkt sich aber faktisch auf die Qualität der politischen Entscheidungen aus. Um geschlechtergerechte Entscheidungen zu erreichen, muss die paritätische Repräsentanz von Frauen in allen Parlamenten im Zentrum der Gleichstellungspolitik stehen.

Am 26. Mai 2019 finden Kommunal- und Europawahlen in Baden-Württemberg statt – ein Anlass für den Landesfrauenrat genauer hinzuschauen, wie sich die geschlechtergerechte Teilhabe von Frauen in den Parlamenten heute darstellt.

## Wahlrecht

Das Wahlrecht und damit die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der politischen Willensbildung wurde ihnen nicht geschenkt. Heftige Auseinandersetzungen, Durchsetzungsvermögen und der Mut vieler Frauen kennzeichnen den Weg zu diesem politischen Ziel. Das Frauenwahlrecht war die solidarische Antwort der Frauen auf ihre soziale und politische Lage im beginnenden 20. Jahrhundert. Doch der Weg der Gleichbe-



rechtigung ist ein weiter und bis heute nicht abgeschlossener Weg.

## Landesfrauenrat

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg ist die unabhängige, überparteiliche politische Interessenvertretung von 52 landesweit aktiven Frauenorganisationen mit insgesamt 2 Millionen Mitgliedern und damit die größte Frauenlobby in Baden-Württemberg. Bei seiner Gründung vor 50 Jahren war die ausschlaggebende Motivation dazu, die Unzufriedenheit über den geringen Anteil von Frauen im Landesparlament. 1968 saß nur noch eine Frau als Abgeordnete

im Landtag und 1970 stellte der damalige „Club der Berufstätigen Frauen“ bei der Delegiertenversammlung folgenden Antrag: Der Landesfrauenrat möge sich dafür einsetzen, dass das Landtagswahlrecht dahingehend geändert wird, dass „Landeslisten aufgestellt werden, welche die Möglichkeit geben, profilierten Frauen den Weg in den Landtag zu öffnen“.

## Landesparlament

Heute, ein halbes Jahrhundert später, beschäftigt uns das Thema Wahlrechtsreform und Parität in den Parlamenten leider noch immer und von gleichberechtigter Teilhabe kann immer noch nicht die Rede sein. Mit einem Frauenanteil von 24,5 Prozent liegt der Landtag von Baden-Württemberg im Bundesländervergleich weiterhin an letzter Stelle. Nach dem Scheitern der im Koalitionsvertrag vereinbarten Reform des Landtagswahlrecht, hin zu einem Listenwahlrecht, wird sich daran in absehbarer Zeit auch nichts ändern.

## Grundgesetz

Wir erinnern:

In Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz heißt es: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Wir stellen fest:

Die fortwährende strukturelle Diskriminierung von Frauen verstößt gegen unsere Verfassung. Der Staat kommt seiner Verpflichtung nicht nach. Mit Freiwilligkeit und Selbstverpflichtung kommen wir nicht weiter. Wir brauchen wirkungsvollere Gesetze für die tatsächliche

Durchsetzung der Gleichberechtigung und Sanktionen bei Nichterfüllung.

## Kommunalparlamente

In Baden-Württemberg läuft es besonders zäh auf dem langen Weg zur Parität. Auch in den Kommunalparlamenten ist Baden-Württemberg bundesweit Schlusslicht bei der politischen Partizipation von Frauen. Bei der Kommunalwahl 2014 wurden lediglich 23,9 Prozent Frauen in den Gemeinderat gewählt und 18,9 Prozent in den Kreistag.

In 20 von 35 Kreisen liegt der Frauenanteil unter den durchschnittlichen 18,9 Prozent und in 12 Landkreisen liegt der Frauenanteil unter 15 Prozent. In mehr als Dreiviertel aller Kommunen liegt der Anteil der Frauen unter 23,9 Prozent und in 22 Kommunen wurde der Gemeinderat 2014 zur frauenfreien Zone. Nur in drei Kommunen wurde das erreicht, was eigentlich die Normalität sein sollte, nämlich 50/50 und damit Parität.

## Kommunalwahlgesetz

Seit 2013 heißt es im Kommunalwahlgesetz § 9 (6) „Männer und Frauen sollen gleichermaßen bei der Aufstellung eines Wahlvorschlags berücksichtigt werden. Dies kann insbesondere in der Weise erfolgen, dass bei der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlvorschlägen Männer und Frauen abwechselnd berücksichtigt werden“. Überall dort, wo mehr Frauen kandidieren, werden auch mehr Frauen gewählt.

Die Mehrheit der bisherigen Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Kommunalparlamenten bezieht sich auf die individuelle Förderung und Weiterbildung von Frauen. Damit wird impliziert, dass Frauen zunächst fehlende Kompetenzen erringen müssten, also sich ändern oder weiterbilden müssten, um in der Kommunalpolitik mitzuwirken. Doch es müssen sich die Strukturen und nicht die Frauen ändern.

Frauen sind gleich gut qualifiziert und gleich gut geeignet politische Ämter zu bekleiden. Der Blickwinkel muss also vielmehr hin zu den Strukturen gelenkt werden. Diese sind es, die angepasst werden müssen.

## Unterrepräsentanz von Frauen

Es ist eben nicht egal, wie viele Frauen Anteil an Macht, Ämtern und Mandaten innehaben, denn Männer repräsentieren die Ansichten und Interessen von Frauen nicht einfach mit. Nur wo mehr Frauen sind, können sich Strukturen und Rahmenbedingungen ändern, die bislang viele Frauen von einer Kandidatur für die Kommunalparlamente abhalten.

Was fehlt, wo Frauen fehlen?

- Die Lebenserfahrung und Sichtweisen der Hälfte der Bevölkerung
- eine Lobby für frauenspezifische Angebote
- eine Lobby für das, was Frauen besonders wichtig ist
- Vorbilder in der Rolle der Gemeinderätin und der Kreisrätin
- Netzwerke aus erfahrenen Politikerinnen und das Einstiegsfeld für Frauen in politischen Ämtern und Mandaten auf den höheren politischen Ebenen.

## Europa

Was für Landes- und Kommunalparlamente gilt, gilt auch für das Europaparlament. Am 26. Mai 2019 findet gleichzeitig mit den Kommunalwahlen die Europawahl statt. 2014 konnten zehn Abgeordnete aus Baden-Württemberg in das Europaparlament einziehen, sieben Männer und drei Frauen. Für Deutschland insgesamt liegt der Frauenanteil im Europäischen Parlament bei lediglich 36,5 Prozent.

Die Europäische Union ist mehr als ein wirtschaftliches Zweckbündnis. Sie ist ein sozialer und kultureller Raum mit einem solidarischen und Frauen und Männer gleichstellenden Wertegerüst, zu dem die Achtung der Menschen-

würde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte gehören. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist einer der grundlegenden Werte der Europäischen Union. Dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern zwingende Notwendigkeit, damit dauerhaft Frieden und Sicherheit, eine nachhaltige Entwicklung und wirtschaftlicher Wohlstand für alle erreicht werden können. Gleichberechtigter Zugang zur Bildung, gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung, sowie Schutz vor Gewalt und ein Leben in Frieden, Sicherheit und Würde sind für Frauen in Europa keine Utopie, sondern bestimmen eine Politik für gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen.

## Europäische Verträge

Die Gewährleistung der Gleichstellung und die Einbeziehung einer Gleichstellungsperspektive in alle politischen und finanziellen Rahmenbedingungen ist gemäß den europäischen Verträgen eine Verpflichtung der Europäischen Union, die in das nationale Recht der Mitgliedsstaaten übernommen werden muss.

Noch ist die Europäische Union keine perfekte Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft und sie muss in vielen Punkten reformiert werden. Doch nur gemeinsam und im Rahmen der bestehenden Verträge kann sie sich zu einer echten und stabilen Union der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln, nur gemeinsam den Aufstieg nationalistischer, rechtspopulistischer, antifeministischer und fremdenfeindlicher Kräfte verhindern, die diese Gemeinschaft zerstören wollen. Überall in Europa tragen Frauenbewegungen dazu bei, Solidarität, Gleichberechtigung und Menschenrechte in einem demokratischen Europa zu stärken.

Als Landesfrauenrat, engagierte Bürgerinnen und Wählerinnen unterstützen wir deshalb alle, die sich für den Zusam-

menhalt der Europäischen Union und für europäische Lösungen einsetzen und wir fordern die geschlechterparitätische Besetzung der Ämter und Mandate auf allen Entscheidungsebenen der Europäischen Union.

### **Frauenrechte sind Menschenrechte**

Ohne Geschlechtergerechtigkeit bleibt die Demokratie unvollendet. Gleichberechtigung aller Geschlechter, soziale Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit und Selbstbestimmung – das sind die Grundvoraussetzungen für ein freies und gerechtes Europa. Diese gemeinsamen Werte müssen erstritten und sie müssen immer wieder verteidigt werden. Gerade auch heute und bei den kommenden Wahlen.

Antifeministische und frauenfeindliche Kräfte gewinnen im politischen und im öffentlichen Raum an Einfluss. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, antidemokratisches und rechtsextrêmes Denken haben in der Mitte der Gesellschaft Fuß gefasst. Dagegen müssen wir aufstehen. Denn Frauenrechte sind Menschenrechte und unteilbar mit der Demokratie verbunden.

### **Solidarität**

In manchen Belangen der faktischen Gleichstellung sind wir heute die Frauen in Europa, die sich kurz vor dem Ziel befinden, in anderen sind wir die, die Begonnenes weitertragen und in wieder anderen sind wir die, die den Grundstein für Zukünftiges legen müssen.

Die Solidarität des Landesfrauenrates geht dabei über Ländergrenzen, Herkunft und über Geschlecht hinaus. Wir bieten unsere Solidarität und unsere Unterstützung – selbstbewußt, deutlich, weiblich – all denjenigen an, die sich auch in Zukunft für Gleichberechtigung und Vielfalt in Europa einsetzen und damit die Voraussetzungen für eine offene, plurale und solidarische Europäische Gemeinschaft schaffen. Wir rufen alle demokratischen Parteien und deren Kandidat\*innen dazu auf, sich für dieses gemeinsame Ziel einzusetzen.

Charlotte Schneidewind-Hartnagel ist Erste Vorsitzende des Landesfrauenrats Baden-Württemberg

## **Europa und Baden-Württemberg: eine vielschichtige und erfolgreiche Beziehung**

Von Dr. Stefanie Woite-Wehle, Stuttgart

Die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament, das übrigens seit genau 40 Jahren direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wird, sind für viele Anlass sich eingehender mit Europa zu befassen. Das ist sehr gut so – eigentlich überfällig. Denn noch immer wird die Bedeutung der Europäischen Union nicht annähernd angemessen wahrgenommen. Dabei gibt es allein schon einige eindrucksvolle Zahlen, die aufzeigen, wie sehr unser Leben von der Europäischen Union geprägt ist: Die Gesetzgebung ist – je nach Politikfeld – zwischen 20 % bis zu über 60 % von der EU beeinflusst. Ca. 50 % des baden-württembergischen Exports geht in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Baden-Württemberg profitiert in vielen Bereichen von europäischen Fördergeldern. So stehen dem Land in der aktuellen Förderperiode 2014 – 2020 47,2 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung, mit Hilfe dessen im Bereich „Innovation und Energiewende“ verstärkt die Forschung und die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in allen Bereichen der Wirtschaft gefördert wird.

### **Zahlreiche Europa-Akteure im Land**

Weitere Ebenen des Zusammenspiels sind z.B. die Mitgliedschaft von zehn Europaabgeordneten aus Baden-Würt-

temberg im Europäischen Parlament, zehn baden-württembergische Abgeordnete im Europaausschuss des Bundestages, eine aktive Europapolitik der Landesregierung sowohl aus dem Staatsministerium als auch aus dem Ministe-



**Auf die Förderung durch die Europäische Union wird leider nicht immer so deutlich hingewiesen.**

rium der Justiz und für Europa, die fachliche Arbeit der Europaexperten in den einzelnen Ressorts der Landesverwaltung, die Aktivitäten des Europa-Ausschusses des Landtags, das Engagement der europäischen Metropolregionen





Günther Oettinger aus Baden-Württemberg ist EU-Kommissar für Haushalt und Personal.

Stuttgart und Rhein-Neckar, der Europa-Koordinatoren in den Landkreisen und in den Kommunen. Sowohl das Land, die Region Stuttgart und Rhein-Neckar als auch die Kommunen und Parteien haben ihre eigenen Verbindungsbüros in Brüssel, die Ohr und Sprachrohr zugleich sind. Es gibt kommunale EU-weite Netzwerke wie Eurotowns zum fachlichen Austausch und gemeinsamer Interessensvertretung, um nur ein Beispiel zu nennen.

Für das wirtschaftliche Zusammenspiel zwischen dem Land und der EU wirken die zehn Büros des Enterprise Europe Network, ein Netzwerk, das die Europäische Kommission 2008 ins Leben gerufen hat und das die Internationalisierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) unterstützt. Die Trägerschaft der einzelnen Büros liegt überwiegend bei den Industrie- und Handelskammern. Sie helfen dabei, Kontakte zu knüpfen, Märkte zu erschließen oder an Fördergelder zu kommen. Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Verflechtung innerhalb der Europäischen Union ist auch das Europäische Verbraucherzentrum in Kehl zu nennen, das die Bürger im Binnenmarkt begleitet. Ergänzend zu diesen zentralen Verflechtungsebenen spielt die Zivilgesellschaft eine sehr wichtige Rolle für die Verzahnung Baden-Württembergs mit Europa. Zu nennen sind beispielsweise



Ein Europe Direct Informationszentrum in direkter Trägerschaft des Landkreises Ostalb

die Europäische Bewegung, ein überparteilicher nichtstaatlicher Dachverband, die Europa-Union Deutschland und Junge Europäer/JEF, die mit ihren Landes- und Kreisverbänden seit der Nachkriegszeit den europäischen Gedanken pflegen und fördern und gut vernetzt mit Politik und Verwaltung agieren. Das Europa Zentrum Baden-Württemberg gehört zu den erfahrenen Kräften der europapolitischen Bildung und ist seit über 40 Jahren mit einem breiten Angebot und viel Idealismus aktiv.

Schließlich gibt es in Baden-Württemberg fünf Europe Direct Informationszentren: den EuroPoint Ostalb in Trägerschaft des Landkreises, EUROPE DIRECT Freiburg i. Br. bei der Stadtbücherei Freiburg, das Europe Direct Informationszentrum Karlsruhe in Trägerschaft des Regierungspräsidiums Karlsruhe, das Europe Direct Informationszentrum Stuttgart in Trägerschaft des Europa Zentrums Baden-Württemberg sowie das EUROPE DIRECT Ulm in Trägerschaft der Stadt Ulm. Diese Europe Direct Zentren gehö-



Aktivitäten der Jungen Europäer/JEF, Landesverband Baden-Württemberg

ren einem Netzwerk der Europäischen Kommission an, das deutschlandweit 47 und europaweit ca. 400 Büros zählt. Sie werden im Wesentlichen vor Ort finanziert, erhalten aber eine umfassende, auch finanzielle Förderung durch die EU und dienen als niedrighschwellige Brücke von den EU-Institutionen zu den Bürgerinnen und Bürgern. Sie arbeiten eng mit anderen lokalen und regionalen Akteuren zusammen und verstehen sich auch als deren Unterstützungskräfte in Sachen Europa.

Zu erwähnen sind hier – stellvertretend für das breite gesellschaftspolitische Engagement für die Europäische Integration – auch Einrichtungen wie die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, die Kirchen und Gewerkschaften, Stiftungen, Jugendorganisationen, Landkreis- und Städtepartnerschaften und Schulpartnerschaften, und – relativ neu nun – „Pulse of Europe“, eine freie Initiative zur Mobilisierung der oft stillen proeuropäischen Bürgerschaft.

## **Vielfältiges Angebot zu Europa**

Das Spektrum der Aktivitäten der Europaakteure ist enorm weit. Es gibt umfangreiche Informationen über die Institutionen, das Funktionieren der Europäischen Union und zu einzelnen Politikfeldern (z.B. Umwelt, Landwirt-



**Bürgernähe beim alljährlichen Europaaktionstag des Landes mit zahlreichen Partnern auf dem Stuttgarter Schlossplatz**

schaft, Binnenmarkt, Bildung oder Außenbeziehungen) sowie über sehr konkrete praktische Fragen im Zusammenhang mit Leben, Lernen, Arbeiten, Einkaufen oder Inanspruchnahme von Sozialleistungen in einem anderen EU-Mitgliedsstaat. Manche der genannten Einrichtungen bieten Beratung bzgl. Fördermöglichkeiten an – u.v.a.m. Kenntnisse über die Europäische Union und ihren Wert für die Menschen in Europa sind eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der Europäischen Integration in der Bevölkerung. Da Europa nicht die gleiche Selbstver-

ständigkeit wie die lokale, die regionale und die nationale Ebene genießt, muss man hier attraktive Angebote machen, die die Menschen an Europa heranzuführen. In den Schulen wird inzwischen einiges unternommen: abgesehen von Europaeinheiten in den Lehrplänen sind es vor allem Europaprojektstage, der alljährliche Europäische Wettbewerb, Diskussionsveranstaltungen, Workshops und Planspiele, die Europa erlebbar machen. Dabei geht es um das Kennenlernen der anderen europäischen Länder und um das Nachvollziehen von Entscheidungsprozessen innerhalb der EU, aber auch darum zu zeigen, was die Europäische Union leistet.

Für die Bürgerinnen und Bürger findet ebenfalls eine Vielzahl von Veranstaltungen statt, die sich an unterschiedlichen Interessen und Vorkenntnissen ausrichten. Den Einstieg können Marktplatzaktionen mit buntem (Kultur-) Programm und Europaquiz im Rahmen der Europawoche im Mai bieten. Seit einigen Jahren finden im ganzen Land Bürgerdialoge zu Europa statt, in denen sich Politiker und Experten der Debatte stellen und Anregungen der Bürgerschaft entgegennehmen und in ihre Arbeit einspeisen. Vorträge und Podiumsdiskus-



**Diskussion im Stuttgarter Europahaus über die Europawahlen im Mai 2019 mit Tobias Winkler, Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in München**

sionen zu speziellen Aspekten der europäischen Politik sind natürlich Standard. Sie greifen Themen auf wie „Die Zukunft der Europäischen Union: Staatenbund oder Bundestaat?“, die Rolle Europas in der Welt und die Beziehungen zu Russland, zu den USA, zu Afrika und nun auch immer mehr zu China. Es kann um Strukturpolitik gehen, einer der großen Aktionsfelder der EU, um Sozialpolitik, ein Thema, das die Bürger sehr interessiert, und natürlich immer wieder auch um den Euro, also die Wirtschafts- und Währungsunion. Sehr erkenntnisreich sind außerdem Studienfahrten nach Brüssel, Luxemburg und Straßburg. Europa vor Ort erleben hinterlässt einen nachhaltigen Eindruck. Neu sind Angebote zu „Europa im Alltag“, die den Bürgern bewusst machen, wie sehr ihr Lebensalltag von positiven Regelungen der EU durchdrungen ist, ohne dass dies wahrgenommen oder geschätzt wird.

## Ausblick auf die Europawahlen am 26. Mai 2019

Nun also nahen die Wahlen zum Europäischen Parlament und es steht zu hoffen, dass die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs sich der Bedeutung dieser Wahl wieder bewusster werden. Die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen lag im Land 1994 noch bei knapp 66 % und sackte bis 2014 auf gut 52 % ab, das liegt zwar noch über dem Bundesschnitt von 48 %, ist aber deutlich niedriger als die Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen 2017 mit 78,3 % (Bundesschnitt 76,2). Die Europawahlen werden immer noch als Nebenwahlen betrachtet, obwohl das Europäische Parlament mit den letzten Europäischen Verträgen eine bedeutende Kompetenzerweiterung erfahren hat. Es beschließt gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union (Ministerrat) den Haushalt der EU und übt generell



Joker Europa und Baden-Württemberg auf dem Europaquizrad des Ministeriums der Justiz und für Europa

eine wichtige Kontrollfunktion aus. Es ist außerdem eine zentrale Plattform des innereuropäischen Austausches und der Kompromissfindung und die bürgernahe Institution schlechthin. Es ist für eine zukunftsfähige EU von zentraler Bedeutung, diese Institution zu stärken und den konstruktiven Kräften in diesem Parlament eine echte Chance zu geben. Das Brexit-Desaster muss allen eine Warnung sein, die zahlreichen positiven Errungenschaften der Europäischen Integration nicht aufs Spiel zu setzen. Gerade Baden-Württemberg kann für Europa ein Zeichen setzen.



Mobilisierungskampagne des Europäischen Parlaments mit zahlreichen Informationen und Argumenten zur Bedeutung der Wahl

Dr. Stefanie Woite-Wehle ist Leiterin des Europe Direct Informationszentrums Stuttgart

# Europa in der Region – das grenzüberschreitende Engagement der Landkreise am Hochrhein

Von Vanessa Edmeier, Waldshut-Tiengen

Günstiges Schweizer Benzin im Tank, französischer Käse vom Elsässer Wochenmarkt oder eine grenzüberschreitende Bootsfahrt mit dem Trompeter von Bad Säckingen (D) nach Stein (CH) – nirgendwo wird Europa im Alltag für Bürgerinnen und Bürger spürbarer als in einer Grenzregion, wie es der Hochrhein ist. Zwischen dem Bodensee im Osten und dem Dreiländereck im Westen bei Basel erstreckt sich der Hochrhein. Die Landkreise Lörrach und Waldshut kooperieren dort direkt mit den schweizerischen Nachbarkantonen Aargau und Schaffhausen. Die Plattform dafür bildet die deutsch-schweizerische Hochrheinkommission (HRK), welche mit innovativen Projekten spannende europäische Perspektiven schafft. Initiiert wurde die HRK in den 1990er Jahren durch den Landkreis Waldshut und den Kanton Aargau. „Die grenzüberschreitende Nachbarschaft am Hochrhein wird von der Bürgerschaft aktiv gelebt“, sagt dazu Dr. Martin Kistler, Landrat im Landkreis Waldshut, „und die Hochrheinkommission schafft dafür – wo nötig – die institutionellen Verbindungen.“ Die Hochrheinkommission hat ihren Sitz in Waldshut-Tiengen, die Präsidentschaft hat aktuell die Lörracher Landrätin Marion Dammann inne.

## Völkerverständigung mit der Bratwurst

Ob Dorf, Stadt oder Region – die Grundlage jeder guten Nachbarschaft ist die Begegnung. Was im Dorfidyll der Gartenzaun, ist am Hochrhein der Grenzfluss Rhein. Um die Begegnungen der Bevölke-



Das Gebiet der Hochrheinkommission

rung zu stärken, initiierte die HRK einen Kleinprojektefonds für Bürgerprojekte. Unterstützt wird der Kleinprojektefonds durch das EU-Regionalprogramm Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein, an welchem neben Deutschland und Öster-

reich auch die Nicht-EU-Staaten Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein beteiligt sind.

Erfolgsfaktoren des Kleinprojektefonds sind einerseits die nutzerfreundliche Ausrichtung der Antragsstellung, aber



Der Sommerempfang der HRK mit Ministerpräsident Kretschmann



Kleinprojekt Baumpflanzaktion mit Kindern aus Deutschland und der Schweiz

auch die hebammenartige Unterstützung der Projekte durch die HRK-Geschäftsstelle. Im Wissen, dass „Herr und Frau Mustermann“ nicht täglich Fördermittelanträge schreiben, unterstützt die Geschäftsstelle Projektträger einfach und unkompliziert. So lernen Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur auf einer funktionalen Ebene kennen, beispielsweise als deutsche Berufspendler in einem Aargauer Betrieb oder als Schweizer Einkaufstouristen in der Supermarktschlange, sondern auch bei Freizeitaktivitäten wie dem Rheinschwimmen, einer Theateraufführung oder beim „Würstlebraten“ an einem Stadtfest.

## Hochrheinkommission

Die Hochrheinkommission (HRK) ist eine partnerschaftliche Einrichtung zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Hochrhein. Die HRK fördert und organisiert den Kontakt und Erfahrungsaustausch zwischen ihren Partnern, Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürgern. Daneben will die HRK durch das Aufgreifen von Zukunftsthemen Impulse zur Stärkung und Weiterentwicklung der Grenzregion am Hochrhein geben. Bei der Vernetzung relevanter Akteure und der Begleitung und Organisation

zukunftsweisender Projekte übernimmt die HRK eine proaktive Rolle und nutzt die Möglichkeiten des europäischen Förderprogramms Interreg. Darüber hinaus sammelt, koordiniert und wertet die HRK für den Grenzraum relevante Informationen aus. Partner der HRK sind die Kantone Aargau und Schaffhausen, das Land Baden-Württemberg, die Landkreise Lörrach und Waldshut, der Regionalverband Hochrhein-Bodensee sowie die Planungsverbände Fricktal Regio und Zurzibiet Regio. Der Kanton Zürich ist als Beobachter in der HRK vertreten.

## Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger: das Zufallsbürger-Prinzip

Ein neues Begegnungsformat am Hochrhein sind die sogenannten Bürgerdialoge, basierend auf dem Zufallsbürger-Prinzip. Auf Initiative der Baden-Württembergischen Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Partizipation, Gisela Erler, wird ein altbekanntes Problem der öffentlichen Hand angegangen: der selektive Teilnehmerkreis an öffentlichen Veranstaltungen. Klassischerweise laden viele öffentliche Einrichtungen über die Lokalzeitung, das Gemeindeblatt oder die eigene Homepage zu Veranstaltungen ein. Häufig erreicht

## Interreg

### Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein

Interreg fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an den Binnen- und Außengrenzen der Europäischen Union. Für das Programmgebiet Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein besteht die Besonderheit, dass neben den EU-Staaten Deutschland und Österreich mit der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein auch zwei Nicht-EU-Staaten am Programm beteiligt sind und Fördergelder einbringen.



Grenzüberschreitender Bürgerdialog am Oberrhein

man damit nur eine relativ homogene Gruppe von Personen, die sich bereits in diversen kommunalpolitischen Bereichen engagieren. Der Dialog zwischen der Verwaltung und der stillen Mehrheit der Bevölkerung bleibt aus. Gerade Neubürgerinnen und Neubürger oder jüngere Menschen sind oft schwer zu erreichen.

Das Format des Zufallsbürgers bricht diesen Zirkel ein Stück weit auf. Über die Einwohnermelderegister werden per Zufallsgenerator Bürgerinnen und Bürger ausgewählt, welche eine persönliche Einladung zu einer Veranstaltung erhalten. Im Fall der grenzüberschreitenden Dialoge am Hochrhein werden Personen nach Quoten gezogen (Geschlecht, Alter, Staatsbürgerschaft), um ein möglichst breites Spektrum an Gesprächspartnern zu erhalten. Ziel der Zufallsbürgerdialoge am Hochrhein ist das aktive Zuhören: was bewegt die Bürgerinnen und Bürger in der Grenzregion? Wie kann die Politik das grenzüberschreitende Zusammenleben stärken, Defizite mindern oder Informationen verbessern? Welche Themen sind virulent? Umgesetzt werden die Dialoge im Mai und September 2019 in Kooperation mit sieben Gemeinden: Rheinfelden (D) und Rheinfelden (CH), Küssaberg (D) und Bad Zurzach (CH) sowie Jestetten (D) mit Neuhausen am Rheinfall (CH) und Rheinau (CH).

## Jugend und Politik – Europa vor Ort gestalten!

Ob Engagement für Europa oder die eigene Stadt: eine Voraussetzung, um Jugendliche für Politik zu begeistern, ist das Erleben von Selbstwirksamkeit. Anders ausgedrückt: wer sich ohnmächtig fühlt, hat wenig Lust, sich einzubringen. Um die junge Generation am Hochrhein für die Gestaltung ihrer Region zu gewinnen, organisierte die HRK mehrere deutsch-schweizerische Jugendforen. Gemeinsam mit dem Kanton Aargau und dem Land Baden-Württemberg wurden



Jugendforum Hochrhein

deutsche und schweizerische Jugendliche eingeladen, ihre Themen rund um die Fragen der Demokratie auszuarbeiten und gemeinsam zu vertiefen. Dabei wurden Themen aufgeworfen wie zum Beispiel: Wie konsumiere ich nachhaltig, ohne die Umwelt zu belasten? Warum bestimmen ältere Generationen, was bei Schülerinnen und Schülern auf dem Lehrplan steht? Wie begegnet man Politik und Populismus? Diese und weitere Fragen arbeiteten die Jugendlichen in einem ersten Schritt heraus und vertieften sie in Gesprächen mit Expertinnen und Experten aus der Region. Mit dabei waren unter anderem eine Forscherin

der Universität Basel zum Thema Mikroplastik, eine Journalistin des Schweizer Radio und Fernsehen und ein Wissenschaftler des Zentrums für Demokratie in Aarau. Personen also, die in der Region wirken und den Jugendlichen aus ihrer Alltagserfahrung konkrete Beispiele für Lösungen und ehrenamtliches Engagement benennen konnten.

## USA, Indien oder der Senegal – die Welt blickt auf den Hochrhein

Alle Länder der Welt – mit Ausnahme der Inselstaaten – haben Grenzregionen. Denkt man an USA-Mexiko, Indien-Paki-



Internationale Diplomaten

stan oder manche innerafrikanischen Grenzen, so wird schnell deutlich: die grenzüberschreitende Kooperation in Europa – und gerade auch am Hochrhein – ist nicht selbstverständlich. Auf Initiative der HRK wurde dies im September 2018 besonders anschaulich, als eine Gruppe internationaler Diplomaten den Hochrhein besuchte. Ein grenzüberschreitender Stadtteil-Spaziergang vom badischen Rheinfeldern in die aargauische Schwesterstadt verdeutlichte die lokale und regionale Zusammenarbeit

zwischen Deutschland und der Schweiz. Die Teilnehmenden aus 17 Ländern – unter anderem aus Afghanistan, Mexiko, Senegal, Russland und den USA – zeigten großes Interesse an der Vielfalt der rheinüberspannenden Projekte: Offene Grenzen, umgeben von einer schönen Flusslandschaft; ein deutsch-schweizerisches Bibliothekssystem, mit dem Wunsch nach gemeinsamer Bildung; das Ziel, die Region mit dem „Rheinuferrundweg extended“ in guter Nachbarschaft gemeinsam zu entwickeln.

Diese und viele weitere Facetten der deutsch-schweizerischen Zusammenarbeit am Hochrhein beeindruckten nicht nur die Diplomaten aus aller Welt, sondern auch die Vertreterinnen und Vertreter des Auswärtigen Amtes, welche die Reise im Rahmen der Internationalen Diplomatenausbildung der Bundesrepublik Deutschland organisierten.

Vanessa Edmeier ist Geschäftsführerin der Hochrheinkommission

## Der historische Weg zum Frauenwahlrecht

Von Sigrid Arnold, Biberach

### Zusammenfassung eines Vortrags der Kulturwissenschaftlerin Judith Seifert aus Bad Schussenried

Der Weg zur gesetzlichen Verankerung des Wahlrechts für Frauen war ein langer Weg und musste erkämpft werden. Um dieses historische Moment aus heutiger Sicht einordnen und verstehen zu können, muss dieser Kampf im sozialen Kontext der Stellung der Frau in der damaligen Zeit gesehen werden: Anfang des 19. Jahrhunderts war die Rolle der Frau traditionell geprägt. Frauen hatten sich, egal welcher Schicht sie angehörten, im Wesentlichen um die drei Ks zu kümmern: Küche, Kirche, Kinder. Eine gesellschaftlich akzeptierte Berufstätigkeit von Frauen war noch in weiter Ferne, öffentliche Äußerungen von ihnen über Politik oder Gesellschaft waren weder erwünscht noch geduldet, denn dies war reine Männerangelegenheit. Höchstens in sogenannten „Salons“, in denen sich gebildete Frauen trafen, war es möglich, hinter geschlossenen Türen Meinungen zu äußern, jedoch drang fast nie etwas davon nach draußen. Die Bildung der Mädchen und jungen Frauen be-

schränkte sich auf Grundkenntnisse in Lesen und Schreiben, Literatur und Handarbeiten. Johann Gottlieb Fichte (1762–1814), deutscher Erzieher und Philosoph, formuliert die Aufgabe der Frau darin, dass sie als Ehefrau ihr eigenes Leben zugunsten ihres Mannes aufzugeben habe und deshalb keine eigenen Rechte brauche.

Auch die Französische Revolution mit ihren Forderungen nach „Einheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ vermochte zunächst nicht, das Frauenbild und die Frauenrechte in Europa grundlegend zu ändern. Erst die Schriftstellerin und Kämpferin für das Frauenwahlrecht, Olympe de Gouges (1748–1793), forderte im Jahr 1791 in ihrer Schrift „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ die gleiche Stellung von Mann und Frau sowie das Wahlrecht für die Frau, egal welchen Stands: „*Das an Schönheit wie an Mut, die Beschwerden der Mutterschaft betreffend, überlegene Geschlecht ... erklärt die folgenden Rechte der Frau und Bürgerin:*

„Artikel 01: Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten. Artikel 04: Freiheit und Gerechtigkeit beruhen darauf, dass dem anderen abge-

golten wird, was ihm zusteht. So stößt die Frau bei der Wahrnehmung ihrer natürlichen Rechte nur an die ihr von der Tyrannei des Mannes gesetzten Grenzen; diese müssen durch die von der Natur und Vernunft diktierten Gesetze neu gezogen werden.

Artikel 06: Das Gesetz soll Ausdruck des Willens aller sein; alle Bürger und Bürgerinnen sollen persönlich oder über ihren Vertreter zu seiner Entstehung beitragen.

Artikel 10: Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen. Gleichermassen muss ihr das Recht zugestanden werden, eine Rednertribüne zu besteigen.

Artikel 16: Eine Verfassung aber, an deren Ausarbeitung nicht die Mehrheit der Bevölkerung [die Frauen] mitgewirkt hat, ... wird null und nichtig“.

Gouges büßte dafür als Gegnerin der Jakobiner sowie Anhängerin einer föderalen Monarchie mit ihrer Hinrichtung durch die Guillotine.

In Deutschland wurde das allgemeine Wahlrecht ab 1875 zunächst nur für männliche Bürger über 25 Jahre eingeführt. Zuvor herrschte zumeist ein Dreiklassenwahlrecht. Neben der politischen Teilhabe schloss das Preußische Vereinsgesetz 1850, welches in vielen deutschen

Staaten galt, Frauen von politischen Vereinen oder Organisationen aus. Vereinstätigkeit für Frauen war lediglich auf karitativer oder sozialer Ebene möglich.

Im Jahr 1848 erhebt die Schriftstellerin Louise Otto (1819–1865) in Deutschland öffentlich ihre Stimme und fordert „die Teilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben“, denn „die Teilnahme der Frau an den Interessen des Staates ist nicht ein Recht, sondern eine Pflicht“. Als Herausgeberin der „Frauen-Zeitung“ kritisiert sie in der ersten Ausgabe im April 1849 die Nationalversammlung der Frankfurter Paulskirche: „Wo sie das Volk meinen, zählen die Frauen nicht mit“ mit der Folge der sogenannten „Lex Otto“: einem Verbot für Frauen als verantwortliche Redakteurinnen oder Herausgeberinnen von Zeitschriften etc. Als Mutter der bürgerlichen Frauenbewegung gründet Otto im Jahr 1865 mit zwei Mitstreiterinnen, Auguste Schmidt und Henriette Goldschmidt, den „Allgemeinen Deutschen Frauenverein“ (ADF) mit dem Ziel der beruflichen und politischen Gleichstellung von Mann und Frau sowie der Stärkung der Rechte von Frauen der unteren Schichten. Für Otto und ihre Mitstreiterinnen war die Erlangung des Frauenwahlrechts dennoch nicht das vorrangige Ziel, sondern sie zielten auf die Möglichkeit ab, dass Frauen sich zumindest (ehrenamtlich) sozial engagieren und betätigen konnten. Anzumerken ist hierbei, dass die Ziele der Frauenbewegung nicht einheitlich und nicht immer politisch waren: teilweise wollten Frauen aus höheren sozialen Schichten weiterhin ihre Privilegien aus dem Stand ihrer Männer wahren. Frauen der unteren Schichten sollten aus ihrer Sicht zwar karitative Hilfe erhalten, jedoch nicht unbedingt mehr Rechte.

Gleichzeitig forderten Frauen der bürgerlichen Bewegung durchaus das Frauenwahlrecht wie zum Beispiel die Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Hedwig Dohm (1831–1919) in „Der Jesuitismus im Hausstande“: ... denn über das Stimm-

*recht geht der Weg zur Selbständigkeit und Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau*“. Das Wahlrecht war für Dohm ein elementares Menschenrecht, denn „Menschenrecht kennt kein Geschlecht“ (1876).

Im Jahr 1894 erfolgt der Zusammenschluss von 34 Gruppierungen der gemäßigten und größtenteils bürgerlichen Frauenbewegung zum „Bund Deutscher Frauenvereine“ (BDF) als Dachverband aller gemeinnützigen Frauenvereine nach amerikanischem Vorbild. Durch soziales Engagement und damit zunehmender Anerkennung und Bildung der Frauen sollte sich die Frage des Frauenwahlrechts von selbst lösen. Einher damit ging die Forderung nach besserer Schulbildung für Mädchen sowie mehr und bessere Berufsmöglichkeiten für Frauen, was zu gerechterer Teilhabe und Selbstbestimmung führen sollte. Sozialdemokratische Frauenvereine wurden jedoch weiterhin mehrheitlich von der politischen Männerwelt abgelehnt, wobei man sich auf das politische Vereinsverbot für Frauen berief. Uneinigkeit bestand vor allem darin, was die Form des Wahlrechts betraf, denn das bisher für Männer geltende ungleiche und indirekte Dreiklassenwahlrecht würde den Großteil der Frauen wieder ausschließen. Ein demokratisches Wahlrecht, d.h. allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen für Männer und Frauen, wurde noch als zu radikal gesehen.

Die anhaltende Diskussion führte im Jahr 1899 zur Gründung des „Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine“ (VFF) durch Minna Cauer und Anita Augspurg und bestimmte für den bürgerlich-radikalen Flügel die öffentliche Debatte um Frauenrechte und Feminismus, unterstützt durch Minna Cauers Zeitschrift „Die Frauenbewegung“ (erschieden von 1895 bis 1919). Erst der im Jahr 1902 in Hamburg von Lida Gustava Heymann (1868–1943) und Anita Augspurg (1857–1943) gegründete „Deutscher Verein für Frauenstimmrecht“ (später „Verband für Frauenstimmrecht“) erhebt

deutlichere Forderungen nach einer vollen politischen Gleichberechtigung aller Frauen und geriet wegen der weiterhin teilweise vorherrschenden Ständedünkel und dem eher zögerlichen Kampfwillen betreffs der Gleichstellung und des Frauenwahlrechts bald in Konflikte mit der Arbeiterinnenbewegung. Deshalb erfolgte keine Teilnahme der Sozialistinnen am Internationalen Frauenkongress der bürgerlichen Frauenbewegung im Jahr 1904 in Berlin unter der Leitung von Marie Stritt (1855–1928), welcher mit der Gründung der „International Suffrage Alliance of Women“ (IAW) endete. Die Forderungen der Arbeiterinnenvereine waren Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und sozialen Verhältnisse der Arbeiterinnen. Sehr bald standen sie damit in einem Interessenskonflikt mit den „Bourgeoisdamen“ der bürgerlichen Frauenvereine, wodurch sich die Arbeiterinnen nicht ausreichend repräsentiert sahen. Der Kampf um das Frauenwahlrecht wäre historisch gesehen aber nicht ohne die aus der Arbeiterinnenbewegung hervorgegangene sozialdemokratische Frauenbewegung denkbar gewesen: bereits im Jahr 1863 erhebt die SPD die Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht, zunächst jedoch nicht für Frauen, da sie die Abwanderung männlicher Wähler zu konservativen Parteien fürchtet.

Im Jahr 1875 beantragt der Sozialdemokrat August Bebel, der Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht das Wahlrecht für Frauen hinzuzufügen, was von seinen Parteigenossen zunächst abgelehnt wird. In seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ (1879), das zu einem Bestseller wurde, legt Bebel dar, dass es keine Befreiung der Menschheit geben kann ohne die soziale Unabhängigkeit und die politische Gleichberechtigung der Geschlechter. Beim SPD-Parteitag 1891 in Erfurt überzeugt die Frauenrechtlerin und Sozialdemokratin Clara Zetkin die Delegierten, dass der Kampf gegen die Unterdrückung der proletarischen Frauen gleichzeitig ein Kampf gegen die



Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Kapitalismus sei, worauf im Parteiprogramm die neue Forderung aufgenommen wird, dass das Wahlrecht allen „ohne Unterschied des Geschlechts“ zustehen solle.

Die erste Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes im Jahr 1895 durch August Bebel und Ignaz Auer sorgte noch für Heiterkeit bei den Herren der anderen Parteien und wurde prompt abgelehnt. Ein weiterer Versuch erfolgte 1906 durch Eduard Bernstein (1850–1932), welcher ebenfalls erneut abgelehnt wurde. Dennoch blieben die Sozialdemokraten weiterhin die einzige Partei, die sich für das Frauenwahlrecht und damit auch Frauen im Parlament einsetzte und zum Parteibeschluss im Jahr 1903 führte, diese Forderung sei in allen Wahlrechtskämpfen zu betonen. Die sozialistische Vorkämpferin des Frauenwahlrechts, Luise Zietz (1865–1922), brachte ihre Forderung so auf den Punkt: „Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Mann und Frau!“

Ab dem Ende des 19. Jahrhunderts gründeten sich sozialdemokratische Frauenwahlvereine, die öffentlichkeitswirksame Frauenversammlungen und Demonstrationen organisierten, nach dem Motto: „Können wir nicht wählen, so können wir doch wählen!“ Die Möglichkeit zur Gründung solcher Frauenwahlvereine lag in der Aufhebung der Sozialistengesetze im Jahr 1890 und in einem dadurch liberaler gewordenen politischen Klima in Deutschland. Es eröffnete damit Frauen die Möglichkeit, sich an Wahlkämpfen sozialdemokratischer Reichstags- und Landtagsabgeordneter operativ zu beteiligen und zu kämpfen. Im Jahr 1906 wurde bei der SPD-Frauenkonferenz in Mannheim der Beschluss gefasst, die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in den Mittelpunkt der SPD-Politik zu stellen.

Der Blick um die Jahrhundertwende außerhalb Deutschlands zeigt, dass der Kampf um mehr Frauenrechte und das

Wahlrecht zunehmend ein internationales Thema wurde: 1871 empfiehlt der Internationale Sozialistenkongress in London die Bildung von Frauensektionen. Ein internationaler Kongress in London forderte im Jahr 1896 das allgemeine Wahlrecht sowie 1904 in Amsterdam ausdrücklich das Frauenwahlrecht. Am 17. August 1907 findet die erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen in der Stuttgarter Liederhalle am Vortag des Internationalen Sozialistenkongresses, einberufen von Ottilie Baader (1847–1925), statt. Die Konferenz wird von ihr mit folgenden Worten eröffnet: „Ich begrüße alle Mitkämpferinnen, die gekommen sind, um die unentbehrlichste Waffe für uns, das Frauenstimmrecht, mit erobern zu helfen“ und erhebt ihre Hauptforderung nach „voller Emanzipation des weiblichen Geschlechts“. In ihrer Rede grenzte Ottilie Baader die Forderungen der Sozialdemokratinnen deutlich von denen der bürgerlichen Frauenvereinigungen ab. Noch während der Konferenz kam es unter dem Vorsitz von Clara Zetkin zur Gründung der „Sozialistischen Fraueninternationale“ (Socialist International Women SIW) durch 59 Delegierte aus 15 Ländern Europas und aus Übersee, da die Problematik für Frauen international war: fehlendes Frauenwahlrecht, schlechte Arbeitsbedingungen, soziale Ungerechtigkeit sowie eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten der Frauen. An der Konferenz nahm eine der ersten Parlamentarierinnen Europas, die Finnin Hilja Parssinen (1876–1935) teil. In Finnland war bereits im Jahr 1906 das Wahlrecht für Frauen eingeführt worden.

Clara Zetkin begründete die Resolution für das Frauenstimmrecht vor dem Internationalen Sozialistenkongress einen Tag später, dass das Frauenwahlrecht der Beginn des gemeinsamen Kampfes von Frauen und Männern mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft sei. Die sozialistischen Parteien sollten sich weltweit energisch dafür einsetzen, gemeinsame Aktionen entwickeln und

durchführen sowie die Forderung nach dem allgemeinen und uneingeschränkten Frauenwahlrecht in den Parteiprogrammen verankern. Die bürgerliche Presse, die vom Kongress ausgeschlossen worden war, kommentierte über den Kongress abfällig, so zum Beispiel in der „Schwäbischen Tagwacht“: die „roten Emanzen haben die abgedroschene Frauenwahlrechtsfrage wiederum aufs Tapet gebracht“.

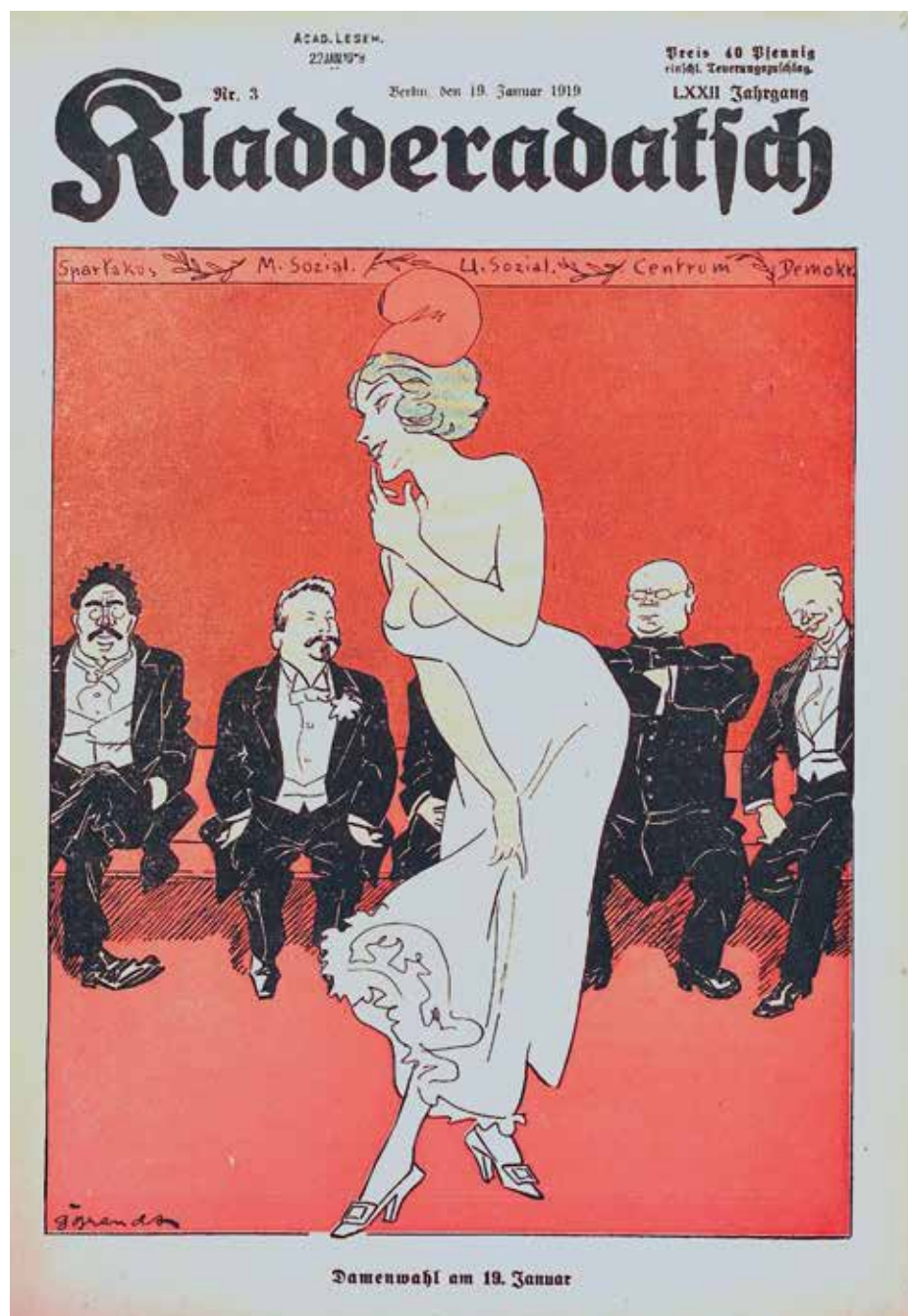
Bei der zweiten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen am 27. August 1910 in Kopenhagen wurde ein „Internationaler Frauentag“, der bis heute jährlich im März stattfindet, ins Leben gerufen, welcher „in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht“ dienen sollte. Die Idee hierzu kam aus Amerika: dort fanden bereits Ende des 19. Jhs. Streiks amerikanischer Arbeiterinnen sowie Demonstrationen im Februar 1909 statt. Zwei Jahre später demonstrierten beim Ersten Internationalen Frauentag am 19. März 1911 bereits mehr als 1 Million Frauen in Deutschland, den USA, der Schweiz, Dänemark und Österreich unter dem Kampfruf „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ sowie der Forderung nach sozialer und politischer Gleichberechtigung für alle Frauen. Trotz hoher Aufmerksamkeit berichtete die Presse teilweise mit ironischem Unterton über die Demonstrationen, so der Bericht im „Oberländer“ vom 20. März 1911:

„Berlin, 20. März. In Groß-Berlin fanden gestern Nachmittag sozialdemokratische Volksversammlungen statt zum Zweck einer Kundgebung für das Frauenstimmrecht. Die Redner erklärten das politische Wahlrecht der Frau als eine Hauptforderung des sozialdemokratischen Programms. Von den 25 000 Personen, die an den Versammlungen teilnahmen, waren etwa drei Viertel Frauen. Von einer der Versammlungen sollte eine Blitzlichtaufnahme gemacht werden. Als die dazu benötigte große Menge Magnesium mit starkem Knall und unter gewaltiger Rauchentwicklung aufflammte, entstand unter den Frauen ein gewaltiger

Schrecken. Mit den Angstrufen Feuer! Feuer! stürzten sie in wilder Hast den Ausgängen zu. Die sofort alarmierte Feuerwehr rückte mit vier Löschzügen an; auch eine Polizeiabteilung war sofort zur Stelle. Als sich die Panik gelegt hatte und die Frauen ebenso wie die öffentlichen Organe sich von der Harmlosigkeit des Vorgangs überzeugt hatten, löste sich die ganze Affäre in allgemeine Heiterkeit auf. Feuerwehr und Polizei überließen den Frauen wieder das Feld.“

Rosa Luxemburg erhebt am 12. Mai 1912 in Stuttgart erneut ihre Stimme zu „Frauenwahlrecht und Klassenkampf“, verurteilte dabei die politische Rechtlosigkeit der Frauen scharf und argumentierte, dass die zunehmenden Aktivitäten der Arbeiterinnen beweisen würden, dass die bestehende Gesellschafts- und Staatsordnung „morsch und ihre Tage gezählt sind“.

Im weiteren Fortgang wird der Kampf um Frauenrechte und das Frauenwahlrecht durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen sowie der Internationale Frauentag in Deutschland verboten. Die politische Agitation der Frauenverbände bezog sich schwerpunktmäßig in der Kriegszeit auf Aufrufe und Proteste gegen den Krieg sowie den Kampf für Frieden, wie zum Beispiel durch Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, die beide zum Antimilitarismus aufriefen, während die Konservativ-Bürgerlichen der Meinung waren. Frauen sollten sich an der „Heimatfront“ betätigen, verstärkt im sozialen Bereich (als Krankenschwester etc.), notleidenden Familien helfen und möglichst fehlende männliche Arbeitskräfte ersetzen, damit die Kriegswirtschaft aufrechterhalten werden kann. Kurz vor Kriegsende fand im Jahr 1917 ein illegal begangener Frauentag unter dem Motto „Friede und Freiheit“ statt. Das nahende Kriegsende und gärende politische Unzufriedenheit gaben der Frauenstimmrechtsbewegung neuen Aufschwung: radikale bürgerliche Frauenstimmverbände begannen mit der sozialdemokratischen



**Titelbild der deutschsprachigen, politisch-satirischen Zeitschrift „Kladderadatsch“, 1919 (Erscheinungszeitraum von „Kladderadatsch“: 1848–1944)**

Frauenbewegung zusammenzuarbeiten und riefen zu gemeinsamen Frauenversammlungen in allen größeren Städten in Deutschland auf. Dennoch stieß die gesetzliche Normierung des Frauenwahlrechts weiterhin auf Ablehnung aller Parteien im Reichstag, außer bei der SPD. Der am 22. März 1917 durch den SPD-Politiker Eduard Bernstein im Reichsparlament vorgelegte Gesetzentwurf für das allgemeine Wahlrecht „ohne

Unterschied des Geschlechts“, wird abgelehnt. Im Dezember 1917 erfolgt ein weiterer Vorstoß. Dem Reichsparlament und allen Länderparlamenten wird von den Frauenstimmrechtsvereinen eine gemeinsame „Erklärung zur Wahlrechtsfrage“ übergeben sowie in der Frauenpresse veröffentlicht mit der Forderung nach politischer Gleichberechtigung mit dem Manne, sprich der Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten

Wahlrecht für Mann und Frau. Dieses Papier war unterzeichnet von Marie Juchacz, stellvertretend für die sozialdemokratischen Frauen in der MSPD, von Marie Stritt für den Zusammenschluss bürgerlicher Frauen im „Deutschen Reichsbund für Frauenstimmrecht“ und von Minna Cauer für den „Deutschen Bund für Frauenstimmrecht“. Diese Forderungen blieben zunächst erneut unerfüllt und wurden deshalb zu einer der Parolen der Arbeiter- und Soldatenräte während der Revolution im Jahr 1918.

Der lange Kampf um das Frauenwahlrecht in Deutschland war letztendlich erst im November 1918 zu Ende, als der Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918 nun die Forderung nach dem Frauenwahlrecht wie folgt aufnimmt: *„Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht (...) für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen“.*

Am 19. Januar 1919 ist es dann soweit: In Deutschland sind Frauen erstmalig bei der Wahl zur Nationalversammlung zugelassen und konnten nun an die Wahlurnen gehen. Wie hoch die Bedeutung und die Resonanz des Wahlrechts für Frauen war, zeigte sich in der Wahlbeteiligung: 82,3 Prozent und damit 17,7 Millionen der wahlberechtigten Frauen gingen zur Wahlurne und damit ca. 2 Millionen mehr Frauen als Männer (insgesamt 32,7 Mio. Wahlberechtigte). Die Wahlbeteiligung war bis zum Jahr 1930 nie wieder so hoch wie 1919. In die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung wurden insgesamt 9,6 Prozent Frauen als Abgeordnete gewählt.

Am 19. Februar 1919 kommt es zu einem weiteren historischen Moment in Deutschland: Zum ersten Mal ergreift mit der Abgeordneten Marie Juchacz (Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands) eine Frau in einem deut-

schen Parlament das Wort und stellt in ihrer Rede Folgendes fest: *„Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit; sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist ... . Kein Punkt des Regierungsprogramms ist da, an dem wir sozialdemokratischen Frauen kein Interesse hätten.“* Mit der Einführung des Wahlrechts für Frauen in Deutschland war der internationale Kampf noch nicht zu Ende: Zwischen 1923 und 1932 finden weitere, internationale Frauenkonferenzen von sozialistischen Frauenbewegungen mit dem Ziel des Kampfs um das Frauenwahlrecht in Staaten, in den es noch nicht eingeführt war, statt. Gleichzeitig wird nach dem Ersten Weltkrieg der Internationale Frauentag wieder eingeführt. Der aufkommende Nationalsozialismus in Deutschland drehte jedoch das Rad wieder zurück. Bereits im Jahr 1933 wurde den Frauen das passive Wahlrecht aberkannt, Parteimitgliedschaft war nicht mehr erwünscht, jegliche Frauenvereine bzw. Frauenorganisationen, egal, ob bürgerlich oder sozialistisch orientiert, wurden aufgelöst. Frauen sollten laut nationalsozialistischer Ideologie wieder zurück zu Herd und Kindern. In der Zeit des Zweiten Weltkriegs, in der Frauen die sich im Krieg befindenden Männer in der Arbeitswelt ersetzten und aus akutem Arbeitskräftemangel in Rüstungsfabriken etc. eingesetzt waren und dabei sprichwörtlich ihren „Mann“ standen, änderte sich nichts am nationalsozialistische Idealfrauenbild. Nach dem Kriegsende war das aktive und passive Wahlrecht für Frauen kein politischer Streitpunkt mehr. Jedoch wurde nach der Teilung Deutschlands die Forderung laut, die Gleichberechtigung in den Verfassungen der Bundesrepublik Deutschland und Deutschen Demokratischen Republik zu verankern. In der Bundesrepublik Deutschland beharrten vier weibliche Mitglieder des Parlamentarischen Rates bei der Beratung des Grundgesetzes im Jahr 1948/49 für die Aufnahme der Gleich-

berechtigung von Mann und Frau in die Verfassung: die Sozialdemokratinnen Elisabeth Selbert und Frieda Nadig, die Christdemokratin Helene Weber sowie Helene Wessel (Zentrumspartei). Dem Engagement dieser vier, auch „Mütter des Grundgesetzes“ genannten Frauen ist es zu verdanken, dass im Nachkriegsdeutschland und im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 3 der Satz: *„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“* verankert und damit die vollständige Gleichstellung von Männern und Frauen grundgesetzlich normiert wurde. Im Jahr 1994 wird in Artikel 3 Absatz 2, Satz 2 des Grundgesetzes ein staatlicher Handlungsauftrag im Blick auf die Gleichstellung formuliert:

*„Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“*

## Fazit

Mit der Einführung und Umsetzung des Wahlrechts für Frauen in den Jahren 1918/19 sowie der grundgesetzlichen Normierung der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde der Weg der politischen Teilhabe von Frauen sowie deren Emanzipation in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich geebnet. Dennoch ist der Kampf um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen bis in unsere Zeit nicht zu Ende: solange in vielen Bereichen der Arbeitswelt gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit bzw. Leistung bei gleicher Qualifikation nicht umgesetzt ist (aktuell besteht immer noch eine Lohnungleichheit von ca. 26 % zwischen Männern und Frauen), Frauen in Führungspositionen, in Aufsichtsräten sowie in politischen Mandaten aller Ebenen immer noch unterrepräsentiert sind sowie die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege insbesondere für Frauen weiter verbessert werden müssen, besteht

**Historische Zeitschiene der Einführung des Frauenwahlrechts in europäischen Staaten:**

- 1906 Finnland
- 1913 Norwegen
- 1915 Dänemark, damals zugehörig: Island
- 1917 Niederlande (aktiv, passiv 1919) und die Sowjetunion
- 1918 Deutschland mit erstem Wahlgang von Frauen im Januar 1919
- 1918 Polen und Österreich
- 1921 Schweden
- 1928 Großbritannien
- 1931 Spanien
- 1934 Türkei
- 1944 Frankreich
- 1946 Italien
- 1948 Belgien
- 1971 Schweiz (auf Bundesebene)
- 1984 Liechtenstein
- 1990 Durch Entscheid des Bundesgerichts muss der Kanton Appenzell Innerrhoden als letzter Kanton das Frauenwahlrecht auch auf kantonaler bzw. kommunaler Ebene einführen.

weiterer politischer und gesellschaftlicher Handlungsbedarf im Sinne einer vollständigen Gleichberechtigung und Gleichstellung von Männern und Frauen. Zu diesem Ergebnis kam im internationalen Blick ebenfalls eine bereits im Jahr 2015 erschienene Studie des World Economic Forums zum Gender Gap (Kluft zwischen den Geschlechtern) von 2015: „Kein einziges Land der Welt hat die Gleichstellung erreicht“

---

Sigrid Arnold ist Gleichstellungsbeauftragte im Landkreis Biberach

## **Landkreis Emmendingen startete eine Veranstaltungsreihe FRAUEN FIT MACHEN FÜR KOMMUNALPOLITIK**

Ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder im Landkreis Emmendingen sind Frauen, im Kreistag ist der weibliche Anteil mit acht Frauen unter den 52 Kreistagsmitgliedern – das entspricht 15 Prozent – sogar noch geringer. Das sollte sich ändern, sagte sich Yvonne Baum, die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Emmendingen. Bereits in großem zeitlichem Vorlauf zu den Kommunalwahlen vom 26. Mai 2019 startete sie in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung eine Veranstaltungsreihe. „Frauen machen Kommunalpolitik“ lautete das Motto des Programms, das vor einem Jahr am Internationalen Frauentag im März 2018 mit einer Ausstellung zu den „Müttern des

Grundgesetzes“ eröffnet wurde. Anhand von Lebensläufen wurden jene Frauen vorgestellt, die vor nunmehr 70 Jahren an der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland beteiligt waren. Daran schloss sich ein Gespräch zum Thema „Frauen in der Politik – damals und heute“ mit der Politikwissenschaftlerin Dr. Ursula Degener an. Mit ganztägigen Workshops und Diskussionsrunden zwischen März und November 2018 sollten politisch interessierte Frauen angesprochen und für eine Mitarbeit in den kommunalen Gremien gewonnen werden. Aber auch Frauen, die erst mal „schnuppern“ wollten, ob eine Bewerbung für sie überhaupt in Frage kommt, zählten zur Zielgruppe.

Die Veranstaltungsreihe sollte Frauen – so war es auch auf dem Infoblatt für die verschiedenen Veranstaltungen aufgedruckt – „fit für die Kommunalwahl 2019“ machen und ihnen das nötige Hintergrundwissen für eine mögliche Kandidatur für den Gemeinderat oder Kreistag vermitteln. In einer Gesprächsrunde Mitte November berichteten fünf Kommunalpolitikerinnen über ihren Alltag aus den politischen Gremien und die Beweggründe, sich für die Gesellschaft zu engagieren und dafür auch einen beträchtlichen Teil an Zeit und Freizeit zu opfern. Eine Frau gab Einblicke in ihre Entscheidung, warum sie in diesem Jahr für den Gemeinderat kandidieren will. Eine ganzseitige Berichterstattung

gleich auf der Titelseite der lokalen Presse gab die Eindrücke des Abends wieder, so dass über diesen Weg vermutlich eine größere Anzahl an Frauen erreicht werden konnte.

Eine besondere Herausforderung war es, die Zielgruppe zu erreichen und Frauen speziell anzusprechen. Dies sollte mit einem Pressegespräch mit Landrat Hanno Hurth und der Gleichstellungs-

beauftragten zur Vorstellung der Veranstaltungsreihe ebenso erreicht werden wie durch ein Infoblatt mit dem kompletten Programm, Hinweisen in den Mitteilungsblättern, Werbung auf der Internetseite des Landratsamtes Emmendingen und über Rundmails erfolgen. In den Medien war die Veranstaltungsreihe jedenfalls entsprechend präsent. Ob sie die beabsichtigte Wir-

kung erzielt hat, wird sich in wenigen Wochen beim Blick auf den Frauenanteil in den Stimmzetteln für Ortschaftsrat, Gemeinderat und Kreistag zeigen – und in den Tagen nach dem 26. Mai 2019, wenn feststeht, welche Frauen in die neugewählten Gremien einziehen werden.

## Politik & Pizza

### Besondere Veranstaltungsreihe des Landkreises Lörrach: Jugendliche tauschen sich im Vorfeld der Europa- und Kommunalwahlen mit Politikern über ihre Lebenswelt aus

Um das Interesse junger Menschen für Politik zu fördern, nutzt der Landkreis Lörrach das Veranstaltungsformat „Politik & Pizza“, initiiert von der Landeszentrale für politische Bildung, in besonderer Weise: Die Umsetzung erfolgt flächendeckend im kompletten Landkreis, zudem wird das ganze Dreiland miteinbezogen.

Der Landkreis Lörrach liegt im äußersten Südwesten Deutschlands im sogenannten „Drei-Länder-Eck“ und grenzt mit dem Rhein im Süden an die Schweiz (Basel) und im Westen an Frankreich. Im Dreiland zwischen Freiburg, Colmar und Basel leben knapp eine Million Menschen in einem gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum mit einer hohen Wirtschaftskraft, einer attraktiven Landschaft und einer vielseitigen Kultur. Die guten Standortvoraussetzungen werden durch die trinationale Kooperation über die Grenzen noch potenziert.

An der Grenze wohnend, ist vielen Jugendlichen jedoch nicht bewusst, was Europa für sie bedeutet. Für viele ist es selbstverständlich, Veranstaltungen grenzüberschreitend zu besuchen oder eine Ausbildung, wie einen trinationalen Studiengang, am Oberrhein zu absolvieren. Aber warum kostet es mehr, das

Mobiltelefon in der Schweiz zu nutzen? Was verbindet Europa? Was sind die Vorzüge?

Junge Wählerinnen und Wähler sind die Zukunft der Demokratie und eines modernen Europas. Doch was bewegt sie, welche Anregungen zur Gestaltung des zukünftigen Miteinanders in Europa haben sie? Welche Fragen stellen sich ihnen und welche Antworten überzeugen sie? Jugendarbeit hat hier den Auftrag, die Belange von Kindern und Jugendlichen sichtbar und hörbar zu machen und sich für demokratische Werte und Menschenrechte einzusetzen.

### Niederschwelliger Zugang zur politischen Teilhabe

Anlässlich der bevorstehenden Wahlen kommen im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Politik & Pizza“ an zehn Abenden junge Wähler mit Kandidaten der Kommunal- und Europawahl zusammen, um in lockerer Atmosphäre und bei leckerer Pizza ungezwungen ins Gespräch zu kommen. Diesen niederschweligen Zugang zur politischen Teilhabe von jungen Menschen ermöglicht die Jugendbildungsarbeit des Kreisjugendreferates Lörrach.



„Politik & Pizza“-Abend anlässlich der Bürgermeisterwahl in Schopfheim



Nach einer Vorstellungsrunde verteilen sich alle Anwesenden an verschiedenen Tischen, an denen sie miteinander in interessante und konstruktive Gespräche treten. Die Politiker stellen sich dabei den

Fragen der jungen Gäste und können sich mit den Themen der Lebenswelt Jugendlicher auseinandersetzen. Diese wiederum können Anliegen, Ideen und Wünsche gezielt einbringen.

Nach dem Auftakt des Formats anlässlich der Bürgermeisterwahl in Schopfheim im Herbst letzten Jahres zeigte sich, dass sich die Jugendlichen in diesem kleinen Rahmen viel eher trauen, sich aktiv ins Gespräch einzubringen, als in einem gut gefüllten Saal mit Podium. Die Politiker werden für sie nahbar, Politik greifbar.

Ziel ist es, die Jugendlichen mit ihren Anliegen und Fragen ernst zu nehmen, sie sachlich zu informieren und sie so zum Wählen zu motivieren. Die dreistündige Veranstaltung wird vom 6. bis

22. Mai an zehn Orten im ganzen Landkreis angeboten. Am Europatag, dem 9. Mai, geht es vor allem um die Europawahl.

Die spezielle Umsetzung des Formats „Politik & Pizza“ durch das Kreisjugendreferat – nicht nur einmalig, sondern als mehrfach stattfindende und flächendeckende Veranstaltung und in Kooperation mit Jugendlichen mehrerer Verbände Europas – ist eine Erfolgsgeschichte des Fachbereichs Jugend & Familie des Landratsamts Lörrach. Viele Kooperationspartner bringen sich dabei mit ein, wie die AG Jugend im Landkreis Lörrach, der Kreisjugendring Lörrach e.V., der Stadtjugendring Lörrach e.V. und das Jugendparlament am Oberrhein.

## Berufliches Empowerment für geflüchtete Frauen im Landkreis Böblingen

Von Alena Babeyeva, Böblingen

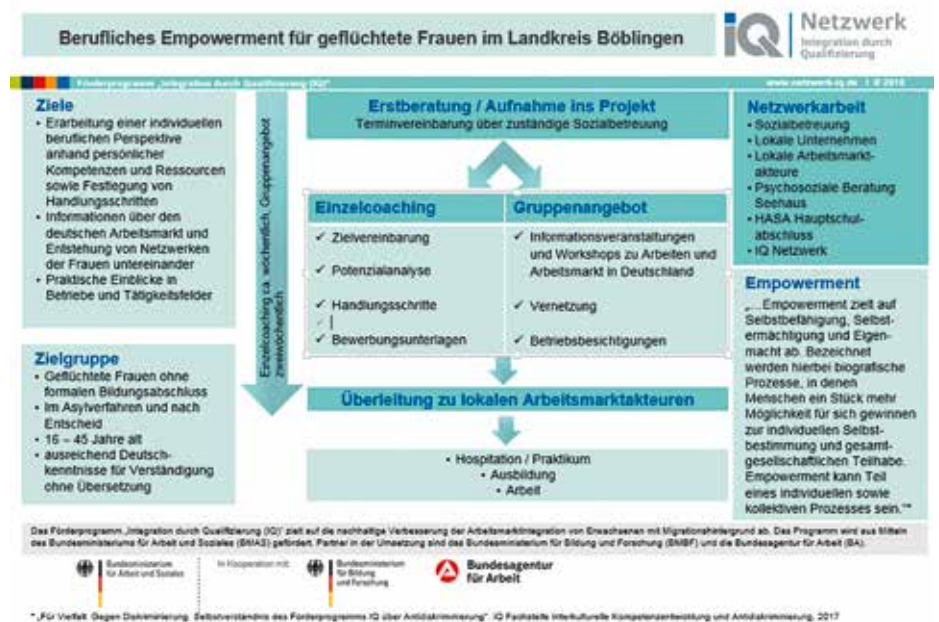
### Hintergrund

In den Jahren 2015 und 2016 sowie im ersten Halbjahr 2017 nahm der Landkreis Böblingen rund 5300 Geflüchtete auf. Etwa 35 % aller aufgenommenen Geflüchteten sind Frauen im Alter zwischen 16 und 40 Jahren.

Das Teilprojekt „Berufliches Empowerment für geflüchtete Frauen im Landkreis Böblingen“, im IQ Netzwerk Baden-Württemberg eingebunden, gefördert durch das Bundesprogramm Integration durch Qualifizierung, startete im Mai 2017 (Laufzeit bis Dezember 2018) und war im Sachgebiet Integration / Amt für Migration und Flüchtlinge des Landratsamtes Böblingen angesiedelt. Zielgruppe des Projektes waren geflüchtete Frauen ohne formale Bildungsabschlüsse, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Ziel des Projektes war es, mit geflüchteten Frauen ohne formalen Bildungsabschluss im Einzelcoaching eine

individuelle berufliche Perspektive zu entwickeln. Dabei konnten sich die Teilnehmerinnen im Rahmen von Gruppen-



### Projektsatz

veranstaltungen untereinander austauschen und miteinander vernetzen. Ergänzend lernten die Frauen in Kooperation mit Arbeitsmarktpartnern die Vielfalt von beruflichen und qualifizierenden Angeboten kennen.

Langfristiges Ziel war es, dass die Frauen auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen und so Anerkennung, Akzeptanz und Selbstbestätigung erfahren.

Die Ansprache der Zielgruppe erfolgte überwiegend durch die Sozialbetreuung in den Gemeinschaftsunterkünften des Landratsamtes Böblingen, der kommunalen Anschlussunterkünfte sowie Integrationsmanager/innen. In Einzelfällen erfolgte eine Anmeldung zur Teilnahme am Projekt durch Ehrenamtliche. Einige Frauen hatten über das Projekt durch Mund-zu-Mund-Propaganda der Projektteilnehmerinnen erfahren.

## Methodischer Ansatz und Angebot

Empowerment bedeutet in diesem konkreten Projektansatz, dass die Frauen für sich selbst und als Gruppe Selbstbefähigung hinsichtlich beruflicher Tätigkeiten erfahren und so ihre Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft prozesshaft erhöhen können. Im Projekt sollte sich dies durch die Vernetzung einzelner Teilnehmerinnen und den damit ermöglichten Austausch entwickeln; weiterhin durch zielgruppenorientierte Information über arbeitsmarktrelevante Themen und praktische Kontakte mit Betrieben und Unternehmen sowohl im Einzelsetting als auch in Gruppentreffen. Auf individueller Ebene trugen die erarbeiteten Handlungsstrategien somit zur persönlichen Selbstbefähigung und Teilhabe bei und konnten Multiplikationseffekte haben.

In den Einzelcoachings wurden die Teilnehmerinnen vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Interessen und Kompetenzen, beruflichen Vorerfahrungen, familiären Verhältnisse und momentanen Lebenssituation beraten. Dabei wurde eine Vereinbarung für ein gemeinsames

Vorgehen entlang der individuellen Ziele der Teilnehmerin getroffen. Je nach Ziel der Projektteilnehmerin kamen biographische Methoden (z.B. Lebensprofil) zum Einsatz und wurden mit vorangegangenen Tätigkeiten analysiert. Darauf aufbauend wurde eine Potentialanalyse erstellt, die half, die vielfältigen Kompetenzen der Frauen sichtbar zu machen. Handlungsschritte, unter Berücksichtigung bestehender Netzwerke, wurden erarbeitet und entsprechend Lebenslauf und Anschreiben gemeinsam erstellt. Weiterer Beratungsbedarf entstand im Einzelcoaching auch immer wieder zu Ablauf und Voraussetzungen einer Dualen Berufsausbildung, zum Nachholen von Schulabschlüssen sowie zur Organisation von Kinderbetreuung, Teilnahme an Sprachkursen und Anerkennung von Schulzeugnissen. Weiterhin fragten Teilnehmerinnen Kontakte von unseren Netzwerkpartnern nach, z.B. zur Verarbeitung belastender/traumatischer Erlebnisse, vertiefter Kompetenzanalyseverfahren etc.

Die *niedrigschwelligen Gruppenangebote* wurden in Form von Workshops durchgeführt. Jedes Treffen dauerte zwei Stunden und bestand aus Zusammenkommen, Bearbeitung eines Themas, Reflexionsrunde. Als besonders hilfreich hatte sich der Wechsel zwischen Plenum, Kleingruppe und Einzelarbeit erwiesen, weil das einen Zugang zum Thema auf unterschiedliche Weise gewährleistete.

Bei den Gruppentreffen kamen geflüchtete Frauen aus unterschiedlichen Herkunftsländern, mit unterschiedlichen Bildungswegen, beruflichen Erfahrungen sowie aus unterschiedlichen Lebenssituationen miteinander in Kontakt.

Das Gruppentreffen förderte den Austausch der Teilnehmerinnen untereinander, was die berufliche Integration und die Multiplikation der Informationen und Erfahrungen innerhalb der Communities erleichterte. Dadurch, dass das Gruppentreffen ohne Übersetzung stattfand, wurden die Teilnehmerinnen ermu-

tigt, auch bei geringen Sprachkenntnissen Deutsch zu sprechen und praktisch zu üben. So wurden auch Hemmnisse abgebaut sich z.B. in Vorstellungsgesprächen zu präsentieren.

Die Wissensvermittlung über grundlegende relevante Aspekte der beruflichen Integration erreichte so eine größere Gruppe von Frauen. Die Themen richteten sich nach Bedarfen der Frauen, in Übereinstimmung mit vorhandenen Modulen:

- Arbeiten in Deutschland
- Bildungssystem in Deutschland
- Ausbildungsberufe und Wege in Ausbildung
- Bewerbung und Bewerbungsunterlagen
- Frauenrechte
- Arbeitsrechte (in Kooperation mit IQ Teilprojekt „Faire Integration“)
- Kompetenzen
- Vereinbarkeit Familie und Beruf
- Zielmanagement

Als gewinnbringend erwies sich in der Projektarbeit auch die Durchführung von *Betriebsbesichtigungen*. Gerade bei weiteren, noch vorrangigen Aufgaben (Spracherwerb, Kinderbetreuung) erweiterte der Praxisbezug das Interesse und unterstützte eine realistische Perspektiventwicklung neben der „theoretischen“ Wissensvermittlung. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aus unterschiedlichen Branchen, mit denen überwiegend über den Unternehmerpreis 2017 des Sachgebietes Integration/Landratsamt Böblingen Kontakt aufgenommen wurde, zeigten sich offen und interessiert, Betriebsbesichtigungen bzw. Hospitationen anzubieten und die Projektteilnehmerinnen kennenzulernen. Unternehmen bestätigten, dass sie Interesse an der Beschäftigung von geflüchteten Frauen haben. Zu allen Angeboten durften die Frauen ihre Kinder mitbringen. Infolge der Betriebsbesichtigungen mündeten einige der Teilnehmerinnen in eine Arbeitsbeschäftigung ein. Im Projekt konnten fünf Teilnehmerinnen eine Erwerbstätigkeit annehmen, vier eine

Hospitation in einem Altersheim absolvieren und eine einen Praktikumsplatz in einem Gastronomiebetrieb annehmen. Die konstruktiven Absprachen mit Arbeitsmarktpartnern (Agentur für Arbeit, Jobcenter sowie IHK Stuttgart und Kreis-handwerkerschaft) ermöglichten im Bedarfsfall eine direkte Kontaktaufnahme. Ergänzend zu der Kooperation mit lokalen Arbeitsmarktakeuren erwies sich die Vernetzung mit psychosozialen Beratungsstellen und frauenspezifischer Sozialarbeit als sinnvoll.

### Erfahrungen

Insgesamt nahmen 101 Frauen die Projektangebote wahr. Die Zielvorgabe von 70 anvisierten Teilnehmerinnen wurde damit weit übertroffen. Daraus lässt sich der hohe Bedarf an ganzheitlichen, niedrigschwelligen Berufsorientierungsangeboten für die Zielgruppe geflüchteter Frauen ableiten und konstatieren.

Viele der Teilnehmerinnen kamen aus Ländern wie Afghanistan, Gambia, Kamerun, Nigeria etc. und hatten aufgrund der eingeschränkten Zulassungskriterien in den überwiegenden Fällen erst mit großer zeitlicher Verzögerung die Möglichkeit an einem Sprachkurse teilzunehmen. Der Mangel an Sprachkursen mit Kinderbetreuung (alle Sprachniveaus) und Mangel an Alphabetisierungskursen verzögerte den Spracherwerb der Teilnehmerinnen zusätzlich enorm. Das führte dazu, dass der Erwerb von fundierten Sprachkenntnissen, der die Basis für eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit darstellt, für die Zielgruppe aufgrund struktureller Hürden stark erschwert

wurde. Ohne diese sind erste berufliche Schritte jedoch selten erfolgreich, wie die Erfahrungen aus dem Projekt deutlich zeigten. Dazu kam, dass den Teilnehmerinnen in vielen Fällen eingeübte Lernstrategien fehlten und diese erst entwickelt werden mussten.

Die Notwendigkeit der aufsuchenden Projektarbeit zeigte sich vor allem in den Profilen der Teilnehmerinnen. Die teilnehmenden Frauen waren größtenteils 25 bis 45 Jahre alt und hatten häufig kleine Kinder. Die „Vor-Ort“ Angebotsstruktur des Teilprojektes und die Möglichkeit, die Kinder mitzubringen, erwiesen sich besonders für diese Zielgruppe als positiv, da dadurch alle interessierten Frauen die Möglichkeit hatten teilzunehmen. Zusätzlich ermöglicht der ineinandergreifende Ansatz von individueller Beratung und Gruppenarbeit den Teilnehmerinnen, sofern sie nicht beides in Anspruch nehmen konnten oder wollten, das für sie aktuell passende Angebot zu nutzen.

Die Kontaktaufnahme über die Sozialbetreuung und Integrationsmanagerinnen sicherte einen schnellen Zugang zur Zielgruppe, weil hier intensive Kontakte sowie ein Vertrauensverhältnis bestanden. Dennoch verwiesen Absagen und das Fehlen von Teilnehmerinnen darauf, dass familiäre und andere Verpflichtungen oftmals vorrangig und sehr zeitintensiv waren. Austritte aus dem Projekt 2017 bzw. unklare weitere Projektteilnahme ergaben sich beispielsweise aufgrund von familiären Problemen (drei Frauen), Schwangerschaft (fünf Frauen), freiwilliger Ausreise (eine Frau) und Ver-

legungen in Anschlussunterbringung (zwei Frauen).

Vielen Projektteilnehmerinnen fehlten soziale Kontakte, vor allem zu deutschen Personen. Damit fehlten oft auch Unterstützungs- und Entlastungsnetzwerke sowie Möglichkeiten die erlernten Sprachfertigkeiten anzuwenden.

Durch die Offenheit der Teilnehmerinnen, die auf dem im Rahmen der Projektarbeit aufgebauten Vertrauensverhältnis beruhte, wurde deutlich sichtbar, welche Bedarfe seitens der Frauen bestanden, um beruflich aktiv werden zu können. Indem sie als eigenständige und aktive Personen gezielt angesprochen und in ihrer Ganzheitlichkeit wahrgenommen wurden, konnten die Frauen mit allen individuellen und strukturellen „Baustellen“, die auf dem Weg zur beruflichen Integration ggf. bearbeitet werden müssen, an entsprechende Netzwerkpartner bzw. Angebote im Landkreis gezielt weiterverwiesen werden. Berufliche Integration war und ist für die Frauen ein klares Ziel, auch wenn die Realisierung noch viele Schritte bedingt und Hürden überwunden werden müssen.

Zum Projektende im Dezember 2018 ist eine Informationsbroschüre „Geflüchtete Frauen – Potenziale erkennen“ vom Landratsamt erschienen. Bei Interesse und weiterem Informationsbedarf ist Ihre Ansprechpartnerin: Alena Babeyeva (Telefon: 070 31/6 63 23 20; a.babeyeva@lrabb.de)

---

Alena Babeyeva arbeitet im Amt für Migration und Flüchtlinge beim Landratsamt Böblingen



# Flucht und Trauma – Integration braucht seelische Stabilität

Bericht zur Regionalkonferenz im Schwarzwald-Baar-Kreis

Von Johannes Fuchs, Konstanz

Es war die zweite Regionalkonferenz des Landkreistages Baden-Württemberg, die im Herbst 2018 in Zusammenarbeit mit dem Schwarzwald-Baar-Kreis und mit Unterstützung des Ministeriums für Soziales und Integration stattfand. „Integration durch Bürgerschaftliches Engagement“ war der Titel des Gesamtprogramms, welches das Ministerium im Rahmen des Paktes für Integration formuliert hatte. Um es vorwegzunehmen: die überbuchte Veranstaltung und die auch noch Wochen nach der Konferenz eingegangenen positiven Rückmeldungen zu dieser Konferenz legen nahe, dass das Thema „seelische Gesundheit bei Flüchtlingen“ für Ehrenamtliche und Fachkräfte in der Begleitung von Flüchtlingen von großer Relevanz ist. Großen Anteil an der von allen Seiten positiv bewerteten Veranstaltung hatten auch das Sozialdezernat und die Integrationsbeauftragte des Landkreises, die die Konferenz vor Ort bestens organisierte und eine sehr einladende Konferenzatmosphäre schuf.

## Begrüßung und Einführung

Jürgen Stach, Sozialdezernent des gastgebenden Landkreises hob in seiner Begrüßungsrede am Beispiel des Schwarzwald-Baar-Kreises die komplexen Herausforderungen hervor, die es im Zusammenhang mit der Unterbringung und der Integration von Flüchtlingen zu bewältigen gäbe. Jeder Landkreis habe andere Strukturen und reagiere in Abstimmung mit den Gemeinden, Verbänden und den Fachabteilungen des Landratsamtes auf je eigene Weise, um entsprechend den unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten eigene Vorgehensweisen festzulegen. Wichtig sei es aber, klare Strukturen und Zuständigkeiten zu entwickeln und eine professionelle Koordination zu organisieren. Hierzu gehöre auch unbedingt die Hervorhebung des ehrenamtlichen Engagements und dessen Koordination. Herr Stach begrüßte es, dass dem Thema seelische Gesundheit jetzt eine eigene Konferenz gewidmet werde, da diese Thematik oft im Mahlwerk von Zuständigkeiten und Finanzierungsfragen etwas unter-

gehe. Sich dieses Themas immer wieder bewusst zu werden, sowohl was die Situation der Flüchtlinge als auch deren Helfer betreffe, müsse daher stets immer wieder betont werden.

Susanne Keller vom zuständigen Fachreferat des Ministeriums für Arbeit und Integration erinnerte in ihren Grußworten an die Programme des Paktes für Integration, die das Land Baden-Württemberg finanziere und zur Verfügung stelle, um Landkreisen und Kommunen zusätzlich zu den direkten Hilfen von Bund und Land ein erweitertes Unterstützungsvolumen für zivilgesellschaftliche Integrationsprozesse bereitzustellen.

„Gemeinsam in Vielfalt III“ sei ein Programm, das Helferstrukturen nachhaltig sichern und zivilgesellschaftliche Prozesse vielseitig gestalten soll. Mit „Qualifiziert. Engagiert“ ziele man auf die Erarbeitung und Umsetzung lokaler Qualifizierungskonzepte im Bereich der Integration.

Mit dem Programm „Prozessbegleitung“ finanziere das Land Landkreisen und Kommunen die Moderation passgenauer Integrationskonzepte. Die Programme

„Nachbarschaftsgespräche – zusammenleben – aber wie“ und „Gut beraten! Integration“, die von der Allianz für Beteiligung umgesetzt würden, verfolgten das Ziel, das kulturelle und soziale Miteinander vor Ort zu unterstützen.

Mit dem Sonderprogramm „FSJ Integration“ sollen Flüchtlinge für ein Engagement durch ein FSJ vorbereitet werden.

Und schließlich habe man sich auch für themenbezogene Regionalveranstaltungen entschieden wie diese Konferenz in Villingen mit dem Schwerpunkt auf „seelische Gesundheit“. Um sowohl die berufliche wie auch die zivilgesellschaftliche Integration von Flüchtlingen zu ermöglichen sei die seelische Balance eine notwendige Voraussetzung. Für dieses wichtige Thema zu sensibilisieren sei Ziel dieser Regionalkonferenz.

## Fachreferate

Dr. Maggie Schauer, Projektleiterin des Kompetenzzentrums Psychotraumatologie und psychologische Forschungs- und Modellambulanz für Flüchtlinge an der Universität Konstanz, stellte neben eigenen Erfahrungen in der Diagnose und Behandlung von Geflüchteten auch internationale Studien vor, die Hinweise nicht nur auf die Folgen von Flucht und Heimatverlust der Flüchtlinge, sondern auch auf zuvor in den Heimatländern erlittene psychische und körperliche Gewalterfahrung, Vergewaltigung und Folter geben.

Untersuchungen hätten ergeben, dass ein Teil der Familien in Herkunfts- und Fluchtländern unter schweren, multidimensionalen Belastungen und traumatischen Lebensereignissen litten. Risiken



**Abschlussplenum**

für die psychische und körperliche Gesundheit und Traumafolgereaktionen wie Substanzmittelmissbrauch, Verhaltensauffälligkeiten, Angst- und affektive Störungen, Aggression sowie Dysfunktionalität in Schule, Beruf und Sozialleben würden einen zuverlässigen Prädiktor für steigende Gewalt gegen Kinder und auch andere Familienmitglieder darstellen. Dass Gewalt und Deprivation destruktive Auswirkungen haben, gelte insbesondere dann, wenn traumatische und belastende Lebensereignisse schon in der Kindheit einwirken und über Generationen weitergegeben würden. Überlebende von familiärer und organisierter Gewalt, Vertreibung und Flucht seien Menschen mit höchst unterschiedlicher Herkunft, individuellen Lebenserfahrungen, verschiedensten soziodemografischen Kennzeichen, diversen kulturellen und religiösen Prägungen und unterschiedlichsten Ressourcen und Potenzialen. Die seelischen Folgen von traumatischem Stresserleben würden entsprechend variieren. Bei den Stressoren habe man jedoch Gemeinsamkeiten gefunden: Geflüchtete und Vertriebene trügen häufig die Konsequenzen von Lebensbedrohungen, die sie selbst erleben mussten, aber auch solche, die hervorgerufen durch die verschiedenen Arten von existenziellen, emotionalen, biologischen „Threats to Human Life“,

die Großeltern- und Elterngeneration in deren Kindheit und im Erwachsenenalter betreffen: es betreffe

- die körperlichen Integrität (durch Einwirkung von Gewalt und Deprivation wie Verletzungen an Gewebe und Organen, Beeinträchtigung der Vitalfunktionen, Schädigung des ZNS u. a.),
- die genetische Fitness (Bedrohung der Nachkommen, der Verwandten, der sozialen Kooperationen, Verlust des Besitzes/Territoriums/Wohnorts, Bedrohung der Fruchtbarkeit z. B. durch Vergewaltigung)
- die Bedrohung der sozialen Integrität (Verlust von Zugehörigkeit und sozialem Rang)
- und Erlebnisse selbst ausgeübter Aggression und Gewalt, die u. a. neben seelischen Qualen die Zerrüttung eigener moralischer Werte zur Folge hätten.

Sie betonte die Notwendigkeit, diese schweren traumatischen Erlebnisse, die viele Flüchtlinge mitbringen, in einem speziellen Therapiesetting aufzuarbeiten. Hierzu stelle die Narrative Expositionstherapie (NET) einen gezielt biografisch-traumaaufarbeitenden Ansatz dar, der über eine reine Symptombehandlung hinausgehe. Bei der NET würde der/die Traumatisierte eingeladen, sein/ihr ganzes Leben zu erzählen.

Einem interessierten und wertschätzenden Zuhörer seine eigene Lebensgeschichte in Form von Geschichten zu erzählen, sei ein urmenschliches Bedürfnis und zeige sich in allen bekannten Gesellschaften, angelehnt an die kulturelle, sprachliche und zwischenmenschliche Auslegung des Weltverständnisses und Miteinanders (kulturübergreifend, kultursensitiv). Gerade bei jungen Menschen bedürfe die Fähigkeit der einfühlsamen Unterstützung und Verbalisierung durch erwachsene Bezugs- und Beziehungspersonen.

Mehrfache Erfahrung von sozialen und traumatischen Stressoren würden Körper und Gehirn verändern. Überlebende könnten die Ereignisse nicht in der Vergangenheit belassen, sondern fühlten sich in der Gegenwart bedroht und würden weiterhin seelisches und körperliches Leiden erleben. Durch explizite Kontextualisierung im Erzählprozess ließen sich emotionale „Netzwerkassoziationen“ schließlich raum-zeitlich rückbinden und in die Lebensgeschichte integrieren. Bei diesem biografisch-traumaaufarbeitenden Ansatz komme es auf diesem Wege zur Würdigung der Person und ihrer Geschichte, zur Anerkennung des erlittenen Unrechts sowie zum Heraustreten aus der Traumaposition, zur Verminderung von Traumafolgeproblemen als auch zur Verbesserung von Funktionalität auf psychischer und somatischer Ebene.

Dr. Michael Odenwald, Leiter Psychotherapeutische Hochschulambulanz für Forschung und Lehre an der Universität Konstanz und leitender Psychologe der Forschungsstation der Universität Konstanz am Zentrum für Psychiatrie, stellte ein Modellprojekt vor, das auch aus dem Umstand entwickelt worden sei, dass es kaum Ressourcen in der Regelversorgung gäbe, die den Bedarf an psychiatrisch-psychotherapeutischer Versorgung für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung decken könne.

Michael Odenwald erläuterte zunächst die rechtliche Situation, was die Behand-

lung von Flüchtlingen betrifft bzw. welche Leistungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz (Landkreise) bzw. über die Gesundheitskarte durch die Krankenkassen übernommen werden.

Da Landkreise i.d.R. nur Akutbehandlungen bezahlen würden und Psychotherapie nur in seltenen Ausnahmefällen genehmigt würden und bei Krankenkassenleistungen Dolmetscherkosten nicht übernommen würden, würden notwendige Therapien meist schon an formalen Gründen scheitern. Hinzu käme, dass es kulturelle Barrieren gäbe und Flüchtlinge noch stärker als Einheimische Psychotherapien als ein Stigma betrachten würden. Daher seien bisherige Bemühungen gescheitert, traumatisierte Flüchtlingen psychotherapeutische Hilfen zukommen zu lassen.

Er beziffert die Zahl von Flüchtlingen mit Traumafolgestörungen auf 40–50 % der Gesamtzahl der Geflüchteten und schätzt den Bedarf an psychotherapeutischen Hilfen bundesweit für ca. 250 000 Flüchtlinge. Da dies mit den vorhandenen professionellen Strukturen nicht leistbar sei, setzte man verstärkt auf „trainierte peers“ – sogenannte Laienhelfer in der Traumatherapie.

Am Beispiel des Landkreises Konstanz stellt er das dortige Modellprojekt „Die Einbeziehung von Ehrenamtlichen und Peers in die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit Fluchthintergrund“ vor. Bei etwa 1000 Geflüchteten im Landkreis Konstanz, bei denen er einen Bedarf für eine psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung sehe und deren unbehandelten Probleme die Integration erheblich erschweren würden, sei das therapeutische System völlig überfordert, zumal es an Dolmetschern und deren Kostenübernahme fehle. Daher sei man dazu übergegangen, sogenannte „Peers“ auszubilden, die eine Brücke zwischen den Therapeuten und den Geflüchteten bilden. Eine eigens finanzierte Koordinationsstelle weise den Paten die „passenden“ Flüchtlinge zu. Die Gesund-



**Workshop-Experten**

heitspaten seien aus einer größeren Bewerberzahl ausgewählt und in einen 16-stündigen Kurs auf ihre Arbeit vorbereitet worden. Auf Minijobbasis seien sie in einem Umfang von ca. 22 Stunden/Monat tätig und erhielten zusätzlich regelmäßig Supervision und Fortbildung. Die Modellzwischenauswertung habe ergeben, dass die Gesundheitspaten einen deutlich größeren unbezahlten Aufwand verrichteten und sie als unverzichtbar seitens der Therapeuten und der Geflüchteten gesehen werden. Sie würden weit mehr als nur als Dolmetscher wahrgenommen, da sie auch alltagsorientiert für viele Fragen und Hilfestellungen von den Geflüchteten zu Rate gezogen würden. Die Gesundheitspaten selbst würden ihre Aufgabe und Rolle als Teil von Persönlichkeitsentwicklung und Horizonterweiterung betrachten.

Dr. Astrid Sterzel, Geschäftsführerin von Refugio Villingen, stellte die dolmetschergestützte Psychotherapie von Refugio Villingen vor, deren Angebote sich auf fünf benachbarte Landkreise bezieht. Auch bei Refugio könne die ambulante Psychotherapie nur mit Hilfe von Dolmetschern/Sprachmittlern erfolgen. Im

Gegensatz zum Konstanzer Modell lege man aber großen Wert darauf, dass sich die Sprachmittler ausschließlich auf die Dolmetscherfunktion beschränken und keinen darüber hinaus gehenden Kontakt zu den Geflüchteten unterhalten. Die Leistung würde mit 22 €/Stunde honoriert, Verschwiegenheitsverpflichtung, die Einhaltung strikter Regeln, Reife und psychische Belastbarkeit seien aber unabdingbare Voraussetzungen an die Anforderungen an qualifizierte Sprachmittler. Astrid Sterzel betonte ebenfalls wie die Referenten aus Konstanz die Notwendigkeit, für traumatisierte Flüchtlinge staatlicherseits Dolmetscherleistungen zu finanzieren. Der Bedarf an psychotherapeutischer Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge sei unbestritten – aber ohne qualifizierte Sprachmittler nicht leistbar.

## **Projektvorstellungen in Workshops**

In den Arbeitsgruppen bzw. Workshops konnten die Konferenzteilnehmer/-innen zwei von vier angebotenen Workshops besuchen und sich näher über spezielle Projekte informieren.

## Die Projekte

- „Gesundheitspaten Konstanz“
- „Sprachmittler Schwarzwald-Baar-Kreis und Landkreis Konstanz“
- „Suchtprävention für geflüchtete Jugendliche im Schwarzwald-Baar-Kreis“
- „Sport als Beitrag zur gesundheitlichen Balance am Beispiel eines pädagogischen Boxtrainings“ in Villingen
- sowie das Projekt „Mind Spring“ im Landkreis Böblingen

wurden als spezielle Beispiele vorgestellt, die in Baden-Württemberg inzwischen weit über ihre lokalen Wirkungskreis hinaus bekannt sind und den Konferenzteilnehmer/-innen Anregungen für ihre Arbeit vor Ort gegeben haben. Nähere Informationen zu den in den Workshops vorgestellten Projekten können über die Integrationsbeauftragte des Schwarzwald-Baar-Kreises oder über den Landkreistag angefragt werden.

## Fazit

Erfolgreicher Integration geht seelische Stabilität voraus, eine Erkenntnis, die oft bei den in den öffentlichen Integrationsdiskussionen genannten Anforderungen wie Spracherwerb und berufliche Qualifikation allzu schnell übersehen wird. Diese Erkenntnis wurde bei der Regionalkonferenz in Villingen eindrucksvoll von allen Akteuren bekräftigt, sowohl durch vorgestellte Studien wie auch durch Erfahrungsberichte aus der Praxis.

Das Konzept der Regionalkonferenz kann als sehr gelungen betrachtet werden, weil sie Vertreter aller Ebenen in die Veranstaltung einbezogen hat: hauptamtliche Fachkräfte bei Landkreisen, Kommunen und Verbänden, Ehrenamtliche und auch Menschen mit Migrationshintergrund, sowohl als Teilnehmende als auch als aktiv Mitwirkende. Das Thema selbst, die Mischung von Methoden, von wissenschaftlichen Beiträgen über moderierte Interviews im Plenum und der Vorstellung von Praxisbeispielen in Arbeitsgruppen sowie die gute Orga-

nisation der Konferenz durch den gastgebenden Landkreis trugen wesentlich dazu bei, dass die Konferenz ausschließlich positive Bewertungen erhielt. Diese Konferenz war ein ermutigendes Beispiel, themenfokussierte Veranstaltungen mit ehrenamtlichen Akteuren und Fachkräften regional zu organisieren und ein komplexes Thema auf hohem Niveau zu diskutieren. Und inhaltlich hat die Konferenz sehr akzentuiert herausgearbeitet, wie bedeutsam die Berücksichtigung zusammenhängender Lebenserfahrungen besonders von Menschen mit Flucht- und körperlichen wie seelischen Gewalterfahrungen für die Integration ist. Und wie dies ein wesentliches Momentum ist, mit dem in der Integrationsarbeit bei allen Geflüchteten begonnen werden muss.

Johannes Fuchs ist Leiter der Stabsstelle Gesundheits- und Sozialmanagement beim Landratsamt Konstanz und Fachberater des Landkreisnetzwerkes Bürger-schaftliches Engagement beim Landkreistag BW

## Kreisbrandmeister blicken über die Landesgrenzen

Lehrfahrt der Arbeitsgemeinschaft der Kreisbrandmeister (AG KBM) in den Ortenaukreis sowie in das Europaparlament nach Straßburg

Von Oliver Surbeck, Ravensburg, und Andy Dorroch, Ludwigsburg

Ganz im Zeichen der internationalen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich stand die Lehrfahrt der AG KBM im Dezember 2018. Auf Einladung des Ortenaukreises führte der Landkreistag mit der Arbeitsgemeinschaft der feuerwehrtechnischen Beamten der Landkreise die besagte Lehrfahrt durch. Unter Leitung von Herrn Dezernenten Dr. Tim Gerhäuser (Landkreistag Baden-Württemberg) sowie dem Vorsitzenden der AG KBM, Kreisbrandmeister Oliver Surbeck (Ravensburg) trafen sich die Kreisbrandmeister aus ganz Baden-Württemberg zu einer informativen Lehrfahrt auf der Feuerwache Kehl (Ortenaukreis).

Zum Start der Tagung gaben Kreisbrandmeister Bernhard Frei (Ortenaukreis) und Kommandant Viktor Liehr (Feuerwehr-

kommandant der Stadt Kehl) Einblicke in das Zusammenspiel deutsch-französischer Hilfskräfte und informierten über

die Strukturen in der Ortenau und den örtlichen Feuerwehren. Die französischen Kollegen des Service départemental d'incendie et de secours du Bas-Rhin (SDIS 67), Martine Loquet-Behr und Lieutenant-colonel Alex Roth, stellten das mobile Ausbildungszentrum für die Gefahrenabwehr auf Binnengewässern und an Land vor. Dieses wurde in internationaler Zusammenarbeit gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg entwickelt und stellt für die Feuerwehren

des Landes eine wichtige und nachhaltige Ausbildungskomponente dar. Vorsitzender Oliver Surbeck und sein Stellvertreter Andy Dorroch (Ludwigsburg) informierten über aktuelle Themen im Bereich Leitstelle, Katastrophenschutz, Vorbeugender Brandschutz und Ausbildung. Gemeinsam mit den KBM-Kollegen wurden die Aufgabenschwerpunkte für 2019 definiert. Hauptpunkt für das laufende Jahr wird sicherlich das Thema Leitstelle sein. Die AG KBM ist über das Innenministerium und den Landkreistag in verschiedenen Arbeitsgruppen aktiv eingebunden. Hierdurch können die fachtechnischen Interessenslagen der Landkreise zielgerichtet eingebracht werden.

Nach den fachlichen Diskussionen in der breiten Aufgabenpalette der Kreisbrandmeister begrüßte am zweiten Tag Norbert Lins, Mitglied des Europaparlaments (Weingarten, Landkreis Ravensburg), die Herren Kreisbrandmeister in Straßburg. Hier ging es speziell um europapolitische Fragestellungen im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes. Holzbau, Notruf 112 und internationaler Katastrophenschutz waren genauso



Die Kreisbrandmeister unseres Bundeslandes vor der Europa 1, dem internationalen Feuerlöschboot, welches grenzüberschreitend durch die Feuerwehren Kehl und Straßburg besetzt wird

Themen wie E-Call, internationale Zusammenarbeit und europaweite Normung.

Die Kreisbrandmeister danken herzlich für die Einladung durch den Landkreistag. Binnen der zwei Tage konnten viele Themen bearbeitet, diskutiert und analysiert werden. Gerade das zwischenmenschliche Miteinander ist in diesem bedeutenden Aufgabenfeld extrem wichtig, denn nur so können die verschiedenen

Fassetten, Impulse, Ideen und Visionen gemeinsam abgestimmt und orientiert werden. Herzlichen Dank speziell an den Ortenaukreis und an die Feuerwehr der Stadt Kehl für die Organisation vor Ort.

Dipl.-Ing. (FH) Oliver Surbeck ist Vorsitzender, Dipl.-Ing. (FH) Andy Dorroch stellv. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Kreisbrandmeister beim Landkreistag BW

## Europaarbeit im Landkreis Calw

Von Janina Müsle, Calw

„Wenige Landkreise haben die Bedeutung Europas vor Ort so früh und deutlich erkannt und wenige Landkreise sind so engagiert in ihrer Europaarbeit wie Calw“ – so formuliert es EU-Kommissar Günther Oettinger in dem neu erschienenen Repräsentationsband „Landkreis Calw – ganz persönlich“. Dieses Lob ist auf die Entscheidung von Landrat Helmut Riegger zurückzuführen, der im Jahr 2012 die Stelle der/des Europabeauftragten in seiner Stabsstelle installierte. Während es zunächst eine theoretische Vorstellung davon gab, was das Auf-

gabengebiet dieser neuen Stelle umfasst, haben sich zwischenzeitlich in der Praxis nachfolgende vier Themenschwerpunkte der Europaarbeit im Landkreis Calw entwickelt:

### Fördermittel

Zusammen mit der Wirtschaftsförderung bietet das Landratsamt Calw Unternehmen, Privatpersonen und Kommunen Unterstützung bei der Recherche und Akquise von Fördermitteln an. Die alltägliche Arbeit hat jedoch

gezeigt, dass eine Beschränkung auf Förderprogramme der EU sich nicht mit den Bedarfen der Akteure vor Ort deckt.

Zu wichtig sind auch Bundes- oder Landesförderprogramme wie das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR). Der Service beinhaltet nicht nur Fördermittelberatung, sondern auch konkrete Unterstützung bei der Antragstellung und Abwicklung des Verfahrens. Die wichtigsten europäischen Fördermittelquellen sind der Europäische Sozialfonds (ESF), der Europäische Fonds



Europaarbeit im Landkreis Calw

für regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER). Das aus verschiedenen Fonds (u.a. ELER und ELR) entwickelte Förderprogramm LEADER spielt auf der lokalen Ebene eine herausragende Rolle für

Projekte von Unternehmen, Kommunen oder der Zivilgesellschaft. Allein zwei Millionen Euro EU-Mittel (ELER) sind in der aktuellen Periode im Landkreis Calw gebunden, womit Projekte aus Kultur, Gewerbe, Landwirtschaft oder Tourismus umgesetzt wurden und werden.

### Öffentlichkeitsarbeit/ Veranstaltungen

„Den Bürgerinnen und Bürgern Europa verständlich und erfahrbar machen ist für mich unerlässlich, um die Akzeptanz der EU zu erhöhen“, so Landrat Helmut Riegger zu seinen Vorstellungen aktiver Europaarbeit.

Es ist ihm ein besonderes Anliegen, dass die Bevölkerung des Landkreises Calw Europa hautnah erfahren kann, aber auch in Brüssel der Landkreis wahrgenommen wird. So finden im Landkreis auch regelmäßig Veranstaltungen mit europäischem Bezug statt. Ausgerichtet auf unterschiedliche Zielgruppen fand 2017 ein Themenabend unter dem Titel „Europa – Quo vadis?“ mit Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel im Beisein von Schülerinnen und Schülern – auch aus den Partnerlandkreisen Mittelsachsen und Gliwice/Polen – statt.

Jährlich findet für alle Auszubildenden des Landratsamtes und der Kommunen im Kreis Calw ein EU-Azubi-Planspiel statt, durch das die Jugend-



Tobias Haußmann (Wirtschaftsförderer) und Janina Müsle (EU-Beauftragte) informierten 2017 auf der Gartenschau in Bad Herrenalb über Förderprogramme und -möglichkeiten.



Die Firma vaptic aus Neubulach hat mit Fördermitteln aus „Spitze auf dem Land“ in innovative Teilereinigungssysteme investiert.



Von links: Landrat Waldemar Dombek (Gliwice), der Calwer Landrat Helmut Riegger, Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel und der Erste Beigeordnete des Landkreises Mittelsachsen, Dr. Lothar Beier, diskutierten über die Zukunft Europas.

lichen die Strukturen und die Arbeitsweise der Europäischen Union besser kennen lernen und den Verlauf des europäischen Gesetzgebungsprozesses simulieren.

Ebenso wird einmal im Jahr ein Europäischer Schülerwettbewerb ausgeschrieben, bei dem Kinder im Grundschulalter ihre Ideen zu Europa künstlerisch darstellen.

Im Herbst 2018 belegte der Landkreis Calw beim European Broadband Award den zweiten Platz als Anerkennung für die neuartige Strategie im Bereich der

Breitbandversorgung. Die Übergabe des Awards wurde mit einer Delegationsreise von Vertreterinnen und Vertretern aus Unternehmen und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordschwarzwald nach Brüssel verbunden. Grundsätzlich möchte der Landkreis einmal im Jahr in Brüssel präsent sein, weshalb Delegationsreisen von Vertreterinnen und Vertretern des Kreistages oder aus der Wirtschaft ihren festen Platz in der Jahresplanung haben.

Darüber hinaus hat der Landkreis zwei Integrationsworkshops für Interes-

senten aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft organisiert. Schwerpunkte wurden auf die Themen „Wohnen“, „Frauen und Mädchen“, „Arbeiten und Ausbildung“ sowie „Integration in die Zivilgesellschaft“ gelegt. Erfahrungsaustausch und persönliche Eindrücke rundeten die Diskussion rund um die Fachvorträge ab.

Im Vorfeld zu den Kommunal- und Europawahlen wird Europaminister Guido Wolf am 20. Mai 2019 nach Nagold ins „Teufelwerk“ kommen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern über das Thema #EUandMe zu sprechen. Dabei soll vorgemacht werden, wie sehr die EU im Alltag präsent ist und welche Vorteile auch die junge Generation durch den europäischen Gedanken hat.

## Partnerschaften

Der Landkreis Calw pflegt seit mehr als 25 Jahren mit dem Landkreis Mittelsachsen und seit zehn Jahren mit dem Landkreis Gliwice (Polen) aktiv gelebte Partnerschaften. Der Kontakt hat sich im Laufe der Jahre über reine Begegnung auf Verwaltungsebene hinaus entwickelt. Kommunalpolitische Austausche konnten ebenso etabliert werden wie Schüleraustausche und gemeinsame Aktivitäten der Vereine und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Der Blick über den Tellerrand ist von Beginn an



Das EU-Azubi-Planspiel findet jährlich auf der Burg in Bad Liebenzell statt. Hier können die Auszubildenden die Arbeitsprozesse der EU näher kennen lernen.



Delegationsreise des Calwer Kreistages 2018 nach Brüssel. Empfangen wurden sie u. a. von EU-Kommissar Günther Oettinger.

zentraler Bestandteil der Europaarbeit im Landkreis Calw.

Auch für dieses Jahr stehen schon einige Termine fest: Im Juli begrüßt der Landkreis Calw anlässlich des zehnjährigen Jubiläums mit dem Landkreis Gliwice Delegationen aus beiden Kreisen. Dabei steht der kulturelle, aber auch der kommunalpolitische Austausch im Vordergrund.

Neben diesen beiden Partnerschaften unterhält der Landkreis Calw auch eine Know-how-Partnerschaft mit der Region Chania auf der griechischen Insel Kreta. Der jährliche Besuch der CMT in Stuttgart zur Vermarktung der Tourismusdestination Chania ist inzwischen fester Bestandteil der Partnerschaft. Neben dem Tourismus spielt auch der Gesundheitssektor eine große Rolle bei den Gesprächsrunden der Verantwortlichen.

## Europafähigkeit des Landratsamtes

Die Europabeauftragte hat eine Scharnierfunktion zwischen der Verwaltung und der europäischen Ebene. Information und Präsenz auf der europäischen Ebene sorgen dafür, dass alle Abteilungen des Landratsamtes sowie die



Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Landkreises Mittelsachsen fand ein Partnerschaftstreffen in Mittweida statt.

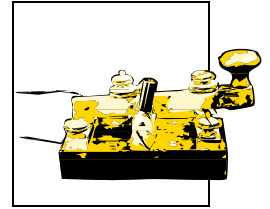
Kommunen im Kreis Calw über rechtliche Neuerungen oder aktuelle Förderprogramme informiert werden. Das Themenmonitoring zu den rechtlichen und politischen Entwicklungen auf EU-Ebene ist eine wichtige Grundlage für die kommunale Arbeitsebene. So werden zu aktuellen Themen externe und interne Informationsveranstaltungen angeboten.

Die Vernetzung mit anderen Akteuren erleichtert die Arbeit. Sowohl die AG der

Europabeauftragten des Landkreistages als auch die Europabeauftragten der Region Nordschwarzwald treffen sich regelmäßig, um sich über aktuelle Projekte auszutauschen und gemeinsam neue Projekte zu entwickeln.

Janina Müssle ist Europabeauftragte des Landkreises Calw





# NACHRICHTEN

## Elektrifizierung der Hochrheinstraße nimmt weiter Fahrt auf

Bei der Elektrifizierung der Hochrheinstraße ist „Zug drin“. Zwischen 2025 und 2027 soll die Schienenstraße zwischen Basel und Singen durchgehend elektrifiziert sein. Außerdem sollen bis dahin deutliche Verbesserungen an der Infrastruktur realisiert werden. Mit wichtigen Eckpunkten einer solchen Modernisierung der Straße haben sich bei einer Klausurtagung die Kreistage Waldshut und Lörrach am 26. Januar 2019 gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg, Vertretern des Kantons Basel-Stadt und der Deutschen Bahn befasst. Einigkeit herrschte darüber, dass eine reine Elektrifizierung ohne einen weiteren Infrastrukturausbau nicht ausreichen wird, um einen stabilen und reibungslosen Bahnbetrieb und Barrierefreiheit am Hochrhein sicherzustellen. Deshalb soll die wichtige Ost-West-Verbindung entlang des Hochrheins unter anderem durch einen Ausbau der Gleise, um Zugkreuzungen an den Haltepunkten Tien- gen und Lauchringen zu ermöglichen, den barrierefreien Umbau der Haltepunkte sowie die Einrichtung von zusätzlichen Haltepunkten auf eine neue Qualitätsstufe gehoben werden. Jetzt könne und müsse man die Weichen für einen zukunftsfähigen Nahverkehr am Hochrhein und für eine attraktive Wohn-, Arbeits- und Tourismusregion stellen, betonten Landrätin Marion Dam- mann (Lörrach) und Landrat Dr. Martin Kistler (Waldshut). Der baden-württembergische Verkehrs- minister Winfried Hermann hob in einer



Stellungnahme anlässlich der Klausur- tagung die Bedeutung des Projektes hervor, sieht den Zeitplan der Fertigstel- lung bis 2027 jedoch als nicht zufrieden- stellend an: Man wolle parallel zur wei- teren Planung erreichen, dass die DB das Projekt schneller realisiert, so Hermann. Die Elektrifizierung ist Voraussetzung, um einen leistungsfähigen und umwelt- freundlichen Nahverkehr sicherzustellen. Sie ermöglicht kürzere Fahrtzeiten und bessere Umsteigemöglichkeiten. Außerdem sollen die bisherigen stünd- lichen IRE-Verbindungen zum Halbstun- dentakt ausgebaut sowie Deutschland und die Schweiz noch besser miteinander verbunden werden. Dem Projekt kommt damit auch eine erhebliche grenzüberschreitende Bedeutung zu. Der Schulterchluss der beteiligten Ak- teure unterstreicht die Notwendigkeit des Vorhabens: So treiben die Landkreise Waldshut und Lörrach gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg, der Europäischen Union, den Kantonen Ba-

sel-Stadt und Schaffhausen, der schwei- zerischen Eidgenossenschaft, der Agglo Basel (trireno) und dem Regionalverband Hochrhein-Bodensee die Elektrifizierung voran.

Seit September 2017 wird an der Ent- wurfs- und Genehmigungsplanung ge- arbeitet. Die Finanzierungsvereinbarung hierfür wurde am 6. September 2017 vom Land Baden-Württemberg, den Landkreisen Lörrach und Waldshut und dem Kanton Basel-Stadt mit der DB Netz AG und der DB Energie GmbH geschlos- sen. Die EU fördert diese Maßnahme mit INTERREG-Mitteln, einer Gemeinschafts- initiative des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Für die Elektrifi- zierung waren ursprünglich für Planung und Bau Gesamtkosten in Höhe von 160 Millionen EUR veranschlagt. Die aktuelle Kostenschätzung alleine für die Elektrifizierung liegt nun unter Be- rücksichtigung der derzeitigen Markt- preisentwicklung im Bausektor bei 180 Millionen EUR. Durch die nun hinzu-

gekommenen qualitativen Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen unter anderem zur Barrierefreiheit entlang der Strecke veranschlagt die Deutsche Bahn nun eine Gesamtinvestition von 290 Millionen EUR (Preisstand 2018). Das Land hat das Vorhaben für die Aufnahme in das GVFG-Bundesprogramm angemeldet. Nach den Regularien dieses Programms finanziert der Bund bis zu 60 Prozent der Baukosten. Die verbleibenden Kosten sollen von der deutschen und schweizerischen Seite gemeinsam getragen werden.

Dammann und Kistler begrüßen, dass nun Bewegung in das Thema gekommen sei. Tausende von Pendlern am Hochrhein warteten schon seit vielen Jahren auf die Elektrifizierung und Verbesserungen im Betrieb. Gemeinsam müsse man alles dafür tun, dass die Ausbaupläne nun auch zügig umgesetzt würden. Beim Gesamtkonzept „Ausbau und Elektrifizierung“ müssten die Signale weiterhin auf grün stehen, damit der anvisierte Fertigstellungstermin eingehalten oder sogar beschleunigt werden könne.

## Grenzübergreifender Landrätesprengel traf sich in Langenau

### Informationsaustausch zum Thema Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitsversorgung wollen die Landräte im bayerisch-württembergischen Grenzgebiet noch stärker in den Fokus nehmen. Das ist das zentrale Ergebnis eines grenzübergreifenden Landrätesprengels diesseits und jenseits der bayerisch-württembergischen Grenze. Dazu trafen sich die Landräte Stefan Rößle (Landkreis Donau-Ries), Leo Schrell (Dillingen), Thomas Reinhardt (Heidenheim) und Thorsten Freudenberger (Landkreis Neu-Ulm) sowie Heiner Scheffold (Alb-Donau-Kreis) kürzlich in Langenau zu einem Arbeitstreffen. Eben-



Die Gesundheitspolitik stand im Mittelpunkt der grenzüberschreitenden Landrätetagung, die vor kurzem in Langenau (Alb-Donau-Kreis) stattfand. Im Bild von links: Thomas Reinhardt (Heidenheim), Bundestagsabgeordneter Roderich Kiesewetter (Wahlkreis Aalen-Heidenheim), Thorsten Freudenberger (Neu-Ulm), Stefan Rößle (Donau-Ries), Bundestagsabgeordnete Ronja Kemmer (Wahlkreis Ulm), Leo Schrell (Dillingen) und Heiner Scheffold (Alb-Donau-Kreis).

Zu diesem Landrätesprengel gehören auch die Landräte Hubert Hafner (Landkreis Günzburg) und Klaus Pavel (Ostalbkreis), die aber aus terminlichen Gründen verhindert waren.

falls anwesend waren die Bundestagsabgeordneten Ronja Kemmer (Wahlkreis Ulm) und Roderich Kiesewetter (Wahlkreis Aalen-Heidenheim).

Im Vordergrund der Gespräche standen eine umfassende und qualitativ hohe Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und eine solide Grundfinanzierung der Kliniken in kommunaler Trägerschaft. Bei diesem turnusmäßigen Arbeitstreffen der Landräte wurde mit den Abgeordneten über die nachhaltige Finanzierung kommunal geführter Krankenhäuser diskutiert. Einig waren sich die Landräte, dass der Bund, aber auch die Länder hierbei eine stärkere Rolle übernehmen und ihrer Verantwortung gerecht werden sollen. Dabei wurde auf die derzeitigen strukturellen Probleme bei der Krankenhausfinanzierung aufmerksam gemacht. Eine zuverlässige Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen erfordert auch zukünftig eine wirtschaftliche Sicherung der für eine bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung notwendigen Krankenhäuser. Diese Sicherung erfolgt im Rahmen eines dualen Finanzierungssystems. Das Land trägt die Verantwort-

ung für die Finanzierung der Investitionskosten, die Krankenkassen tragen die Verantwortung für die Finanzierung der direkt in Verbindung mit der Krankenbehandlung entstehenden Betriebskosten. Zusätzlich zu diesem Finanzierungssystem tragen die Landkreise als Krankenhausträger der kommunal geführten Krankenhäuser regelmäßig zur wirtschaftlichen Sicherung von Krankenhäusern bei, indem sie entstandene Defizite durch Zuschüsse ausgleichen.

„Eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung stellt eine Grundvoraussetzung für die Lebensqualität auch im ländlichen Raum dar. Diese stellen wir vor allem durch unsere Kliniken sicher“, sagten die Landräte. Die Bedeutung dieser Kliniken gehe dabei über die rein stationäre Leistungserbringung hinaus. Sie seien eine wichtige Grundlage für die Vernetzung der Gesundheitsversorgung vor Ort und ein zentraler Baustein für die Schaffung und den Erhalt einer lebenswerten Region. Darüber hinaus seien sie entscheidend für die Ausbildung der Allgemeinärzte und Stellung der Notärzte in der Fläche. In diesem Zu-

sammenhang wenden sich die Landräte massiv gegen die vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) angestrebte Neuordnung der stationären Notfallversorgung an Kliniken. Nach diesen Planungen soll die Notfallversorgung in drei Stufen, die Basisnotfallversorgung, die erweiterte Notfallversorgung und die umfassende Notfallversorgung, mit spezifischen Qualitätsanforderungen eingeteilt werden. Die dort formulierten Qualitätskriterien würden eine gesicherte Notfallversorgung der Kliniken im ländlichen Raum in Frage stellen. Man habe den Eindruck, dass die Anforderungen ohne Not so hoch gesetzt würden, dass sie nur von wenigen großen und zentralen Einheiten erfüllt werden könnten.

Allerdings teilten die Bundestagsabgeordneten mit, dass – um die stationäre Notfallversorgung auch in strukturschwachen Regionen zu stärken – vorgesehen sei, alle Krankenhäuser, die die Voraussetzungen für den Erhalt von Sicherstellungszuschlägen erfüllen, mindestens als Basisnotfallversorgungs-krankenhäuser einzustufen. Sicherstellungszuschläge dienen dazu, in strukturschwachen Regionen eine stationäre Basisversorgung aufrechtzuerhalten.

Ferner sei im Koalitionsvertrag vorgesehen, dass der Bund die Strukturen der Notfallversorgung in dieser Legislaturperiode überprüfen und verbessern will. Die Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung sowie der Schwerpunktversorgung müssen mit ihrer hochwertigen ärztlichen und pflegerischen Expertise in kommunaler Trägerschaft erhalten bleiben und dazu auch über die Möglichkeit einer Notfallversorgung verfügen, unterstrichen die Landräte ihre Forderung gegenüber den Bundestagsabgeordneten unisono. Vor allem forderten sie, dass „die im Bund politisch Verantwortlichen die bedarfsgerechte Versorgung in den ländlichen Regionen stärker in den Blick nehmen“ und dabei nicht ausschließlich dem G-BA das Feld überlassen. „Die Menschen in unserer Re-

gion schätzen ihre gute und wohnortnahe medizinische Betreuung. Bund und Land müssen Sorge dafür tragen, dass die Landkreise diese auch weiterhin sicherstellen können“, sagten die Landräte.

Die sieben Landräte und die beiden Bundestagsabgeordneten werden vor diesem Hintergrund ein gemeinsames Schreiben an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und an den Sozialminister des Landes Baden-Württemberg, Manfred Lucha, senden, um auf die Situation aufmerksam zu machen.

### **Ausgezeichnet! Insgesamt 37 Kommunen, darunter vier Landkreise im Land erhalten European Energy Award**

Der Landkreis Lörrach wurde als einer von insgesamt vier Landkreisen Baden-Württembergs von Umweltminister Franz Untersteller mit dem European Energy Award ausgezeichnet. Daneben erhielten die Landkreise Karlsruhe, Rottweil und der Ostalbkreis diese Auszeichnung.

Landrätin Marion Dammann und ein Teil des Energieteams des Landkreises Lörrach nahmen die Auszeichnung in Tübingen entgegen.

„Wir haben in den vergangenen Jahren hart daran gearbeitet, Maßnahmen im Bereich Energie und Klimaschutz umzusetzen und neue Schritte zu planen. Das Zertifikat bestätigt unsere Mühen“, freut sich Marion Dammann und ergänzt: „Neben der Arbeit unserer Energie-Experten trug die aktive Begleitung des Kreistags maßgeblich zum Erfolg bei. Intensive Beratungen und nachhaltige Beschlussfassungen haben die richtigen Weichen gestellt“.

Die gehaltenen Fachvorträge an der Zertifizierungsfeier verdeutlichten nochmals die dringende Notwendigkeit des Klimaschutzes. Bekräftigt sieht sich daher die begleitende Delegation, weiter an den Themen Energieeinsparung, effiziente Nutzung von Energie und Steigerung des Einsatzes regenerativer Energien zu arbeiten.

Weitere Informationen zum European Energy Award im Landkreis Lörrach sind verfügbar unter [www.loerrach-landkreis.de/eea](http://www.loerrach-landkreis.de/eea).



**Marion Dammann, Doris Munzig (Fachbereichsleiterin Verkehr), Inga Nietz (Fachbereich Umwelt) und Jan Münster (Geschäftsführer der Energieagentur Südwest GmbH) mit überreichter Auszeichnung des European Energy Awards in Tübingen**

## Weiterentwicklung der Landesstrategie 2020

Die Landesstrategie „Quartier 2020“, gefördert vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, zeigt weitere Erfolge: bis zum Ende der Antragsfrist beim „Sonderprogramm Quartier“ am 15. März 2019 sind über 60 Projektanträge eingegangen. Auch 10 Landkreise sind unter den Antragstellern und haben in Kooperation mit einer Kommune 15 ganz unterschiedliche Projektideen eingereicht.

Die Unterstützung der Quartiersentwicklung durch die Fachberatungen, mit Regionaltagen, Fortbildungen und Förderprogrammen wie z.B. die „Quartiersimpulse“, die aktualisiert wurden und nun mit einer Laufzeit von 18 Monaten und einer Förderung von bis zu 100 000 EUR für Landkreise ausgeschrieben sind, geht weiter.

Infos dazu unter  
[www.quartier2020-bw.de](http://www.quartier2020-bw.de).

Das Spektrum der möglichen Handlungsfelder für die Quartiersentwicklung umfasst die Themenbereiche:

- Familie und Generationen
- Lokale Wirtschaft und Beruf
- Gesundheitsförderung und Prävention
- Beteiligung und Engagement
- Integration
- Menschen mit Behinderung und Inklusion
- Alter, Pflege und Unterstützung
- Wohnen, Wohnumfeld, Mobilität

Sowohl Landkreise, die bereits Projektanträge gestellt haben und ein weiteres Projekt planen, als auch diejenigen, die vorhaben, sich zu informieren und ggf. zu bewerben, können die Fachberatung Quartier 2020 beim Landkreistag in Anspruch nehmen. Sowohl eine unverbindliche Erstberatung als auch die Unterstützung der Konzept- und Projektentwicklung bis zur Antragstellung kann vor Ort in den Landkreisen erfolgen.

Bei Fragen oder für Terminabsprachen erreichen Sie die Fachberaterin Quartier 2020 beim Landkreistag Baden-Württemberg, Sabine Wettstein, unter Tel.: 0151/4188 0090 oder [wettstein@landkreistag-bw.de](mailto:wettstein@landkreistag-bw.de).

## Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 133 / 2018 des Staatsministeriums „Kabinett beschließt Jahreskrankenhaus- programm 2019“

„Den Aufwuchs bei den Krankenhausfördermitteln begrüßen wir ausdrücklich“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Dr. Alexis v. Komorowski. „Dass im Jahr 2019 deutlich mehr Mittel für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung stehen, ist das Ergebnis der erfolgreichen Finanzverhandlungen zwischen Land und kommunaler Familie“, betonte Komorowski. Zugleich wies er darauf hin, dass dies ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einer auskömmlichen Finanzierung der kommunalen Krankenhäuser sei. „Gerade die kommunalen Krankenhäuser sichern die bedarfsgerechte und bürgernahe Versorgung überall im Land. Daher muss der verbleibende Investitionsstau gerade für diese Häuser aufgelöst werden.“

## Zumeldung zur dpa-Meldung lsw 0312 „Weniger Infektionen durch Krankenhauskeime“

Der Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, Dr. Alexis v. Komorowski, erklärt hierzu: „Der Rückgang an Infektionen durch gefährliche Keime in Krankenhäusern ist eine sehr positive Nachricht. Er ist auch ein Erfolg des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Baden-Württemberg, der auf diesem Gebiet Krankenhäuser begeht und berät. Die Ärztinnen und Ärzte der Gesund-

heitsämter in den Kreisen haben die Kenntnis vor Ort und bieten als externe Fachkräfte den notwendigen Blick von außen. Die auf Landkreisebene von den Gesundheitsämtern umgesetzten Austauschnetzwerke zu multiresistenten Erregern sind ein weiterer und zukünftig noch wichtigerer Baustein. Sie gewährleisten den Austausch zwischen Kliniken, Pflegeheimen, ambulanten Pflegediensten, Krankentransportdiensten und niedergelassener Ärzteschaft.“

## Erster bundesweiter Tag des Gesundheitsamtes – Hauptgeschäftsführer Dr. von Komorowski: „Die Expertise des öffentlichen Gesundheits- dienstes ist unverzichtbar!“

„Die Kolleginnen und Kollegen in den Gesundheitsämtern der Landkreise leisten seit Jahrzehnten einen zuverlässigen und unerlässlichen Dienst für die Gesundheit der gesamten Bevölkerung!“, so Dr. Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, anlässlich des ersten bundesweiten Tags des Gesundheitsamtes.

„Bei der Bekämpfung der Tuberkulose, den Einschulungsuntersuchungen oder der Trinkwasserkontrolle wirken die Ämter seit langem vorbildlich. In einer immer älter werdenden Bevölkerung, bei immer weniger niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, wird die Fachkenntnis der Gesundheitsämter aber auch in den Bereichen der Prävention und Planung der zukünftigen Gesundheitsversorgung immer wichtiger.“

## Der Bund muss sich in bisherigem Umfang an den Flüchtlingskosten beteiligen!

**Landkreistagspräsident Joachim Walter  
sieht durch Kürzungspläne des Bundes  
die kommunale Integrationsarbeit  
massiv gefährdet**

Mit Blick auf die Pläne von Bundesfinanzminister Scholz, die Bundesbeteiligung an den Flüchtlingskosten drastisch zu kürzen, äußerte sich der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Die Integration der Flüchtlinge ist noch längst nicht abgeschlossen. Zwar kommen inzwischen weniger Asylbewerber zu uns. Aber die Flüchtlinge, die bereits hier leben, sind zum weit überwiegenden

Teil auf Unterstützung und Sozialleistungen angewiesen. Sollte der Bund seine Beteiligung an den Flüchtlingskosten tatsächlich um bis zu siebenzig Prozent reduzieren, so würden damit die bisherigen Integrationserfolge vorsätzlich gefährdet – von den erwartbaren gesellschaftlichen Folgekosten ganz zu schweigen. Auch mit Blick auf den sozialen Zusammenhalt hier im Land halten wir es daher für zwingend erforderlich, dass der Bund sich in den kommenden Jahren auf dem bisherigen Niveau an den Flüchtlingskosten beteiligt. Insbesondere müssen die Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge weiterhin vollständig übernommen werden. Auf halbem Wege stehen bleiben, heißt zurückfallen – dies können wir uns bei der Flüchtlingsintegration nicht leisten!“

## Zumeldung zur Pressemitteilung Nr. 33 /2019 des Staatsministeriums „Ministerrat macht Weg frei zu neuem Forstgesetz“

Der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), erklärt hierzu:

„Mit dem Forstreformgesetz können die Landratsämter ihre bewährten und qualitativvollen Betreuungsangebote für die Kommunal- und Privatwaldbesitzer aufrechterhalten. Dies war unser erklärtes Ziel, das dank eines guten Abstimmungsprozesses mit dem Land auch erreicht wurde.“

Gleichzeitig kommen im Zuge der Forstneuorganisation erhebliche Herausforderungen auf die Landkreise zu. Daher gilt es, die Umsetzung der Forstreform in den kommenden Jahren konstruktiv zu begleiten und sorgsam zu evaluieren. So werden wir die Forstwirtschaft im Land zukunftssicher aufstellen.“

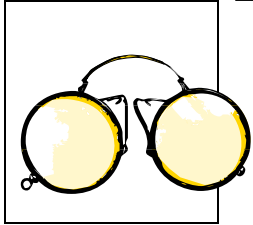
## 17. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft



# SAVE THE DATE

## Was bewegt? Vom Jugendengagement zum Bürgerengagement

Fachtage am 11. und 12.07.2019  
im Bildungszentrum Kloster Hegne in Allensbach/ Hegne



## PERSONALIEN

### **Hanno Hurth erneut zum Landrat des Landkreises Emmendingen gewählt**

Der bisherige Landrat des Landkreises Emmendingen ist auch der neue: Hanno Hurth kann in seine dritte Amtszeit als Landrat des Landkreises starten. Bei der Wahl im Kreistag am 11. März 2019 stimmten 33 der 44 anwesenden Kreis tagsmitglieder für ihn. Hanno Hurth, der seit Juni 2003 Landrat des Landkreises Emmendingen ist, hatte keinen Gegenkandidaten. Die dritte Amtszeit beginnt am 1. Juni 2019.



### **Zeno Danner wird neuer Landrat im Landkreis Konstanz**

Der Sieger der Landratswahl im Landkreis Konstanz heißt Zeno Danner. Der Kreistag hat den 40-jährigen am 25. März 2019 im ersten Wahlgang mit 36 von 68 Stimmen zum neuen Landrat des Landkreises Konstanz gewählt. Zeno Danner tritt sein Amt am 1. Mai 2019 an und löst den seit fast 21 Jahren amtierenden Landrat Frank Hämmerle ab. Bis dahin ist Danner noch Erster Landesbeamter des Landkreises Calw.

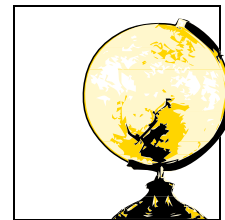


### **Toni Huber zum neuen Landrat des Landkreises Rastatt gewählt**

Die Landratswahl im Landkreis Rastatt konnte Toni Huber für sich entscheiden. Der Kreistag hat den 54-jährigen bisherigen Bürgermeister der Gemeinde Weisenbach am 12. März 2019 im zweiten Wahlgang mit 34 von 63 Stimmen zum neuen Landrat gewählt. Toni Huber löst Jürgen Bäuerle ab, der das Amt seit Juli 2005 innehatte. Die Amtszeit des neuen Landrats beginnt am 1. Mai 2019.



Der Landkreistag gratuliert allen Gewählten ganz herzlich!



# SPEKTRUM

## Soziales

### Prozessbegleitung Integration mit bürgerschaftlichem Engagement startet – Projekt läuft in Ehingen, Laichingen und Langenau, gemeinsam mit dem Landratsamt Alb-Donau-Kreis und der Führungsakademie Baden-Württemberg

Das bürgerschaftliche Engagement sowohl der einheimischen Bürgerinnen und Bürger wie auch aller neuzugewanderten Menschen ist ein starker Faktor für eine gelingende Integrationsarbeit. Mit Unterstützung von Fachleuten der Führungsakademie Baden-Württemberg beginnt in drei ausgewählten Kommunen des Alb-Donau-Kreises, in Ehingen, Laichingen und Langenau eine so genannte Prozessbegleitung für Integration durch bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft.

Der Pakt für Integration des Landes und der kommunalen Spitzenverbände enthält im Bereich Bürgerengagement das Modul der „Prozessbegleitung“, welches in 23 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs in Kooperation mit der Führungsakademie Baden-Württemberg durchgeführt wird. Der Alb-Donau-Kreis hatte sich dazu beworben – mit Erfolg. Die Bürgermeister aus Laichingen und Langenau, Klaus Kaufmann und Daniel Salemi, sowie der Ehinger Oberbürgermeister Alexander Baumann trafen sich am 7. Februar 2019 zu einer ersten Gesprächsrunde mit Landrat Heiner Scheffold und den Fachfrauen der Führungsakademie und Fachleuten des Landratsamts.



Sie trafen sich im Landratsamt zu einer ersten Gesprächsrunde zur Prozessbegleitung Integration. V.l.n.r.: Oberbürgermeister Alexander Baumann (Ehingen), Landrat Heiner Scheffold, Sozialdezernent Josef Barabeisch (Landratsamt), Andrea Katz (Führungsakademie Baden-Württemberg), Bürgermeister Daniel Salemi (Langenau), Ursula Schmid-Berghammer (Führungsakademie), Alexandra Bluschke (Integrationsbeauftragte, Landratsamt), Emanuel Sontheimer (Fachdienstleiter Flüchtlinge und Integration, Landratsamt), Bürgermeister Klaus Kaufmann (Laichingen)

„Die Integrationsarbeit ist kein Kurzstreckenlauf, sondern eine lange Tour, auf der wir mit vielen Akteuren und gerade auch mit den Bürgerinnen und Bürgern, die sich hier ehrenamtlich engagieren gemeinsam unterwegs sind“, sagte Landrat Heiner Scheffold bei dem Treffen. „Ziel ist eine echte Integration der Menschen, die zu uns gewandert sind, in der Mitte der Gesellschaft.“

Die Prozessbegleitung soll ein Hilfsmittel sein für eine gut strukturierte, koordinierte Integrationsarbeit in den Kommunen. Grundidee des Vorgehens ist es, in den drei Projektkommunen die vergangene und gegenwärtige Situation in Bezug auf Integration und bürgerschaft-

liches Engagement zu reflektieren, Ansätze für eine gute Integration auszubauen, modellhaft dazu Maßnahmen zu erarbeiten und gegenseitig voneinander zu lernen. Die Ergebnisse sollen dann am Ende zusammengefasst einen Beispieldokument erbringen, der für den gesamten Alb-Donau-Kreis und die einzelnen Kommunen Hilfestellungen geben kann.

Landrat Scheffold dankte den drei Projektkommunen Ehingen, Laichingen und Langenau für die Bereitschaft zur Teilnahme und für ihre bisherige sehr aktive und positive Arbeit in der Integration neu zugewanderter Menschen.

Beim Informationstreffen im Landratsamt stellten die beiden Prozessbeglei-

terinnen Andrea Katz und Ursula Schmid-Berghammer von der Führungsakademie Baden-Württemberg das Projekt vor.

Zu den Bausteinen gehört ein zentraler Analyse- und Planungsworkshop, der sich aus ausgewählten Expertinnen und Experten der drei Kommunen (Integrationsbeauftragte, Ehrenamt, freie Träger, etc.) zusammensetzt und am 21. Februar stattgefunden hat. Danach folgen jeweils die Veranstaltungen vor Ort in den teilnehmenden Kommunen, sowie schließlich deren Auswertung und eine zentrale Abschlussveranstaltung mit allen teilnehmenden Akteuren im Herbst dieses Jahres. Dann soll auch der Beispielkatalog für alle Kommunen vorliegen.

## **Inklusive Gesellschaft – wann sind wir endlich da?**

### **10 Jahre UN-Behinderten- rechtskonvention im**

#### **Landkreis Emmendingen gefeiert**

Wenn man Inklusion in unserer heutigen Gemeinschaft betrachtet, dann sind wir noch längst nicht da, wo wir sein sollten. Barrieren gibt es noch viele und vor allem müsse man sie auch in den Köpfen abbauen. Das war das Fazit des Festaktes zur Veranstaltung zu 10 Jahren UN-Behindertenrechtskonvention in Emmendingen.

Anlässlich des Jahrestages hatte der Behindertenbeauftragte des Landkreises Emmendingen zusammen mit den beiden Inklusionsbeauftragten der Kreisstädte Emmendingen und Waldkirch dazu eingeladen. Rund 400 Menschen waren der Einladung gefolgt. Menschen mit Handicap waren deutlich in der Überzahl – ob gehörlos, sehbehindert oder im Rollstuhl. Unter den Gästen waren aber auch Politiker, Experten und interessierte Bürger.

14.000 Menschen im Landkreis Emmendingen haben einen Schwerbehindertenausweis – 6500 sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, rund 150 blind – und auf



Barrierefreiheit angewiesen. Im Landkreis sei das Thema angekommen, sagte die Sozialdezernentin des Landratsamtes, Ulrike Kleinknecht-Strähle. Obwohl man fast in allen 24 Gemeinden des Landkreises Inklusionsbeauftragte und -vermittler habe, gäbe es noch immer „viele Hürden.“

2009 trat die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Deren Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben. Sie soll die Situation dieser Menschen verbessern und deren Ausgrenzung beenden. Der Titel der Veranstaltung blickte mit einer provokativen Frage auf die vergangenen zehn Jahre zurück. „Inklusive Gesellschaft – wann sind wir endlich da?“ Es habe sich schon einiges getan, doch das Spektrum der barrierefreien Themen ist lang: Wohnen, Mobilität, Bildung, Arbeit oder Freizeit. In all diesen Bereichen müsse weiterhin etwas getan werden.

Wie viele kleine oder auch große Hürden es noch gibt, vermittelte der Berliner Raúl Krauthausen eindrucksvoll in seinem Vortrag. Der 38-jährige Inklusions-Aktivist, Autor und TV-Moderator hat die

Glasknochenkrankheit. Der kleine Mann spricht ohne Pause über Themen, die zum Nachdenken anregen, bei denen man nur den Kopf schütteln kann oder einem vor Unverständnis der Mund offen stehen bleibt. Eine inklusive Gesellschaft braucht innovative Ansätze, so Krauthausen. Der Rollstuhlfahrer berichtet von Hindernissen aus seinem Alltag: zu hohe Briefkästen, Stufen vor Bankfilialen, Fantasiepreise für Rollstuhlrampen, zurückhaltende Arbeitgeber.

„Wissen Sie, wie oft ich fremden Menschen meine PIN verrate?“ – so lässt Krauthausen mit Hilfe anderer Personen Geld abheben. Er muss andere Menschen fragen, dass sie ihm einen Brief einwerfen. Krauthausens Vortrag ist nicht nur packend, sondern auch humorvoll. Dennoch macht er unmissverständlich deutlich, dass er nicht auf fremde Hilfe angewiesen sein möchte.

Ergreifend und berührend sind auch die fünf Statements von Betroffenen aus dem Landkreis Emmendingen. Es sind Situationen aus ihrem Alltag: Eine Gehörlose würde gerne einmal zusammen mit ihren hörenden Kindern ins Theater gehen, doch der Dolmetscher werde nicht bezahlt. Ein Schüler, der Mithilfe eines „Talkers“ spricht, musste laut seiner Krankenkasse bei Defekt auch mal mehr als drei Monate auf das Sprechen verzichten. Die Kasse wollte kein neues Gerät schicken, sondern das alte reparieren. Ein Sehbehinderter kritisierte den Umbau seines Wohnortes. Die Bürgersteige seien weggefallen. Dafür stoße er nun mit seinem Blindenstock gegen Tische und Stühle von Cafés. Ein Rollstuhlfahrer berichtete von seinen Besuchen beim Sozialamt. Weil vor dem Gebäude zwei Stufen waren, habe er Steinchen ans Fenster seiner Sachverständigen geworfen. „Das hat dann funktioniert.“ Ein Wunsch war, dass Menschen mit Behinderung wie alle anderen behandelt werden sollen.

Die Veranstalter bemühten sich, die Veranstaltung möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen. Die Auftritte



wurden auf eine Leinwand projiziert und von zwei Gebärdendolmetscherinnen übersetzt. Zudem gab es eine induktive Hörschleife, die den Ton direkt in das Hörgerät übertrug. Für die Akteure wurde eine mobile Rampe aufgebaut, um mit dem Rollstuhl auf die Bühne zu gelangen.

Am Ende der Veranstaltung wurde zu einer Expertenrunde eingeladen. Vertreterinnen vom Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte Menschen Baden-Württemberg, der Fachberatung Inklusion des Gemeindetages und des Vereins Freies Sehen sprachen über Inklusion und den weiten Weg dahin. Inklusion sei da, wenn man eine Veranstaltung wie diese nicht mehr brauche, wenn nicht mehr darüber gesprochen wird und es zum Alltag dazugehört.

**Pflegekampagne „Herz Plus Ostalb“ gestartet**

Mit einer Pflegekampagne machen der Ostalbkreis und die Träger der Altenhilfe seit Ende des vergangenen Jahres auf das zukunftsfähige Berufsfeld in der Pflegebranche aufmerksam. Der Startschuss fiel im Dezember vergangenen Jahres bei einer Auftaktveranstaltung im Aalener Landratsamt mit dem Pflegebeauftragten der Bundesregierung, Staatssekretär Andreas Westerfellhaus.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels stellen auch den Ostalbkreis vor große Herausforderungen. Hier leben aktuell rund 312 000 Menschen, davon sind rund 62 800 Bürgerinnen und Bürger 65 Jahre und älter. Mit steigendem Alter wächst oftmals der Unterstützungsbedarf im Alltag. Ambulante Pflegedienste und stationäre Altenhilfeeinrichtungen bieten umfassende Unterstützungsmöglichkeiten für pflegebedürftige Menschen an. Im Ostalbkreis sind derzeit 59 Träger der Altenhilfe angesiedelt mit 28 stationären Altenhilfeeinrichtungen und 31 ambulanten Pflegediensten. Der stetig wachsenden Anzahl an pflegebedürftigen Menschen



V. l. n. r.: Josef Bühler (AOK Ostwürttemberg), Staatssekretär Andreas Westerfellhaus (Pflegebeauftragter der Bundesregierung) und Landrat Klaus Pavel bei der Auftaktveranstaltung zur Pflegekampagne

steht die sinkende Anzahl an Pflegefachkräften gegenüber. Der Fachkräftemangel wird bereits von zahlreichen Altenhilfeträgern beklagt.

Um die Pflege auch in den kommenden Jahren zu sichern, startete der Ostalbkreis deshalb in Kooperation mit den ambulanten Pflegediensten und stationären Altenhilfeeinrichtungen eine kreisweite Pflegekampagne. Zentraler Infopool ist die Website [www.herz-plus-ostalb.de](http://www.herz-plus-ostalb.de), wo es neben Informationen rund um den Pflegeberuf einen Imagefilm gibt, in dem Pflegefachkräfte aus dem Ostalbkreis über ihren beruflichen Alltag erzählen. Kernstück der Kampagne ist das Programm „Ausbildungsbotschafter“ für Schülerinnen und Schüler. Hier stellen Ausbildungsbotschafter in Schuleinsätzen den Pflegeberuf vor. Das Programm schafft erste Berührungspunkte mit den verschiedenen Ausbildungsberufen.

Bereits 2002 war der Fachkräftemangel im Ostalbkreis deutlich zu spüren. Die damalige Kampagne „Mit Herz, Hand und Verstand“ verfolgte das gleiche Ziel



wie die aktuelle Kampagne mit dem Titel „Herz Plus Ostalb“, nämlich um Anerkennung und Wertschätzung für die Pflegefachkräfte zu werben und außerdem das Interesse von Schülern, Umschülern und Wiedereinsteigern für diesen Beruf zu wecken und als künftige Fachkräfte zu gewinnen.

Informationsmaterialien der Kampagne gibt es beim Landratsamt Ostalbkreis, Koordinationsstelle Altenhilfe, Projektmanagement, Verena Weber, Telefon 073 61/5 03-14 14, verena.weber@ostalbkreis.de.

## Schulen

### **Breitbandausbau ist bedeutendes Infrastrukturprojekt im Rhein-Neckar-Kreis – 255 450 Euro für den Anschluss an die gigabitfähige Glasfaserversorgung der Comeniuschule in Schwetzingen und des Zentrums Beruflicher Schulen in Wiesloch**

„Der Breitbandausbau ist ein bedeutendes Infrastrukturprojekte in unserem Kreis“, so Landrat Stefan Dallinger. Er freue sich sehr, dass es nun gelungen ist, für die Anbindung von zwei Schulen in der Trägerschaft des Kreises Fördermittel des Landes Baden-Württemberg in Höhe von 255 450 Euro zu generieren: 111 800 Euro fließen in die Anbindung an den Backbone und die gigabitfähige Glasfaserversorgung der Comeniuschule in Schwetzingen, 143 650 Euro werden für die Anbindung des Zentrums Beruflicher Schulen in Wiesloch genutzt.

Aus den Händen des Staatssekretärs im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, Wilfried Klenk, nahm Klaus Lauer vom Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar kürzlich den Förderbescheid in Empfang. „Der Rhein-Neckar-Kreis stellt sich dem digitalen Zeitalter. Nun ist es gelungen, die bestmögliche Landesförderung für die



255 450 Euro für den Anschluss von zwei Kreisschulen an die gigabitfähige Glasfaserversorgung im Rhein-Neckar-Kreis: Aus den Händen des Staatssekretärs im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg, Wilfried Klenk (rechts), nahm Klaus Lauer vom Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar (links) kürzlich den Förderbescheid in Empfang.

Anbindung der beiden kreiseigenen Schulen zu erhalten“, freut sich Klaus Lauer.

Aktuell baut der einwohnerstärkste Landkreis in Baden-Württemberg für alle seine Schulen das Digitalisierungskonzept Richtung 4.0 entsprechend breitbandiger Internetanbindung aus. „Diese Anstrengungen werden jetzt vom Land Baden-Württemberg auch finanziell unterstützt“, so der Leiter des Amtes für Informationstechnik im Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Rudolf Fickinger. Auch für den gigabitfähigen Glasfaseranschluss der Martinsschule in Ladenburg hat der Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar einen Förderantrag gestellt. „Dieser ist aktuell beim baden-württembergischen Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration in Bearbeitung“, ergänzt Lauer. Hier erhofft sich der Zweckverband ebenfalls eine Finanzspritze vom Land.

#### *Weitere Informationen:*

Die Versorgung mit schnellem Internet ist grundsätzlich Aufgabe der privaten Telekommunikationsunternehmen. Von staatlicher Seite werden daher in erster Linie optimale Rahmenbedingungen für

den Ausbau von nachhaltigen und vor-dringlich glasfaserbasierten Hochgeschwindigkeitsnetzen geschaffen. Dort, wo die privaten Telekommunikationsanbieter nicht investieren, kommt der kommunale Breitbandausbau mit staatlicher Hilfe ins Spiel. Genau an dieser Stelle setzt das Landesförderprogramm an, um die Kommunen zu unterstützen. Dieses Programm bringt den flächendeckenden Breitbandausbau voran, um auch ländlich geprägte Gegenden nachhaltig attraktiv zu gestalten – als Wohnort, Wirtschaftsort und Tourismusziel.

## Jugend

### **Heinrich-Wetzlar-Haus als Chance für straffällig gewordene Jugendliche – Justizminister Guido Wolf MdL informiert sich über Neubauplanungen**

Die Jugendeinrichtung Schloss Stuten-see, die in diesem Jahr ihr 100. Jubiläum feiert, bietet vielfältige Leistungen zur Unterstützung von Jugendlichen. Ein in der ganzen Bundesrepublik anerkanntes

Angebot ist die U-Haft-Vermeidung, die 1984 als einzigartiges Modellprojekt in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium Baden-Württemberg eröffnet wurde. Guido Wolf MdL, Minister der Justiz und für Europa, war am 28. Januar 2019 zu einer europapolitischen Diskussion in das Berufliche Bildungszentrum Ettlingen gekommen und nutzte seinen Aufenthalt im Landkreis Karlsruhe für einen Anschlussbesuch in der Jugendeinrichtung Schloss Stutensee und dort insbesondere im Heinrich-Wetzlar-Haus (HWH). In diesem Gebäude, benannt nach dem Gründer der Einrichtung, bekommen jugendliche Straftäter zwischen 14 und 18 Jahren die Chance, durch intensive Förderung ihr Leben neu auszurichten.

„Aktuell können dort 14 junge Männer betreut werden. Im vergangenen Jahr lag die Auslastung bei 95 % und die Nachfrage ist weiterhin hoch“, berichtete Geschäftsführer Jens Brandt. Gemeinsam mit dem Landkreis Karlsruhe als Träger steht die Einrichtung vor der Herausforderung, das Angebot neu zu

konzipieren, und nach fast 35-jähriger Nutzung ist auch das denkmalgeschützte Gebäude sanierungsbedürftig und aufgrund baurechtlicher Vorgaben nicht mehr geeignet, das Angebot mittelfristig dort zu betreiben. „Da weiterhin Bedarf an diesem besonderen Angebot besteht, haben wir das Gespräch mit dem Justizministerium gesucht, um gemeinsam eine Lösung zu finden“, skizzierte Landrat Dr. Christoph Schnaudigel die Situation. Er freute sich über den Besuch von Justizminister Guido Wolf MdL, um ihn direkt vor Ort über die Planungen eines Neubaus zu informieren.

„Mit der engmaschigen pädagogischen Betreuung der Jugendlichen im ‚Heinrich-Wetzlar-Haus‘ wollen wir verhindern, dass Jugendliche weiter in die Kriminalität abgleiten. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese in Baden-Württemberg einzigartige Einrichtung zur Vermeidung von Untersuchungshaft auch in Zukunft fortbesteht“, so die Aussage von Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf.



V.l.n.r.: Landtagsabgeordnete Andrea Schwarz, Bündnis 90/Die Grünen, Joachim Kößler, CDU, Landrat Dr. Christoph Schnaudigel und Oberbürgermeisterin Petra Becker begleiteten den Minister der Justiz und für Europa, Guido Wolf MdL, beim Rundgang durch das Heinrich-Wetzlar-Haus, bei dem Geschäftsführer Jens Brandt und Bereichsleiterin Sabine Haid (von hinten zu sehen) die intensive Arbeit mit den Jugendlichen vorstellten.

Die beiden Landtagsabgeordneten Andrea Schwarz, Bündnis 90/Die Grünen, und Joachim Kößler, CDU, unterstützten den Minister in diesem Ansinnen. Auch die Oberbürgermeisterin von Stutensee, Petra Becker, war vor Ort, um die Verbundenheit der Stadt Stutensee zur Jugendeinrichtung zu zeigen.

Eine erste Schätzung geht von rund 6 Mio. Euro für einen Neubau auf dem Gelände der Jugendeinrichtung Schloss Stutensee aus. Justizminister Guido Wolf MdL, Landrat Dr. Christoph Schnaudigel und Geschäftsführer Jens Brandt vereinbarten, bzgl. der weiteren Schritte, die insbesondere die Finanzierung betreffen, in die konkrete Abstimmung zu gehen.

#### **Gelebte Mehrsprachigkeit im Landkreis Lörrach – Bildungseinrichtungen sollten familiäre Sprachwelten der Kinder akzeptieren – Fachtag zog 120 Pädagogen an**

Wenn beim Anblick einer Pusteblume ein freudiges „sopla-Blume!“ zu hören ist oder man zum Geburtstag ein „Happy Burtstag!“ gewünscht bekommt, handelt es sich um mehrsprachige Kinder in ihrer frühkindlichen Sprachentwicklung. Das Zulassen von Sprachvermischungen fördert die Entwicklung aller Sprachen, mit denen das Kind aufwächst – wie jüngste Forschungsergebnisse zeigen. Der Landkreis Lörrach setzt sich für diese Mehrsprachigkeit in der Kindheit ein und veranstaltete einen Fachtag für 120 pädagogische Fachkräfte im Werkraum Schöpfung. Die Stabsstelle „Koordination in der Bildungsregion“ des Landratsamts Lörrach und die Bürgerstiftung Lörrach konnten dafür Professor Argyro Panagiotopoulou, Bildungsforscherin der Kölner Universität am Lehrstuhl für Bildung und Entwicklung in früher Kindheit, als Gastrednerin gewinnen.

„Die Realisierung einer inklusiven sprachlichen Bildung bedeutet, mono- und quersprachige Sprachpraktiken zu würdigen sowie alle Kinder als ange-

hende Mehrsprachige anzuerkennen und sie bei ihrem natürlichen Spracherwerb zu unterstützen“, erklärte Panagiotopoulou. Kinder mit Migrationsstatus erleben die Kindertageseinrichtung allerdings oft als einen einsprachigen Bildungsort. Sprachentwicklung bedeutet jedoch auch immer Identitätsentwicklung. Deshalb darf eine weitere Sprache des Kindes – und damit ein Teil seiner Persönlichkeit – nicht einfach ausgeblendet werden. Bildungseinrichtungen werden daher aufgefordert, respektvoll mit den familialen Sprachwelten der Kinder umzugehen.

Wie das Potenzial der Mehrsprachigkeit für die frühkindliche Sprachentwicklung genutzt werden kann, stellte Panagiotopoulou mit dem Konzept „Translanguaging“ vor. Translanguaging bedeutet Quersprachigkeit, also das Mischen von Sprachen. Es ist eine selbstverständliche Strategie von mehrsprachig aufwachsenden. Sätze wie „Papa, guck mal, petaluda (griechisch = Schmetterling)!“ sollten also zugelassen werden, damit das Kind sich ausdrücken und mitteilen kann. Die Kinder erlernen mit der Zeit die Unterscheidung der Sprachen von alleine und passen sich der Sprache des Gesprächspartners und der Umgebung an. Es muss also nicht befürchtet werden, dass ein Kind – genügend sprachlicher Input vorausgesetzt – in der Kita nicht auch die Umgebungssprache Deutsch erlernt.

Zahlreiche Informationsstände gaben Anregungen für die Praxis im Berufsalltag und rundeten den Fachtag ab. Die „Sprach-Kitas“ der Region stellten Beispiele vor, wie Mehrsprachigkeit in den Kindertageseinrichtungen sichtbar und hörbar gemacht werden kann, welche Möglichkeiten es dort für alle Kinder gibt, interkulturelle Erfahrungen zu sammeln und wie Familien in die pädagogische Arbeit miteinbezogen werden können. So gestalten viele Kitas ihre Aushänge und Infobriefe in mehreren Sprachen; es werden in anderen Sprachen gezählt und Lieder gesungen,



**Gebannte Zuhörer beim Vortrag von Professor Argyro Panagiotopoulou im Werkraum Schöpflin zum Thema Sprachentwicklung bei mehrsprachigen Kindern**

Eltern werden eingeladen, mit Kindern landestypische Gerichte zu kochen oder im Morgenkreis in ihrer Muttersprache vorzulesen. Durch das Vorlesen in anderen Sprachen lernen alle Kinder, dass es selbstverständlich ist, dass Menschen unterschiedliche Sprachen sprechen; das Vorgelesene hört sich zwar anders an, die Geschichte ist jedoch dieselbe.

### *Sprach-Kitas stärken mehrsprachige Kinder*

Mit dem Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ stärkt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die alltagsintegrierte sprachliche Bildung, die inklusive Pädagogik sowie die Zusammenarbeit mit Familien in den Kitas. Der Bund stellt für das Programm im Zeitraum zwischen 2016 und 2020 Mittel im Umfang von bis zu einer Milliarde Euro zur Verfügung. Aus diesen Mitteln konnten bundesweit insgesamt rund 7000 zusätzliche halbe Fachkraftstellen in Kitas und in der Fachberatung geschaffen werden. Davon fallen 14 neue Stellen auf den Landkreis Lörrach, darunter neun Fachkräfte allein für das Stadtgebiet Lörrach. Die Bürgerstiftung konnte mit den Geldern des Bundes ihre Stelle

der „Fachberatung für Sprachförderung und interkulturelle Bildung“ um 50 auf 80 Prozent aufstocken.

Im Stadtgebiet Lörrach gibt es neun Sprach-Kitas: Guter Hirte, Kinderland, Montessori-Kinderhaus, Pestalozzi Kindergarten, Luise Scheppeler Haus, Matthias Claudius Haus, St. Anna, St. Bonifatius und St. Peter. Weitere Sprach-Kitas in der Region befinden sich in Schopfheim (St. Josef), Weil am Rhein (St. Elisabeth) und in Rheinfelden (Villa Kunterbunt, St. Josef, St. Michael). Die Fachberatung für die Sprach-Kitas übernimmt die Bürgerstiftung Lörrach.

Die aufgeführten Sprach-Kitas werden durch das Sprach-Kita-Programm in den Handlungsfeldern „alltagsintegrierte sprachliche Bildung, Inklusion und Zusammenarbeit mit Familien“ weitergebildet und qualifiziert. Alle Sprach-Kitas haben einen hohen Anteil an Kindern, die zu Hause kein Deutsch sprechen oder mehrsprachig aufwachsen. Deshalb gilt es, in der Kita Mehrsprachigkeit aufzugreifen und zu würdigen.

## Krankenhaus – Gesundheit

### Innovative Versorgungsansätze zur Verbesserung der Kooperation zwischen Haus- und Klinikärzten für den Landkreis Tübingen

Im Landkreis Tübingen wird ein Projekt zur Verbesserung der Kooperation zwischen Hausärzten und Klinikärzten bei der Versorgung von Krebspatienten durchgeführt. Das Ministerium für Soziales und Integration fördert dieses Vorhaben mit 433 365 €, wie in der Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) am 12. Februar 2019 bekannt gegeben wurde.

Die KGK-Geschäftsstelle beteiligte sich gemeinsam mit dem Institut für Allgemeinmedizin und Interprofessionelle Versorgung des Universitätsklinikums Tübingen an einer landesweiten Ausschreibung für innovative Versorgungskonzepte. Diese sollen durch eine bessere Vernetzung die Grenzen zwischen der ambulanten und stationären Versorgung überwinden.

In der Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz wurde das geförderte Projekt nun vorgestellt. Ausschlaggebend für die Projektidee war die zunehmende Bedeutung der ambulanten Versorgung von Patientinnen und Pa-

tienten mit Krebserkrankungen, z.B. durch hausärztliche Nachbetreuung auch während einer Chemotherapie. Der Hausarzt benötigt dafür einen direkten und zeitnahen Zugang zu Informationen der an der Behandlung beteiligten Spezialisten. Am Beispiel der medizinischen Betreuung onkologischer Patientinnen und Patienten des Tumorzentrums Comprehensive Cancer Centrum Tübingen-Stuttgart (CCC-TS) werden nun Lösungen zur Verbesserung der sektorenübergreifenden Kommunikation entwickelt. „Ich freue mich sehr, dass dieses zukunftsweisende Projekt gefördert wird. Der Landkreis Tübingen trägt damit zur bundesweiten Spitzenposition Baden-Württembergs bei der sektorenübergreifenden medizinischen Versorgung bei“, erklärt Landrat Joachim Walter.

Weitere aktuelle Themen aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz:

- Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Tübingen bei sich abzeichnenden Versorgungsengpässen in der Zukunft
- Abbau von Barrieren in der medizinischen Versorgung
- Außerschulische Angebote für Jugendliche zu Ernährung, Bewegung und Medienkompetenz

- Optimierung des Sonnenschutzes in Kindertageseinrichtungen

Die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) ist ein Verbund von Akteuren im Landkreis Tübingen aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Wirtschaft, der das gemeinsame Ziel hat, die Gesundheit der Kreisbevölkerung auf hohem Niveau zu erhalten und zu verbessern. Sie verfolgt die landesweiten Gesundheitsziele und orientiert sich dabei am kommunalen Bedarf und am Gesundheitsleitbild Baden-Württemberg. Auf der Grundlage entsprechender Bedarfsanalysen erarbeitet die KGK konkrete Handlungsempfehlungen für den Landkreis Tübingen zu Fragen der Gesundheitsförderung und Prävention, der medizinischen Versorgung, der Pflege und der Rehabilitation und setzt diese durch Maßnahmen mit örtlichem Bezug um.

Weitere Informationen zur Kommunalen Gesundheitskonferenz unter [www.kreis-tuebingen.de](http://www.kreis-tuebingen.de)

## Tourismus

### Tourismus im Ortenaukreis: Größter Zuwachs aller Zeiten – Genuss-, Wander- und Radangebote können punkten

Der Tourismus im Ortenaukreis ist weiter im Aufwind. Die Tourismusabteilung im Landratsamt kann für 2018 erneut Rekordzahlen verkünden: Mit exakt 3 837 941 Übernachtungen zählten die Ortenauer Beherbergungsbetriebe 241 639 mehr als noch im Vorjahr. Auch bei den Ankünften konnte die Branche mit einem Wert von knapp 1,8 Millionen eine Steigerung von sensationellen 9,0 Prozent verbuchen.

„Die Wachstumsrate war noch nie so hoch wie im zurückliegenden Jahr! Ich freue mich sehr, dass wir sowohl bei den Übernachtungen als auch bei den Ankünften in diesem Umfang zulegen



Landrat Joachim Walter und Rainer Waidmann, Leiter der Abteilung Gesundheit im Landratsamt Tübingen bei der Begleitausstellung zur Sitzung der Gesundheitskonferenz



Die touristischen Angebote im Ortenaukreis sind beliebter denn je. Im Rahmen des Fotowettbewerbs 2018 der Tourismusabteilung im Landratsamt wurden landschaftliche Highlights der Ortenau in Szene gesetzt.

konnten“, so Landrat Frank Scherer. „Dies ist vor allem das Verdienst der touristischen Akteure und Leistungsträger im Ortenaukreis. Sie haben in den vergangenen Jahren mit viel Kreativität, Herzblut und Mut neue Projekte entwickelt und in die touristische Infrastruktur investiert. Die Zahlen bestätigen uns, dass sich das Engagement auszahlt und wir auf dem richtigen Weg sind“, so der Landrat weiter.

Ebenfalls im Aufwind befindet sich die Resonanz der ausländischen Gäste, informiert Sandra Bequier, Tourismusbeauftragte des Ortenaukreises. Bei den Übernachtungs- ebenso wie bei den Tagesgästen stamme rund ein Drittel aus dem Ausland. Die Aufenthaltsdauer der Gäste sei in 2018 mit durchschnittlich 2,2 Tagen konstant geblieben. Ebenso konstant sei die Zahl der touristischen Einrichtungen mit 527 Betrieben.

„Als ausschlaggebend für den Positivtrend sehe ich neben den touristischen Leuchttürmen wie Nationalpark, Europa-Park und Schwarzwälder Freilichtmuseum Vogtsbauernhof auch das vielfältige Angebot an regionalen kulinarischen Besonderheiten sowie die ausgezeichnete Qualität der Wander- und Radstrecken“, so die Tourismusbeauftragte. Zudem warteten die touristischen Ak-

teure mit einem abwechslungsreichen Veranstaltungsprogramm, wie etwa im Rahmen der erfolgreichen ortenauweiten Reihe „DORT – donnerstags in der Ortenau – Genuss mit allen Sinnen“, auf.

Auch in diesem Jahr kommen Gäste wie Einheimische bei über 250 verschiedenen Einzelveranstaltungen der kürzlich gestarteten DORT-Reihe wieder in den Genuss kulinarisch-kultureller Angebote. Ein weiterer Höhepunkt der kommenden Saison ist der Wettbewerb „Schönes Gasthaus 2019“ in Zusammenarbeit mit dem Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA. Damit sollen herausragende gastronomische Anbieter prämiert und die Ortenau als eine der bedeutendsten Genussregionen im Südwesten weiter in den Fokus gerückt werden. Ausgehend von dieser positiven Tourismusedwicklung, auch im Schwarzwald und in ganz Baden-Württemberg, rechnet die Tourismusabteilung des Landratsamts mit einer gleichermaßen guten Entwicklung im laufenden Jahr.

Informationen zum Tourismus- und Freizeitangebot im Ortenaukreis gibt es auf der Internetseite [www.ortenau-tourismus.de](http://www.ortenau-tourismus.de).

## **Tourismus-Konzeption: Gemeinsam kommt man weiter – Der Schwäbische Wald auf Informationsfahrt in der Vorbild-Region Montafon**

Eine Delegation des Schwäbischen Waldes besuchte auf einer Informationsfahrt im Februar 2019 das Montafon in Österreich. Anlass für das Reiseziel waren die partnerschaftlichen Beziehungen der FVG-Mitgliedskommune Berglen mit der Gemeinde Gaschurn im Montafon.

Die Gruppe, bestehend unter anderem aus Landrat Dr. Richard Sigel, zwölf Bürgermeistern der Mitgliedskommunen der Fremdenverkehrsgemeinschaft und den Schwäbischen WaldFeen, wurde herzlich vom Gaschurner Bürgermeister Martin Netzer empfangen, der bei einem Ortsrundgang die touristische Entwicklung des Ortes näher erläuterte. Auch eine Besichtigung der beeindruckenden Skischanzenanlage in Tschagguns stand auf dem Programm, bei der Geschäftsführer Elmar Egg mit viel Insiderwissen aufwartete.

Ein gewinnbringender Austausch auf touristischer Ebene fand mit der Montafon Tourismus GmbH statt. Der informative und inspirierende Vortrag des Geschäftsführers zeigte, dass das Montafon in Sachen Tourismus in der Champions League spielt. Die Montafon Tourismus GmbH hat in den vergangenen Jahren einen professionellen Strategie- und Markenprozess durchlaufen, der in einem Tourismus-Leitbild mündete. Mit der Fusion von acht touristischen Einzeldestinationen zur Dachmarke Montafon ging die Entwicklung weg vom „Kirchturmdenken“. Stattdessen treten die Kommunen gemeinsam als Region Montafon auf.

Dabei hat man sich ganz bewusst strategische Ziele gesetzt und sich auf ausgewählte Stärken der Region fokussiert. So werden etwa die Themen Schnee und Wandern intensiv bespielt. Innen-Marketing und Schulungen der Gastgeber sollen das Wir-Gefühl innerhalb



der Region stärken und für ein einheitliches Auftreten sorgen. Die Konzeption eines „deutschen Mustergastes“ soll den Gastgebern zusätzlich dabei helfen, zielgruppengerecht zu werben.

„Gemeinsam sind wir stärker, das haben wir aus dem Montafon mitgenommen“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel, der Vorsitzende der Fremdenverkehrsgemeinschaft Schwäbischer Wald. „Der Austausch mit den dortigen Kollegen hat uns gezeigt, dass Kirchturmdenken einfach nicht mehr zeitgemäß ist und dass wir gemeinsam als Schwäbischer Wald weiterkommen. Diese Erkenntnis ist für uns nicht neu: Synergien zu nutzen ist ein Kern der Zusammenarbeit innerhalb der Fremdenverkehrsgemeinschaft. Einige konkrete Anregungen werden aber mit Sicherheit in die Entwicklung unserer Tourismus-Konzeption einfließen.“

Auch Berglens Bürgermeister Maximilian Friedrich nahm wertvolle Impulse aus dem Besuch in der Partnergemeinde mit: „Es wurde sehr anschaulich, wie gut das Montafon als bekannte touristische Destination aufgestellt ist – etwa beim Marketing. Davon können wir uns im Schwäbischen Wald eine Scheibe abschneiden.“

### **Mit dem Motorrad durch drei Ferienlandschaften – „Liebliches Taubertal“ kooperiert mit Odenwald und Hohenlohe**

Das „Liebliche Taubertal“ ist auch für Motorradtouristen ein ideales Gebiet. In einer Kooperation mit dem Odenwald und Hohenlohe hat der Tourismusverband „Liebliches Taubertal“ nun einen Vorschlag für eine Motorradrundreise ausgearbeitet.

Die Ferienlandschaft „Liebliches Taubertal“ ist ein attraktives Reiseziel. Ähnliche Gegebenheiten gibt es auch im Odenwald und in Hohenlohe. Vor diesem Hintergrund haben die Tourismusakteure der drei Landschaften in einer Kooperation vereinbart, die Kultur-Motorradtour zu entwickeln. „Getauft ist diese auf den Namen H.O.T. Biker Genussstour“, erläutert Geschäftsführer Jochen Müssig. Hierbei steht H für Hohenlohe, O für Odenwald und T für das Taubertal.

Insgesamt umfasst diese Rundreise 478 Kilometer, und es werden vier Etappen vorgeschlagen. Diese sehen Abschnitte im „Lieblichen Taubertal“, im Odenwald und in Hohenlohe vor. Der Motorradfahrer wird auf die kulturellen Sehenswürdigkeiten hingewiesen, er erhält Tipps für Übernachtungen und natürlich auch Informationen über das kulinarische Profil. Da kommt vor allem das regionale Angebot der Landschaften zum Zuge: der Taubertäler Wein, der

Grünkern im Odenwald und westlichen Taubertal sowie Backspezialitäten aus Hohenlohe.

In der neu geschaffenen Broschüre wird dem Motorradfahrer ans Herz gelegt, sich Zeit zu nehmen. Neben der interessant zu fahrenden Strecke soll vor allem in den gastfreundlichen Städten und Gemeinden ein Halt eingelegt werden.

Die Broschüre „H.O.T. Biker Genussstour“ wurde durch das Land Baden-Württemberg mit 50 Prozent gefördert. Die verbleibenden Kosten wurden zu gleichen Teilen durch die Touristikkommunität Odenwald, die Touristikkommunität Hohenlohe und den Tourismusverband „Liebliches Taubertal“ getragen.

Premiere hatte die Broschüre zur H.O.T.-Bikerreise auf der Messe „Touristik und Caravaning“ in Leipzig. Dort stellte der Tourismusverband das „Liebliche Taubertal“ neben seinen beliebten Rad- und Wanderangeboten, den kulturellen und kulinarischen Möglichkeiten erst-



**Motorradfahrer in der weltbekannten Stadt Rothenburg ob der Tauber: Die Landschaften Hohenlohe, Odenwald und „Liebliches Taubertal“ haben gemeinsam einen Vorschlag für eine Bikerrundreise durch die drei Landschaften entwickelt.**

mals die neu entwickelte Motorradrundreise vor.

Das „Liebliche Taubertal“ von Rothenburg bis nach Freudenberg ist durch die Flüsse Tauber und Main, sanfte Hügel sowie zahlreiche Burgen, Schlösser, Klöster und Museen eine herrlich modellierte Kulturlandschaft. Gastfreundliche Städte, Gemeinden und Dörfer laden in kurzen Abständen zum Innehalten ein.

„In nahezu jedem Ort gibt es eine oder mehrere kulturelle Sehenswürdigkeiten, deren Besuch lohnenswert ist“, sagt Geschäftsführer Jochen Müssig vom Tourismusverband „Liebliches Taubertal“. So können im „Lieblichen Taubertal“ mit dem angrenzenden Abschnitt am Main insgesamt acht Burgen, elf Schlösser, sechs Klöster sowie 46 Museen besucht werden. Höhepunkte sind beispielsweise die mittelalterliche Stadt Rothenburg ob der Tauber als Gesamtensemble, das Schloss Weikersheim und das Kurmainzische Schloss in Tauberbischofsheim sowie die Burgen in Wertheim und Freudenberg.

Erlebenswert sind aber auch die Kulturdenkmale von Tilman Riemenschneider, unter anderem in Creglingen und Detwang, das Bildnis der Stuppacher Madonna oder die von Balthasar Neumann geschaffene Brücke bei Tauberrettersheim. Die Museenwelt ist ebenso vielfältig. Hier dürfen beispielhaft das Deutschordensmuseum im Deutschordensschloss in Bad Mergentheim, das Fingerhutmuseum in Creglingen oder das Glasmuseum in Wertheim genannt werden.

Der Prospekt „H.O.T. Biker Genusstour“ ist kostenfrei erhältlich beim Tourismusverband „Liebliches Taubertal“, Gartenstraße 1, 97941 Tauberbischofsheim, Telefon 09341/82-5805 und -5806, E-Mail [touristik@liebliches-taubertal.de](mailto:touristik@liebliches-taubertal.de), Homepage: [www.liebliches-taubertal.de](http://www.liebliches-taubertal.de)

### Umwelt – Naturschutz

#### Regionalkonferenz zum Naturparkplan in Tuttlingen durchgeführt

Zur ersten Regionalkonferenz im Rahmen der Fortschreibung des Naturparkplans konnte Landrat Stefan Bär als 1. Vorsitzender des Naturpark Obere Donau e.V. zahlreiche Gäste im Sitzungssaal des Landratsamtes begrüßen. Nachdem über ein Jahr hinweg in Workshops mit Experten und Vertretern von Verbänden Ziele und daraus abgeleitete Projektvorschläge für die Naturparkarbeit in den nächsten 10 Jahren erarbeitet wurden, sollten diese nun der Öffentlichkeit vorgestellt werden. „Wir wollen damit sicherstellen, dass unser erarbeiteter Plan auf breiter gesellschaftlicher Basis steht“, so Stefan Bär.

Die 30 Teilnehmer vom Bürgermeister, Gemeinderat, Naturschutz und Vereinsvertreter bis hin zum Touristiker aus dem gesamten westlichen Naturparkgebiet wurden anschließend von den Mitarbeitern des mit der Erstellung des Naturparkplans beauftragten Büros Neulandplus über die bisher in Workshops und Klausurtagungen erarbeiteten Planinhalte informiert. Spannend wurde es immer dann, wenn jeweils im Anschluss zu den insgesamt sechs Handlungsfeldern um Ergänzungen und kritische Anregungen gebeten wurde. Intensiv diskutiert wurden beispielsweise die Ziele und Projektvorschläge des Naturparks zu einem sanften, nachhaltigen Tourismus im Naturparkgebiet oder auch die Themenbereiche Naturschutz, nachhaltige Landnutzung sowie Kultur und Tradition. Es herrschte Einigkeit darüber, dass der Naturpark in seiner fast vierzigjährigen Geschichte schon manches erfolgreiche Projekt gestemmt hat, dass es aber auch noch viele anstehende Aufgaben gibt. So gilt es neben der erfolgreichen Weiterführung der Arbeit des Hauses der Natur in Beuron oder dem Betrieb des Naturpark-Expresses, stärker

noch als bisher, auf der ganzen Fläche des Naturparks ein Naturparkbewusstsein zu entwickeln und bestehende Initiativen und Projekte noch besser über Verwaltungsgrenzen hinweg miteinander zu vernetzen. „Eine große, aber auch eine sehr interessante Aufgabe in einem so weitläufigen und heterogenen Gebiet, welches sich über zwei Regierungsbezirke, vier Landkreise und 56 Gemeinden erstreckt“, so der Geschäftsführer Bernd Schneck. Auf einer Strecke von 100 Kilometer zieht sich der Naturpark Obere Donau entlang der Donau und schließt dabei auch den gesamten Großen Heuberg und Teile des Albvorlandes bis Schömberg ein. Im Süden greift der Naturpark weit über die Hegualb aus, bis teilweise direkt an die Kreisgrenze zum Landkreis Konstanz.

Als Ergebnis dieser 1. Regionalkonferenz konnte Landrat Bär feststellen, dass einzelne Ergänzungen und Klarstellungen in den Entwurf des Naturparkplans noch einzuarbeiten sind, die Gesamtausrichtung aber stimmt und die Ziele breite Akzeptanz finden. Als nächste Schritte stehen nun die Regionalkonferenzen in den Landkreisen Zollernalb und Sigmaringen an. Im Mai soll das fertige Planwerk bei der Mitgliederversammlung des Naturparkvereins abschließend diskutiert und verabschiedet werden. Zum Abschluss ist dann eine Übergabe an Minister Peter Hauk vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) geplant, aus dessen Haus auch die jährlichen Naturparkfördergelder für die Region stammen, die sich im Jahr 2019 auf ca. 390 000 € belaufen.



## Verkehr

**Machbarkeitsstudie zu Radschnellverbindungen im Landkreis Böblingen vorgestellt –**

**Landrat Roland Bernhard:**

**„Ergebnisse werden im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung noch ausführlich vorgestellt.“ –**

**Regierungspräsident Wolfgang Reimer:**

**„Radinfrastruktur im Stuttgarter Regierungsbezirk ist auf gutem Weg.“**

Die Machbarkeitsstudie zu Radschnellverbindungen (RSV) im Landkreis Böblingen liegt vor. Sie wurde dem Umwelt- und Verkehrsausschuss des Böblinger Kreistags am 11. Februar 2019 vorgestellt. Im nächsten Schritt werden die Ergebnisse mit den betroffenen Städten und Gemeinden sowie dem Land Baden-Württemberg erörtert.

„Das beauftragte Fachbüro orange edge hat Bereiche mit hohem Radverkehrspotenzial identifiziert, in denen Radschnellverbindungen gebaut werden könnten“, betonte Landrat Roland Bernhard. „Wir werden bestrebt sein, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Lösungen zu erarbeiten, um die entsprechenden Standards schaffen zu können.“ Die aktuell im Bau befindliche RSV Böblingen/Sindelfingen – Stuttgart wird voraussichtlich Ende dieses Frühjahrs fertiggestellt sein. Für den Radwegausbau zwischen Böblingen und Ehningen, der im Qualitätsstandard einer RSV erfolgen soll, wird der Baustart im Herbst 2019 angestrebt.

Der Landkreis Böblingen gehört im Regierungsbezirk Stuttgart zu den ersten, die ihre kreisweite Machbarkeitsstudie vorstellen. „Der Kreis Böblingen ist ein Vorreiter bei der Umsetzung der Ziele der RadSTRATEGIE des Landes, bis 2025 zehn Radschnellverbindungen im Land zu realisieren. Dieses große Engagement hat sich auch schon gezeigt, da der Kreis als erster in ganz Baden-Württemberg mit dem Bau einer kommunalen Radschnell-

verbindung begonnen hat“, sagte der Stuttgarter Regierungspräsident Wolfgang Reimer.

Die jetzt vorgestellte und vom Land finanziell geförderte Studie thematisiert zwei Hauptverkehrsachsen im Landkreis Böblingen und eine weitere, die in den Landkreis Ludwigsburg hinein reicht. Es handelt sich um die Verbindung von Renningen über Magstadt, Sindelfingen, Böblingen, Holzgerlingen und bis nach Weil im Schönbuch. Außerdem um die Strecke von Herrenberg über Nufringen, Gärtringen, Ehningen, Böblingen/Sindelfingen und bis nach Stuttgart. Die Verbindung, die in den Landkreis Ludwigsburg hineinreicht, ist der Weg von Weil der Stadt über Renningen, Leonberg und bis nach Korntal-Münchingen.

Auf allen Strecken wurden unter fachlicher Beteiligung der betroffenen Kommunen jeweils zwei Routenvarianten erarbeitet, die – entsprechende Baumaßnahmen vorausgesetzt – die Qualitätsstandards für RSVs erfüllen könnten. Zusätzlich soll im Nachgang zur vorgestellten Studie noch die Machbarkeit einer RSV zwischen Leonberg und Stuttgart geprüft werden.

„Die Studie ist ein erster Schritt“, so Bernhard. Sie werde jetzt den beteiligten Städten und Gemeinden zugeleitet.

„Parallel planen wir eine öffentliche Veranstaltung zu den Ergebnissen, zu der wir alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, Akteure und Verbände einladen werden.“

In der vom Land verabschiedeten „RadSTRATEGIE Baden-Württemberg“ ist das Thema Radschnellverbindungen als wichtiger Baustein zur künftigen Ausrichtung der Radverkehrsinfrastruktur verankert. Sie bieten sich an, wenn ein entsprechend hohes Potenzial besteht, um auf Hauptverkehrsachsen Verkehrsverlagerungen zugunsten des Radverkehrs zu erreichen, was wiederum den Verkehr auf Fahrbahn und Schiene entlastet.

**Machbarkeitsstudie des Landkreises Esslingen zum Radschnellweg Neckartal liegt vor – Studie empfiehlt Trasse mit fünf neuen Brücken und zwei Unterführungen**

Das Straßenbauamt des Landkreises Esslingen hat in den letzten Monaten unter Mitwirkung der Fachbüros RV-K Radverkehr-Konzept aus Frankfurt/Main und TTK Transport Technologie-Consult aus Karlsruhe eine Empfehlung für den Radschnellweg Neckartal zwischen Reichenbach a.d.F. und Stuttgart-Hedelfingen erarbeitet. Die Untersuchungen wurden in enger Abstimmung mit den Anrainerkommunen Esslingen am Neckar, Altbach, Deizisau, Plochingen und Reichenbach a.d.F. sowie der Landeshauptstadt Stuttgart und dem Landkreis Göppingen durchgeführt.

„Mit der jetzt vorliegenden Machbarkeitsstudie sind wir unserem Ziel, eine Radschnellverbindung zwischen Reichenbach an der Fils und Stuttgart zu schaffen, einen großen Schritt nähergekommen“, so Landrat Heinz Eininger. „Der Radschnellweg steigert die Attraktivität des Radverkehrs und eröffnet entlang des Neckars ein alternatives Angebot zu den bestehenden Verkehrsformen. Wir hoffen, gerade in Verbindung mit Elektrofahrrädern, viele Menschen zum Umstieg auf das Rad motivieren zu können.“

„Unsere Machbarkeitsstudie ist keine Straßenplanung“, führte Landrat Eininger bei seiner Vorstellung am Freitag, dem 22. Februar 2019 vor Pressevertretern im Esslinger Landratsamt aus. „Die Studie haben wir kürzlich dem Verkehrsministerium und dem Regierungspräsidium Stuttgart übergeben. Sie ist eine gute Grundlage für die jetzt notwendig werdenden weitergehenden Planungen des Landes.“

Das Land werde die weiteren Detailplanungen für den Streckenverlauf und den Bau der Radschnellverbindung jetzt übernehmen. Der Radschnellweg Neckartal solle künftig in die Baulast des



Landes – also einer Landesstraße gleichgestellt – übergehen. „Es war eine richtungsweisende Entscheidung des Landes, durch die Änderung des Straßengesetzes die Möglichkeit zu eröffnen, für solche Radschnellverbindungen mit regionaler und überregionaler Verbindungsfunktion die Baulastträgerschaft zu übernehmen“, unterstrich Landrat Eininger. Dies ermögliche einen schnellen Baubeginn.

Insgesamt führt der Radschnellweg Neckartal von der Kreisgrenze bei Reichenbach an der Fils über knapp 20 Kilometer bis in die Landeshauptstadt Stuttgart. Im Bereich der Stadt Esslingen wird eine ca. 6 km lange Doppelführung empfohlen. „Es ist ein zukunftsweisendes Zeichen, dass sowohl unser Nachbarlandkreis Göppingen, als auch die Landeshauptstadt ein Andocken an unser Pilotprojekt prüfen“, so Eininger weiter.

#### *Der favorisierte Streckenverlauf*

Die vom Landkreis favorisierte Lösung verläuft zunächst durch den Ortskern von Reichenbach an der Fils und quert anschließend auf Höhe der Querspange bei Reichenbach die Bahntrasse Stuttgart–Ulm. Weiter führt sie nördlich entlang der B10, kreuzt auf Höhe von Plochingen über zwei neue Brücken die Fils und anschließend die Bahntrasse Plochingen-Horb und den Neckar, um dann südlich entlang des Landschafts-

parks Brückenwasen Richtung Deizisau zu gelangen. Zwischen Deizisau und Plochingen wird zweimal die B10 überquert bevor in Deizisau mit einer ebenfalls neu zu bauenden Brücke der Neckar übersprungen wird. Auf der nördlichen Neckarseite quert der Radschnellweg einen Altarm des Neckars mit einer Brücke und trennt sich dann in zwei Trassen auf. Die südliche Trasse verläuft über den bestehenden Neckarufерweg bis zur Vogelsangbrücke. Hier ist in einem ersten Schritt nur der Ausbau zwischen Landratsamt und Vogelsangbrücke vorgesehen. Die nördliche Trasse unterquert die Bahngleise in Esslingen-Zell und führt dann parallel zur Bahn nach Oberesslingen. Dort verläuft die Empfehlungsvariante über die Hindenburgstraße, die Kiesstraße und die Vogelsangbrücke zurück an den Neckarufерweg. Am Neckar durchquert der Radschnellweg den geplanten neuen Neckarpark und verläuft weiter am Neckar entlang bis zum Daimler-Werk in Mettingen.

Die ausgearbeitete Variante hat den großen Vorteil, dass sie sowohl die Wohngebiete und Arbeitsplatzstandorte entlang der Strecke insbesondere in der Stadt Esslingen am Neckar erschließt. Sie schafft aber auch für den durchfahrenden Radverkehr eine schnelle und direkte Verbindung Richtung Stuttgart.

#### *Herausforderungen*

Insgesamt ist für die Herstellung des Radschnellweges der Neubau von fünf größeren Brückenbauwerken sowie zwei Unterführungen erforderlich. Die Kosten für den gesamten Radschnellweg belaufen sich auf der Grundlage einer im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie ausgearbeiteten Kostenschätzung auf rund 60 Mio. Euro.

Nach Aussage des Leiters des Straßenbauamtes, Thorsten König, sei neben der Finanzierung auch die Vereinbarkeit mit dem Naturschutz eine der großen Herausforderungen. Dies gelte insbesondere für die Querung des Altarms des Neckars im Bereich des Naturschutzgebietes Alter Neckar zwischen Altbach und Esslingen-Zell.

Die Umsetzung des gesamten Bauprojekts wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Einzelne Abschnitte, vor allem im Bereich der Stadt Esslingen am Neckar, sollen aber schon deutlich früher befahrbar sein.

#### *Verfahren*

Aufbauend auf dem Radverkehrskonzept des Landkreises Esslingen wurden für eine Radschnellverbindung zwischen Reichenbach a.d.F. und Stuttgart 30 Varianten untersucht.

Neben den Kommunen konnten sich Bürger auf der Internetplattform über den aktuellen Planungsstand infor-

mieren, mitdiskutieren und Anregungen einbringen.

Insgesamt nutzen 3500 Bürger die Möglichkeit.

Weitere Informationen zum Radschnellweg im Neckartal, wie etwa den genauen Routenverlauf sowie einen detaillierten Maßnahmenkatalog, können unter [www.radschnellweg-neckartal.de](http://www.radschnellweg-neckartal.de) eingesehen werden.

## Abfall

### **Ortenaukreis – Landkreis Emmendingen: ZAK-Verbandsversammlung befasst sich mit Ringsheimer Positionspapier**

Weltweit gibt es immer mehr Abfall und damit Umweltbelastungen, gleichzeitig werden Rohstoffe immer knapper. In der Abfallbehandlungsanlage des Zweckverbands Kahlenberg (ZAK) in Ringsheim wird seit Jahren sehr erfolgreich an der Lösung dieser Problematik gearbeitet. Mit der international beachteten ZAK-Technologie werden Resthausabfälle von über einer halben Million Einwohnern der Landkreise Emmendingen und des Ortenaukreises in einem ressourcenschonenden, effektiven Verfahren mechanisch-biologisch behandelt. Mit einer technischen Weiterentwicklung will der Zweckverband zukünftig neue Wege gehen. Aus Ersatzbrennstoffen von Resthausabfällen sollen in einer neuen Anlage Rohstoffe, vor allem Phosphor, zurückgewonnen werden. Das Land Baden-Württemberg unterstützt das Projekt mit 7,5 Millionen Euro. Umweltminister Franz Untersteller übergab den Förderbescheid bereits an den Vorsitzenden des Zweckverbands, Landrat Frank Scherer.

„Damit sind die finanziellen Voraussetzungen für das Projekt gegeben, und wir haben bei Realisierung des Projekts jetzt die Zusage des Umweltministeriums, endgültig keine Biotonne im Land-

kreis Emmendingen und dem Ortenaukreis einführen zu müssen“, begrüßt Scherer die Unterstützung des Landes.

Vor diesem Hintergrund wurden bereits die Kreistage der beiden Landkreise sowie die Gemeinderäte von Ringsheim, Herbolzheim und Ettenheim über das Projekt informiert. Am Donnerstag, 14. Februar 2019, fand im Ringsheimer Bürgerhaus eine breite Informationsveranstaltung statt, in der die Fragen der Bürger beantwortet wurden.

Am 18. Februar 2019 befasste sich die ZAK-Verbandsversammlung ausführlich mit den in einer Resolution des Ringsheimer Gemeinderats vom 22. Januar artikulierten Anliegen der Gemeinde.

„Die Verbandsversammlung hat eingehend alle Anliegen Ringsheims erörtert und ist zu positiven Ergebnissen für die Gemeinde Ringsheim gekommen“, informiert der Vorsitzende des Zweckverbands, Landrat Frank Scherer. „Insbesondere hinsichtlich der Themen Emissionen und Verkehrsbelastung können alle Bedenken vollständig ausgeräumt werden“, betont Scherer. Der ZAK plane am Kahlenberg eine neue Technologie auf höchstem ökologischem Niveau, die ein Aushängeschild für die gesamte Abfallwirtschaft werden solle.

„Dabei werden Emissionsstandards umgesetzt, die garantieren, dass es für die Bevölkerung in der Region und für die wertvollen Naturschutzflächen am Kahlenberg keinerlei Belastungen geben wird! Im Gegenteil, bei Realisierung des Projekts entfallen rund 2500 Lkw-Fahrten im Jahr zwischen dem Kahlenberg und den Verwertungsanlagen“, stellt Scherer klar. Weil es somit durch den Betrieb der Anlage keine zusätzlichen Belastungen für die Gemeinde und die Bürgerinnen und Bürger geben werde, scheidet der von der Gemeinde angefragte finanzielle Ausgleich für Belastungen schon rein rechtlich aus, erklärt Scherer. „Der Zweckverband ist aber unabhängig davon bereit, rechtlich und in der Sache ergebnisoffen zu prüfen, ob aufgrund der Gesamtentwick-

lung der Anlagen des Zweckverbandes in den letzten 20 Jahren ein einmaliger Ausgleich in Betracht komme“, so der Landrat. Insofern stehe der Zweckverband für weitere Gespräche zur Verfügung.

Einig war man sich in der Verbandsversammlung auch über die weitere Vorgehensweise. Insbesondere stehe der ZAK, wie von der Gemeinde gewünscht, nach der bereits erfolgten Bürgerinformation am 14. Februar 2019 in Ringsheim, für weitere Bürgerinformationen zur Verfügung. Zudem arbeite der ZAK daran, sein Besucherkonzept zu optimieren, um den Menschen in der Region die Möglichkeit zu bieten, die ZAK-Anlagen jederzeit zu besuchen, sich zu informieren und gleichzeitig die Ansprüche an die erforderliche Verkehrssicherheit zu erfüllen. „Für das neue Projekt ist zudem eine Art ‚gläserne Produktion‘ vorgesehen, die jederzeit Einblick und Information über wesentliche Prozesse und Emissionsdaten der neuen Anlage ermöglicht“, erläutert Scherer.

Die ZAK-Verbandsversammlung berät im Mai 2019 über die weiteren Schritte des rund 30-Millionen-Euro-Projekts.

## Verschiedenes

### **Wertvoller Austausch: Fünf junge Landräte arbeiten innovativ zusammen – Austausch der Kreisverwaltungen bringt Synergie-Effekte, zum Beispiel bei der Personalentwicklung oder der eAkte**

Mitarbeitergewinnung, moderne Prozesse und Digitalisierung – all das sind Herausforderungen, vor denen Kreisverwaltungen im Hinblick auf die kommenden Jahre stehen. In diesem Kontext haben sich fünf junge Landräte aus vier Regierungsbezirken zusammengetan, um gemeinsam Zukunftsthemen anzugehen, sich auszutauschen und arbeitsteilig vorzugehen: Mit dabei sind Landrat



Gruppenbild der jungen Landräte mit Gottlieb Daimler

Sven Hinterseh, Schwarzwald-Baar-Kreis, Landrat Dr. Martin Kistler, Waldshut, Landrat Harald Sievers, Ravensburg, Landrat Dr. Matthias Neth, Hohenlohekreis, und Landrat Dr. Richard Sigel, Rems-Murr-Kreis.

Die Landräte treffen sich zweimal im Jahr – um sich über aktuelle Themen und gemeinsame Projekte auszutauschen. Seit dem ersten Treffen im August 2016 wurden Kooperationen in folgenden Schwerpunkt-Bereichen beschlossen: Nachhaltige Personalentwicklung, Personalgewinnung, Verwaltungsmodernisierung und Hospitationen.

Die Arbeitsgruppen „Personalentwicklung“ sowie „Organisation und IT“ erarbeiten in diesem Kontext konkrete Projekte und stärken den Austausch zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltungen. So arbeiten die Beteiligten etwa gemeinsam an modernen Fuhrparklösungen oder tauschen sich über gelungene IT-Lösungen – wie zum Beispiel bei der Einführung der e-Akte – aus. In mehreren Landkreisen steht zudem ein Umbau oder sogar ein Neubau von Verwaltungs-

gebäuden an. Auch hier soll ein intensiver Austausch erfolgen. Ein Dutzend Hospitationen fanden bereits statt, zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Abfallwirtschaft, Controlling, Umweltschutz und Baurecht. Auch die Auszubildenden der fünf Häuser haben sich bereits getroffen und überlegt, wie man Verwaltung für junge Menschen attraktiv gestalten kann.

Gerade das Thema e-Government beschäftigt derzeit viele Rathäuser und Landratsämter. Die digitale Verwaltung bringt Vorteile, die auf der Hand liegen: Moderne, effiziente Prozesse und eine deutlich höhere Bürgerfreundlichkeit. Auf der anderen Seite braucht es Zeit und Energie, die Veränderungsprozesse, die mit der e-Akte oder etwa mit der Online-Zulassung von Fahrzeugen einhergehen, anzustoßen und gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umzusetzen. Vor diesem Hintergrund ist ein gemeinsames interkommunales Seminar der Hausspitzen geplant – mit dem Ziel, Veränderungsprozesse innerhalb der Verwaltung gemeinsam zu entwickeln.

„Als Landräte stehen wir vor ähnlichen Herausforderungen – gerade im Bereich der Verwaltungsmodernisierung oder beim Thema Fachkräftemangel“, sind sich die fünf Herren einig. „Uns eint die Überzeugung, dass nicht jeder das Rad neu erfinden muss. Gemeinsam und arbeitsteilig kommen wir besser und effizienter ins Ziel. Neben der sehr guten Zusammenarbeit und dem Austausch innerhalb des Landkreistags geht es uns im Rahmen der Kooperation der ‚Jungen Landräte‘ vor allem um ganz praktische, konkrete und arbeitsteilige Zusammenarbeit.“

**Neugebautes Kreistierheim Böblingen in Betrieb gegangen:  
Neue Anlaufstelle für Haustiere in Not und Pensionstiere im Landkreis – Landrat Bernhard: „Eines der modernsten Tierheime in Deutschland“**

Wer von Ehningen nach Böblingen fährt oder umgekehrt wird unweit der Kreuzung mit der B 464 das neue Kreistierheim nicht übersehen können. Wo man früher in der Kreisautoverwertung alte Karossen ausgeschlachtet hat, ist ein stattliches Gebäude entstanden mit Platz für 50 Hunde, 80 Katzen und 100 Kleintiere. Das Kreistierheim ist am 2. März 2019 in Betrieb gegangen. Rund 30 Hunde, Katzen und Kleintiere sind vom bisherigen Tierheim des Tierschutzvereins einige hundert Meter weiter in das neue Kreistierheim in der Herrenberger Straße 210 umgezogen. Nach dem Spatenstich am 10. Mai 2017 und dem Richtfest am 9. Mai 2018 wurde der Bau nun fertiggestellt. Die Baukosten betragen rund 5 Mio. Euro.

„Der Neubau zeigt, dass der Tierschutz für den Landkreis Böblingen einen hohen Stellenwert besitzt, für den wir uns weit über unsere Pflichtaufgabe als Veterinär-Aufsichtsbehörde hinaus engagieren. Mit seiner Infrastruktur zählt das Gebäude zu den modernsten Tierheimen in Deutschland“, so der Landrat Roland Bernhard zum Engagement des

Landkreises für die Tiere. Die Räume des neuen Gebäudes sind hochprofessionell. Im Vordergrund stehen die Funktionalität mit kurzen Wegen für den Betrieb, das Tierwohl (Außengehege) und die schnelle Vermittlung für die Reduzierung der Betriebskosten. Der eingeschossige, rein zweckorientierte Gebäudekomplex macht die separate Unterbringung der verschiedenen Tierarten möglich. Es gibt ein tierfreundliches Hundehaus, ein Katzenhaus und ein Kleintierhaus. Ein Quarantäne-Bereich ist im medizinischen Bereich vorhanden. Es gibt ein Wirtschaftsgebäude und ein Verwaltungsgebäude mit Sozial- und Wohnräumen.

Roland Bernhard und die beiden Vorstände der Kommunalanstalt Kreistierheim Björn Hinck und Wolf Eisenmann sowie die Leiterin des Kreistierheims dankten Anna Faix vom Vorstand des Tierschutzvereins für die gelebte Zusammenarbeit und große Unterstützung vor und bei dem Umzug, der den Tieren diesen schwierigen Schritt in die neue Unterbringung erheblich erleichtert hat. Damit hat sich die von der Kommunalanstalt und dem Tierschutzverein geschaffene Vereinbarung zur Kooperation und zünftigen Aufgabenverteilung vom November letzten Jahres hinreichend bewährt. Hintergrund ist, dass der Verein in seinem Tierheim bislang gegen Entgelt auch Fundtiere für die Kommunalanstalt versorgte, die Anstalt diese Aufgabe aber mit Fertigstellung selber übernimmt. Da das neue Kreistierheim auch alle anderen Aufgaben des operativen Tierheimbetriebes in optimaler Weise mitübernehmen kann, wird sich der Tierschutzverein künftig in seinem Tierschutzheim wieder mehr seinen Kernkompetenzen widmen und den Verein familiär und neu ausrichten. Er wird sich vor allem der Versorgung besonders hilfsbedürftiger Tiere, die besonderer Aufmerksamkeit und Pflege bedürfen, nachkommen und den Tierschutzgedanken in allen gesellschaftlichen Bereichen propagieren. Auch die 2017 neugebaute



Hundetagesstätte, in der die Vierbeiner der arbeitenden Bevölkerung täglich liebevoll betreut und beschäftigt werden, wird der Verein weiter betreiben. Das neue Konzept wird an der kommenden Mitgliederversammlung im April 2019 vorgestellt.

Im neuen Kreistierheim arbeiten zunächst sieben fest Beschäftigte, darunter drei ehemalige Bedienstete des bisherigen Tierheims, bevor Menschen mit Handicap von den gemeinnützigen Werkstätten hinzukommen. Neben den Fundtieren lässt sich mit diesem Personal auch die Unterbringung von abgegebenen und vorübergehend in Pflege gegebenen Tieren (Pensionstiere) sicherstellen. Neu ist die Beschäftigung einer eigenen Tierärztin und tiermedizinischen Fachangestellten, um die tierärztliche Versorgung zu effektivieren. Ferner verfügt der Neubau über viele Quarantäneplätze, um die Ansteckung gesunder durch kranker Tiere zu vermeiden. Die Tiere werden also beste Voraussetzungen vorfinden.

Wie wichtig auch der Kommunalanstalt das ehrenamtliche Engagement der rund 100 Personen ist, die mit den Tieren Gassi gehen, oder verwilderte Katzen zur Kastration bringen, so Bernhard, Hinck und Eisenmann, soll die Einladung der wichtigen Unterstützer mit ihrem großem Herz für Tiere zum Kennenlernen des

Neubaus, zur Vermittlung von Informationen und zur Bitte um Fortsetzung ihres ehrenamtlichen Tuns für die Kommunalanstalt zum ersten Tag des Betriebs unterstreichen. „Unser Dank gilt hier in besonderer Weise Frau Anna Faix und dem gesamten Tierschutzerteam, die die Einladung versandt und damit erst möglich gemacht hat“, hoben Bernhard, Hinck und Eisenmann vor dem abschließenden Imbiss hervor.

Die Kontaktdaten des Kreistierheims sind:

Kreistierheim Böblingen  
Selbstständige Kommunalanstalt  
Herrenberger Straße 210  
71034 Böblingen  
Telefon: 0 70 31/6 63 27 51  
Fax: 0 70 31/66 39 27 51  
E-Mail: kreistierheim@lrabb.de

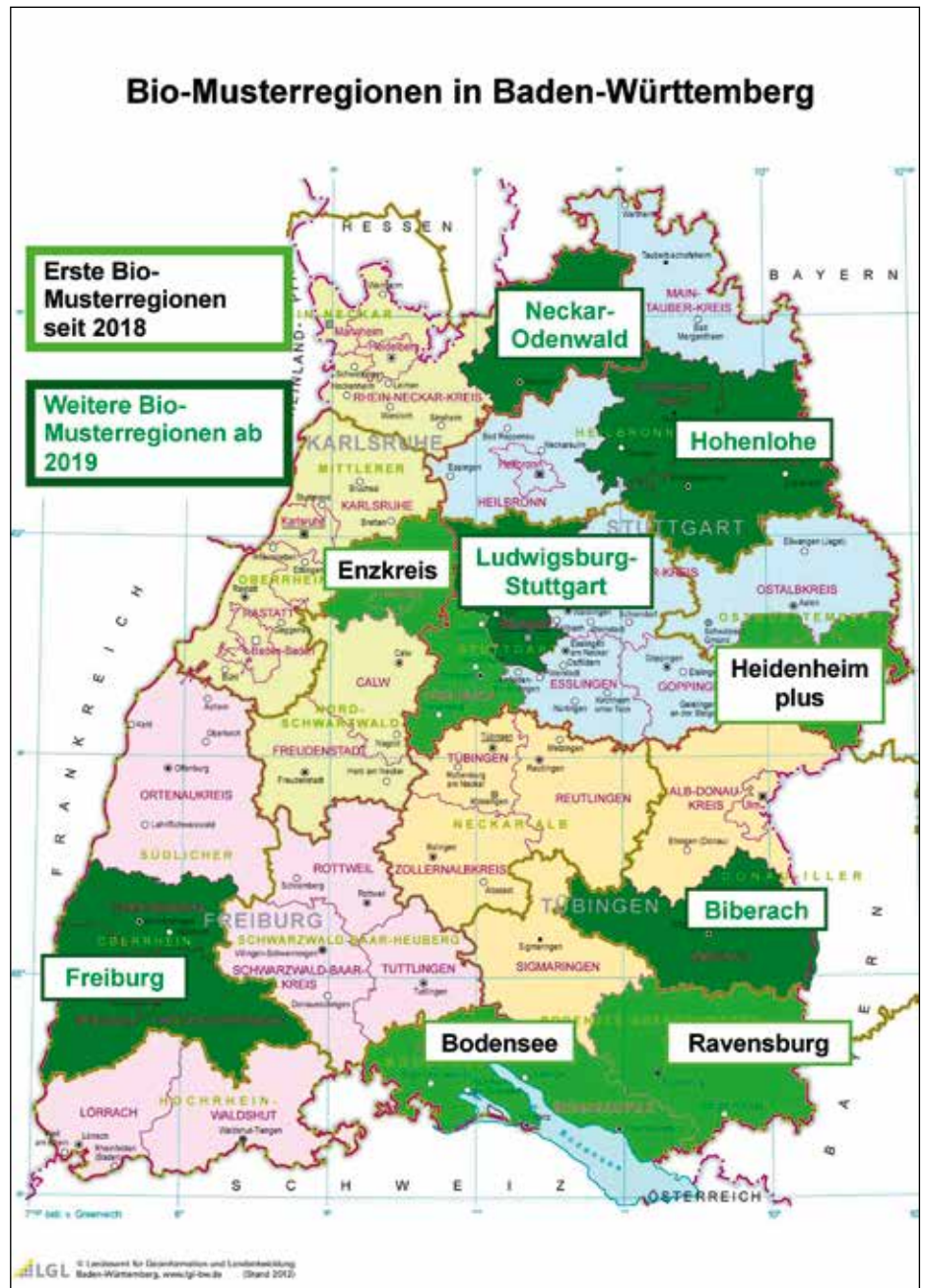
#### *Hintergrundinformationen*

Im Dezember 2015 machte ein einstimmiger Kreistagsbeschluss den Weg für den Neubau frei. Bis zum Richtfest waren noch einige Herausforderungen zu bewältigen. So verstarb der mit dem Neubau beauftragte Architekt Michael May am 21. Januar 2018 plötzlich und unerwartet. Da es sich beim Grundstück um die ehemalige Kreisautoverwertung handelt, haben auch Schrottallasten im Boden, zwei Bomben- und ein Granatenfund sowie umfangreiche Geneh-

mitmigungsaufgaben zum Lärmschutz für den Neubau zu Mehrkosten des insgesamt rund 5 Millionen EUR teuren Baus geführt. Mit dem Kreistierheim wurde 2016 die erste Kommunalanstalt im Landkreis gegründet. Verwaltungsratsvorsitzender ist Landrat Roland Bernhard. Die beiden Vorstände der Kommunalanstalt sind der Finanzdezernent Björn Hinck und der ehemalige Erste Landesbeamte Wolf Eisenmann.

**Landrat Dr. Achim Brötel:  
Ernennung zur Bio-Musterregion große  
Chance für den Neckar-Odenwald-Kreis**

Groß ist die Freude bei Landrat Dr. Achim Brötel über die durch Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Minister Peter Hauk verkündete Entscheidung, dass der Neckar-Odenwald-Kreis zur Bio-Musterregion ernannt wird. „Der zweite Anlauf unserer Bewerbung war erfolgreich. Das ist eine sehr gute Nachricht für die Region und eine große Chance, um uns in einem zukunftsträchtigen Segment weiter zu profilieren“, sagte der Landrat unmittelbar nach der Bekanntgabe. Es zeige sich, dass Nähe und Transparenz in Zeiten globaler Warenströme immer wichtiger für die Verbraucher seien. Die Erzeugung und unmittelbare Vermarktung lokaler, nachhaltig erzeugter Produkte sei ein nicht zu unterschätzender Mehrwert gerade im ländlichen Raum. Gleichzeitig wies Brötel allerdings auch darauf hin, dass es nicht darum gehe, die konventionelle Landwirtschaft gegen die ökologische auszuspielen: „Beide haben ohne Frage zu Recht ihren ganz eigenen Stellenwert. Und nach dem offiziellen Startschuss in Stuttgart liegt es jetzt an uns, durch die Einrichtung eines Regionalmanagements und die enge Zusammenarbeit aller landwirtschaftlichen Betriebe etwas aus der Ernennung zu machen. Wir stehen jedenfalls in den Startlöchern und danken dem Land ganz ausdrücklich für das in unsere Region gesetzte Vertrauen.“



**Département Bas-Rhin und  
Ortenaukreis setzen weiterhin  
auf Zusammenarbeit –  
Zum jährlichen politischen Austausch  
hatte Präsident Bierry Landrat Scherer  
nach Straßburg eingeladen**

Seit der Besiegelung einer engeren Partnerschaft zwischen dem Département Bas-Rhin und dem Ortenaukreis im Januar 2017 treffen sich Präsident Frédéric Bierry und Landrat Frank Scherer regelmäßig am Jahresbeginn zum politischen Austausch. Diesmal hatte Bierry Scherer

nach Straßburg eingeladen, um über die Zusammenarbeit in den Themen Mobilität, Jugend, Beschäftigung, Zweisprachigkeit und Kinderschutz zu beraten und Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

„Der von Frankreich und Deutschland am 22. Januar 2019 unterschriebene Aachener Vertrag bietet viele neue Möglichkeiten im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dabei möchten wir insbesondere Vorhaben unterstützen, die den Alltag der Menschen in unserem Grenzgebiet erleichtern und



**Fingerzeig in eine gemeinsame grenzüberschreitende Zukunft –**  
**Von links nach rechts: Frédéric Bierry, Präsident des Départements Bas-Rhin, Landrat Frank Scherer,**  
**Rémi Bertrand, Vize-Präsident des Départements Bas-Rhin**

spürbar verbessern“, so Landrat Scherer. Im Fokus stehe dabei beispielsweise die Weiterentwicklung der Verkehrsverbindungen über den Rhein für die Region und Europa. „Der Ausbau des grenzüberschreitenden Verkehrs wird den Austausch erleichtern und das Leben der Menschen in unserer gemeinsamen Region spürbar verbessern“, teilt Präsident Bierry mit. Dass der grenzüberschreitenden Region bei der Gestaltung der europäischen Verkehrsbeziehungen eine zentrale Rolle zukomme, darüber waren sich Scherer und Bierry einig. „Unsere politischen Anstrengungen und das gemeinsame Schreiben an die Verkehrsminister beider Länder wegen der dringend notwendigen Ertüchtigung der Bahnstrecke bei der ‚Appenweierer Kurve‘ haben Früchte getragen“, freute sich Bierry. „Das Vorhaben wurde in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen“, bestätigte Scherer.

Thema der Treffens waren weitere grenzüberschreitende Verkehrsprojekte, wie die mögliche Ausweitung der Eurodistrikt-Sonderbuslinie „Erstein–Lahr“ zu einer Regiobuslinie, die Busanbindung des Europäischen Forums am Rhein in Neuried sowie eine mögliche grenzüber-

schreitende Buslinie zwischen Gamsheim und Rheinau-Freistett. „An diesen Projekten bleiben wir dran, ebenso wie an dem Plan einer Umweltverbundbrücke für Busse, Radfahrer und Fußgänger über den Rhein zwischen Schwanau und Gerstheim. Ein 30-Millionen-Euro-Projekt“, informiert der Landrat.

Da der Schlüssel für ein Zusammenwachsen der Region nach Auffassung beider Behördenchefs nicht nur im

grenzüberschreitenden Verkehr, sondern auch in der Beherrschung der Sprache des Nachbarn liege, sollen weiterhin Schnupperpraktika von Schülern in Unternehmen auf der anderen Seite des Rheins sowie Schulpartnerschaften und Kurzpraktika in der jeweiligen Partnerverwaltung unterstützt und angeboten werden.

Hoffnung setzen die beiden Verwaltungen in die Einrichtung einer speziellen elsässischen Gebietskörperschaft, der „Collectivité Européenne d’Alsace“. Das in dieser neuen Struktur liegende Potenzial werde eine weiter reichende grenzüberschreitende Zusammenarbeit ermöglichen. „Diese neue Gebietskörperschaft wird nicht nur über die Zuständigkeiten eines Départements verfügen, sondern darüber hinaus mit zusätzlichen und besonderen Kompetenzen ausgestattet sein. Dies gilt unter anderem für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die federführende Rolle der neuen Körperschaft in diesem Bereich“, so Bierry. „Zudem werden die Bereiche Zweisprachigkeit, Wirtschaftsförderung, Verkehr und Mobilität sowie Kultur gestärkt, so dass die neue Verwaltungsstruktur ein Motor des europäischen Aufbaus und eine feste Größe



**Von links nach rechts: Präsident Frédéric Bierry und Vize-Präsident Rémi Bertrand begrüßen**  
**Landrat Frank Scherer im Konferenzraum des Départements Bas-Rhin.**

am Oberrhein wird“, hielt Bierry abschließend fest.

Das Département Bas-Rhin ist mit 1,1 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Gebiet in der neuen Region Grand Est, das sich auf 4755 Quadratkilometern erstreckt. Zwischen Vogesen und Rhein gelegen, reicht das Gebiet nördlich an das Bundesland Rheinland-Pfalz und südlich bis zur Gemeinde Marckolsheim. Die Zuständigkeiten des Départements liegen seit der Gebietsreform in Frankreich schwerpunktmäßig im Bereich Soziales, Bildung und Sport, Kultur und Tourismus sowie Infrastrukturmaßnahmen.

Der Ortenaukreis ist mit 1850 Quadratkilometern der flächenmäßig größte Landkreis Baden-Württembergs mit rund 430 000 Einwohnern. Im Westen bildet der Rhein die über 60 Kilometer lange Grenze zu Frankreich und zum Département Bas-Rhin, im deutschen Sprachgebrauch auch Unterelsass genannt; im Osten erstreckt sich das Kreisgebiet bis in die Höhenlagen des Schwarzwalds. Die Zuständigkeiten des Landkreises reichen von Infrastrukturen über Soziales, Ländlicher Raum, Sicherheit und Ordnung bis zu Gesundheit und Umwelt.

**Minister Wolf zu Gast  
im Rems-Murr-Kreis –  
Auf dem Programm standen Einblicke  
in die Remstal Gartenschau 2019,  
die Verwendung von EU-Fördermitteln  
und eine Diskussion mit Schülern  
zu Europa**

Guido Wolf, Minister der Justiz und für Europa, hat am 13. März 2019 den Rems-Murr-Kreis besucht. Auf dem Programm seiner Tour durch den Landkreis standen das geplante Justizzentrum auf dem früheren Klinikareal sowie Gartenschauprojekte in Waiblingen, eine mit Leader-Mitteln modernisierte Arztpraxis in Murrhardt sowie ein Erasmus+-Projekt an der Eduard-Breuninger-Schule in Backnang.



Von links: Waiblingens Oberbürgermeister Andreas Hesky berichtet Minister Guido Wolf, Staatssekretär Wilfried Klenk und Kreisrat Erich Theile von den Waiblinger Gartenschau-Projekten.

Auf dem früheren Klinikareal in Waiblingen plant das Land ein neues Justizzentrum: Neben dem bestehenden Grundbuchamt sollen die Standorte des Waiblinger Amtsgerichts in einem Neubau, teilweise über der Tiefgarage des früheren Krankenhauses, gebündelt werden. Minister Wolf berichtete, dass der Neubau des Justizzentrums auf der Prioritätenliste des Justizministeriums ganz oben stehe, dies vor allem mit Blick auf die Sicherheit – für Mitarbeiter und Prozessbeteiligte –, aber auch, um die Arbeitsabläufe effizienter zu machen. Das Grundbuchamt nehme in Sachen Digitalisierung eine Vorbildrolle im Land ein, so der Minister.

„In Zeiten des steigenden Flächenbedarfs hat diese Lösung Modellcharakter für die Region: Auf diese Weise können zusätzliche Nutzflächen geschaffen werden, ohne in die Natur einzugreifen“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel. Auch die Gesamtimmobilienkonzeption der Kreisverwaltung am Alten Postplatz sieht eine Überbauung des bestehenden Parkdecks vor. Angesichts des Wohnraummangels hatte das Landratsamt von den ursprünglichen Plänen, auf dem früheren Krankenhausareal das Sozialdezernat der Kreisverwaltung unterzubringen,

Abstand genommen. Dadurch können auf dem Gelände insgesamt mehr als 200 Wohnungen plus eine viergruppige Kita entstehen.

Waiblingens Oberbürgermeister Andreas Hesky sagte: „Die Zusammenfassung der heute über das Stadtgebiet verteilten Amtsgerichtsstandorte an zentraler Stelle gibt der Justiz die Chance, Synergien durch ein Miteinander in einem Gebäude zu heben und neue, moderne Arbeitsplätze zu schaffen, die zur Attraktivität des Arbeitsplatzes ‚Amtsgericht Waiblingen‘ beitragen. Auch für die Stadt Waiblingen bietet das Justizzentrum eine städtebauliche Chance, da die frei werdenden Amtsgerichtgebäude neuen Nutzungen zugeführt werden können.“ Von der Aufenthaltsqualität der Waiblinger Innenstadt und der Talauwe konnte sich Minister Wolf bei einem Spaziergang überzeugen. Oberbürgermeister Andreas Hesky berichtete dort von den vielfältigen Beiträgen zur Remstal Gartenschau 2019, bei denen ein Schwerpunkt auf der Kunst liegt. „Die direkt an die Altstadt angrenzende Talauwe ist ein enorm wichtiger Naherholungsbereich. Mit den Investitionen für die Remstal Gartenschau, die auch über das Veranstaltungsjahr hinaus nachhaltig



die Talau und die Remsuferbereiche aufwerten, wird deren touristisches Potential verstärkt“, führte OB Hesky mit Blick auf die Tourismuszuständigkeit von Minister Wolf aus. „Der neue Wohnmobilstellplatz erfreut sich schon heute großer Beliebtheit. Durch Fuß- und Radwege bestens erschlossen gelangt man zu neuen besonderen Orten, wie der Kunstlichtung, dem Remsdeck, dem Flachwasserbiotop und dem Skatepool“. „2019 locken gleich drei große Events in den Rems-Murr-Kreis: Neben der Remstal Gartenschau finden die Heimattage des Landes Baden-Württemberg in Winnenden statt und wir feiern 40 Jahre Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel. „Wir möchten den Besucherinnen und Besuchern gemeinsam mit den Städten und Gemeinden zeigen, wie lebenswert unser Landkreis ist.“

Europa war ein weiteres Thema der Tour durch den Landkreis: Zunächst besuchte Minister Wolf eine Arztpraxis in Murrhardt, die über das LEADER-Programm mit EU-Mitteln modernisiert werden konnte. Dank der Mittel aus Brüssel kann somit auch dem Ärztemangel im ländlichen Raum entgegengewirkt werden – und das mit einer zeitgemäßen und barrierefreien Praxis.

Wie können sich Schüler auf den europäischen Arbeitsmarkt vorbereiten? Um diese Frage ging es beim Erasmus+-Projekt der Eduard-Breuninger-Schule in Backnang. Gemeinsam mit den Partnerschulen in Spanien, Italien und Polen absolvieren die Schüler Bewerbungstrainings und lernen Betriebe kennen.

Nach einer kurzweiligen Vorstellung des Projekts ermutigte Europaminister Guido Wolf in einer Diskussionsrunde die Schüler, die großen Chancen zu nutzen, die die Europäische Union gerade für junge Menschen bietet: „Die Europäische Union eröffnet der Jugend Perspektiven, die noch vor zwei Generationen undenkbar waren. Reisen ohne Grenzkontrollen, eine einheitliche Währung, ein europäischer Arbeitsmarkt, aber auch finan-

ziell geförderte Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler wie ERASMUS+. Nutzt diese großartigen Chancen und erfüllt die europäische Idee mit Leben!“ Aus diesen großen Chancen, so Wolf, erwachse aber auch eine besondere Verantwortung der Jugend für das vereinte Europa: „Seht alles das nicht als selbstverständlich an. Mischt Euch ein. Diskutiert mit und verteidigt unser Europa der Freiheit, des Wohlstands und der Chancen.“

#### *Europa in der Region Stuttgart*

Im Rahmen der Aktion „So ist S“ gibt es auf der Internetseite und in den Social-Media-Kanälen der Region Stuttgart weitere Informationen – auch zu Projekten aus der Region, die mit EU-Mitteln gefördert werden.

#### **Landrat Bauer heißt polnische Delegation willkommen**

Immer wieder gerne zu Gast im Landkreis Schwäbisch Hall ist Bogdan Klimczuk, Direktor der Europäischen Schule im polnischen Zamość. Diesmal brachte er eine Delegation Lehrerinnen und Lehrer mit, die verschiedene Stationen im Haller Landkreis, unter anderem die Gewerbliche Schule in Schwäbisch Hall und auch die Firma Optima, besuchten. Die Delegation war sehr beeindruckt

vom dualen Ausbildungssystem in Deutschland. Landrat Gerhard Bauer freute sich über die Zusammenarbeit, die auch unter dem neuen Landrat Stanislaw Grzesko in Zamość weiter ausgebaut werden soll. Besonders der Schulleiter der Gewerblichen Schule Schwäbisch Hall, Ernst-Michael Wanner, engagiert sich sehr für die Erasmus-Plus-Projekte. Bereits in den nächsten Wochen könnte für ein neues gemeinsames Projekt eine EU-Förderung beantragt werden, in dem es vor allem um Abfall-, Umwelt- und Ausbildungsthemen gehen soll.

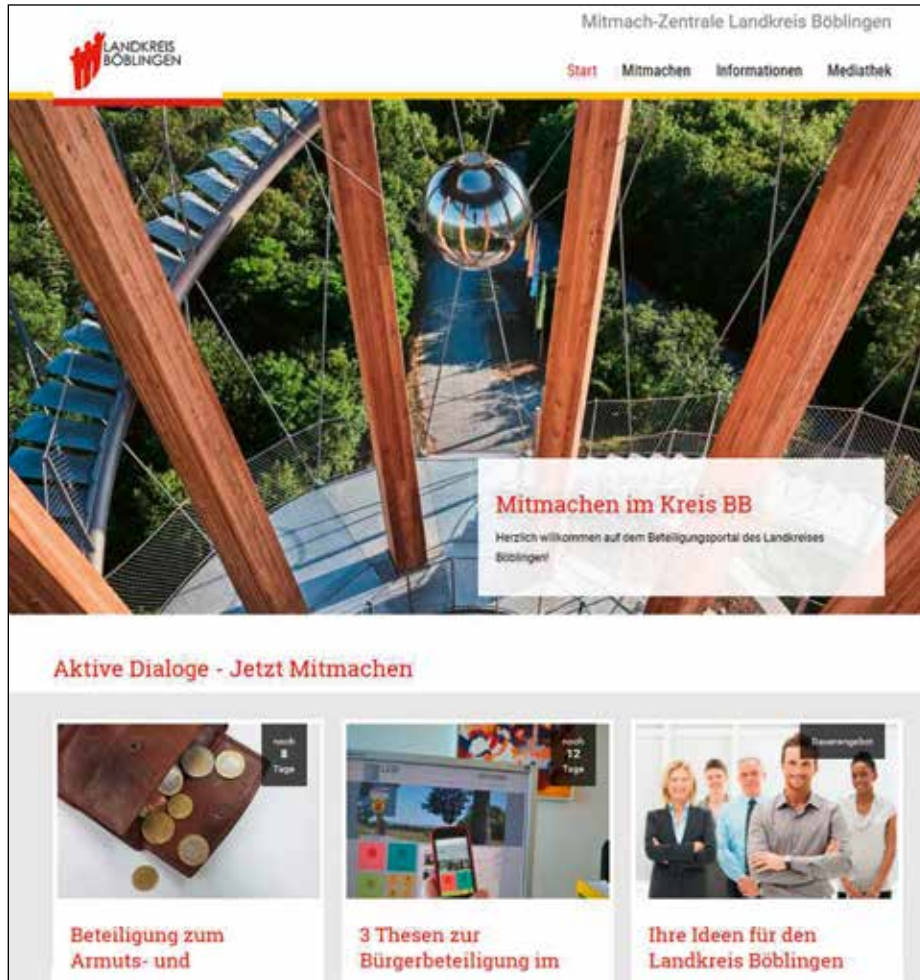
### Digitalisierung

#### **Eröffnung des Zentrums für Digitalisierung im Landkreis Böblingen: Erster regionaler Digital Hub in Baden-Württemberg feiert offizielle Eröffnung im Böblinger Herman-Hollerith-Zentrum – Anlaufstelle für Digitalisierung für Unternehmen aus der Region Stuttgart**

Die Digitalisierung und der mit ihr im Zusammenhang stehende digitale Wandel ist eines der aktuell wichtigsten Themen für das Land Baden-Württemberg. Aus diesem Grund hat sich das Wirtschafts-



**Landrat Gerhard Bauer (Bildmitte) inmitten von Schulleiter Ernst Michael Wanner und Bogdan Klimczuk sowie Kreiskämmerer Werner Schmidt und den polnischen Lehrerinnen und Lehrern**



ministerium für die Einrichtung von zehn sogenannten regionalen Digital Hubs entschieden. Die erste offizielle Eröffnung eines solchen Zentrums für Digitalisierung ist am 4. Februar 2019 in Böblingen erfolgt. Wirtschafts- und Arbeitsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut war zur feierlichen Eröffnung in Böblingen und betonte den hohen Stellenwert des Projektes. „Ich freue mich, dass von der heutigen offiziellen Einweihung in Böblingen ein zusätzlicher Impuls für unsere regionalen Digital Hubs ausgeht. Unser klarer Anspruch ist es, dass Baden-Württemberg auch im digitalisierten Zeitalter führender Innovations- und Wirtschaftsstandort Europas bleibt. Das funktioniert jedoch nur, wenn auch unsere kleinen und mittleren Unternehmen hier Schritt halten. Mit dem regionalen Digital Hub unterstützen wir gezielt gerade diese Unternehmen

bei digitalen Innovationen und bringen damit die Digitalisierung in der Region insgesamt voran“, so die Ministerin. „Ich freue mich, dass der Digital Hub für Unternehmen aus der Region Stuttgart hier in Böblingen entstanden ist. Unser Zentrum für Digitalisierung (ZD.BB) ist ein wichtiges Element in unseren Anstrengungen, den Landkreis als Wirtschaftsstandort auf die Anforderungen der Digitalisierung vorzubereiten. Mit dem ZD.BB schaffen wir eine Anlaufstelle für kleine und mittlere Unternehmen“, erklärte Landrat Roland Bernhard in seiner Begrüßung die Bedeutung der Einrichtung. Mit der Eröffnung geht auch die eigentliche Arbeit für Dr. Claus Hoffmann los, der Geschäftsführer des ZD.BB: „Die Aufbauarbeit der letzten Monate ist erfolgreich abgeschlossen. Ab sofort bieten wir kleinen und mittleren Unternehmen eine durchgehende Beratung und Be-

treuung für ihre digitalen Transformationsprozesse an. Ob sie nun am Anfang der Digitalisierung stehen, eine Analyse anfordern oder schon weiter bei der Entwicklung digitaler Lösungen sind – wir bieten Unterstützung aus einer Hand.“ Ein weiterer Schwerpunkt ist die Qualifizierung von Mitarbeitern, um in den Unternehmen fundiertes Wissen über Digitalisierungsprozesse aufzubauen. Hochschul-Präsident Prof. Dr. Hendrik Brumme freute sich sehr darüber, dass das Herman Hollerith Zentrum, ein Lehr- und Forschungszentrum der Hochschule Reutlingen, nun ein Teil des Digital Hubs ist: „Die Hochschule Reutlingen hat sich 2013 mit der Einrichtung des Herman Hollerith Zentrums eine klare Ausrichtung hin zur Digitalisierung gegeben. Mit dem Eingebundensein in das Zentrum für Digitalisierung ist nun auf dem Weg dahin ein weiterer Meilenstein geschafft. Unsere Kernarbeit ist die Lehre und Forschung“, so Brumme weiter. „Mit dem Digital Hub haben wir nun die Möglichkeit, zusammen mit den Partnern, Synergien zu schaffen und das Thema der digitalen Transformation direkt mit Unternehmen umzusetzen. Denn wir beschäftigen uns am HHZ damit, wie it-gestützt geschäftsrelevante Strategien und Prozesse in der unternehmerischen Wertschöpfungskette substantiell unterstützt werden können. Das





ZD.BB ist am HHZ ideal eingebunden in den akademischen Betrieb. Unternehmen erhalten hier somit Beratung auf dem neuesten Stand der Wissenschaft.“ Innerhalb der Projektlaufzeit von drei Jahren sollen so 80 regionale Geschäftsmodellentwicklungen und fünf Startup-Gründungen im Landkreis und der Region begleitet werden. Grundsätzlich steht das ZD.BB allen kleinen und mittleren Unternehmen offen. Branchenschwerpunkte werden in den bedeutsamen Schlüsselindustrien Automobilbau, Informationstechnologien und wissensintensive Dienstleistungen, wie Forschung und Entwicklung, liegen. Nach Ablauf der drei Jahre soll das Zentrum im Regelbetrieb mit vier Mitarbeitern weiterlaufen und sich durch kos-

tendeckende Einnahmen selbst tragen. Die Konsortialführung des Zentrums für Digitalisierung liegt bei der ZD.BB GmbH des Landkreises Böblingen. Das langfristige Ziel der Gesellschaft ist es, den digitalen Strukturwandel in der Wirtschaft und Bevölkerung des Kreises und der Region aktiv zu unterstützen und mitzugestalten. Neben dem Landratsamt Böblingen sind weitere Konsortialpartner das Herman-Hollerith-Zentrum an der Hochschule Reutlingen, das Softwarezentrum Böblingen/Sindelfingen e.V., die Star Cooperation GmbH, die LGI Logistics Group International GmbH sowie die nuspirit GmbH mit ihrem Coworking Space in Herrenberg. Weitere Netzwerkpartner sind die Fachkräfteallianz Region Stuttgart, Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH, Stadt Böblingen, Stadt Sindelfingen, Kreishandwerkerschaft Böblingen, START HAW, Universität Stuttgart, IHK-Bezirksskammer Böblingen und die IBM Deutschland Research & Development GmbH. Um die Wirtschaft mit ihrem umfangreichen Wissen zum digitalen Wandel noch stärker in die Arbeit der ZD.BB GmbH einzubinden, werden Partner aus der Wirtschaft als beratende Mitglieder in den Aufsichtsrat der ZD.BB GmbH eingebunden.

Das Projekt „Zentrum für Digitalisierung Böblingen (ZD.BB)“ wurde bereits im Februar 2018 beim „Digitalgipfel 2018 – Wirtschaft 4.0 BW“ als einer der zehn

regionalen Digital Hubs vorgestellt, das vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg gefördert werden sollte. Auf Basis des eingereichten Förderantrags erfolgte in der zweiten Stufe die Bewilligung des Vorhabens. Die gesamten Projektausgaben in den nächsten drei Jahren liegen bei rund 1,8 Mio. Euro. Das Projektvorhaben wird mit einem Zuschuss des Wirtschaftsministeriums in Höhe von knapp 942 000 Euro gefördert.

### Spitzenplatz bei Breitband-Förderung für den Kreis Calw

Wie aus der zu Jahresbeginn veröffentlichten Jahresbilanz zum Breitbandausbau des Landes Baden-Württemberg hervorgeht, belegt der Landkreis Calw bei der Förderung für den Ausbau der Breitbandversorgung 2018 einen Spitzenplatz

Der Eigenbetrieb Breitband Landkreis Calw (EBLC) erhielt im vergangenen Jahr für seine Maßnahmen zum Erreichen einer flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet im Landkreis Calw Fördermittel in Höhe von rund 12,7 Millionen Euro. Damit erreichte er hinter dem Alb-Donau-Kreis Platz zwei im landesweiten Förder-Ranking.

Die Fördersumme bezieht sich auf 48 Projekte, die zum Teil bereits abgeschlossen wurden, sich aktuell in der Umsetzung befinden oder ab diesem Frühjahr starten. Der zu leistende Eigenanteil des Landkreises Calw für Bau und Technik beläuft sich voraussichtlich auf insgesamt sechs bis sieben Millionen Euro.

„Ich freue mich, dass wir mit der Unterstützung des Landes Baden-Württemberg eine so große Zahl an Projekten im Landkreis Calw realisieren können. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ländlichen und urbanen Raum geleistet, denn die Versorgung mit leistungsfähigen Internetanschlüssen stellt heutzutage einen ganz entscheidenden Standortfaktor dar“, so Landrat Helmut Riegger.



Auch Andreas Knörle, Dezernent im Landratsamt Calw und Geschäftsführer des EBLC zeigt sich mit dem bisher Erreichten zufrieden: „Durch eine innovative Herangehensweise und die sehr gute Zusammenarbeit mit unseren Kreiskommunen und dem Land Baden-Württemberg ist es dem Kreis Calw gelungen, binnen kürzester Zeit einen großen Schritt in Richtung flächendeckender Breitbandversorgung zu machen. Dabei nehmen wir in der ländlich geprägten Region Nordschwarzwald die Stellung als Impulsgeber und Treiber ein, wodurch letztlich die gesamte Region profitiert.“

Insgesamt bewilligte das Land Baden-Württemberg für den Breitbandausbau im Jahr 2018 rund 112 Millionen Euro Fördermittel für 541 Projekte. Weitere Informationen sind auf der Internetseite des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg unter <https://im.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/jahresbilanz-breitbandausbau-2018/> zu finden.

### **Landratsamt Karlsruhe digitalisiert Rechnungsbearbeitung – Eingehende Rechnungen werden von der Kreisverwaltung als eine der ersten im Land vollelektronisch bearbeitet**

Im Rahmen seiner Digitalisierungsoffensive hat das Landratsamt Karlsruhe die elektronische Rechnungseingangsbearbeitung eingeführt. Am 18. Februar 2019 nahmen Landrat Dr. Christoph Schnaudigel und der ITEOS-Vorstandsvorsitzende William Schmitt das System in Betrieb und gaben auf einem mobilen Endgerät die erste elektronische Rechnung zur Auszahlung frei, die im Landratsamt zuvor ausschließlich digital bearbeitet worden war.

Ab sofort können Rechnungen, die in elektronischen Formaten beim Landratsamt eingehen, vollautomatisch in einem digitalen Prozess abgewickelt



**Haben den Startschuss für die E-Rechnung gegeben: (v. r. n. l.) Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, ITEOS-Geschäftsführer William Schmitt, Finanzdezernent Ragnar Watteroth und Sabine Eisemann.**

werden: von der Annahme über die Verarbeitung bis hin zur Auszahlung und Archivierung. Die Mitarbeiter können sich damit ganz auf die inhaltliche Kontrolle, Kontierungsprüfung und Freigabe des Rechnungsbetrages konzentrieren. „Ein wesentlicher Vorteil ist, dass keine Medienbrüche und Zwischenschritte in Papier mehr erfolgen und damit lange Laufzeiten über verschiedene Stationen vermieden werden“, sagte Landrat Dr. Christoph Schnaudigel. Im Idealfall werde eine auf diese Weise gestellte Rechnung an den Landkreis bereits wenige Minuten nach dem Eingang bezahlt. Dies sei für den Rechnungssteller und auch für die Behörde von Vorteil. Der Landrat hofft deshalb, dass möglichst viele Unternehmen diese neue Art der Rechnungserstellung nutzen. Mit dem IT-Dienstleistungsunternehmen ITEOS, einer Anstalt des öffentlichen Rechts in gemeinsamer Trägerschaft des Landes und der Kommunen von Baden-Württemberg, habe man einen kompetenten Partner für die Umsetzung gefunden, mit dem die neue Art der Rechnungserstellung nun auch beginnt.

„Die Lösung setzt über die gesetzlichen Vorgaben zum elektronischen Rechnungsempfang hinaus auch gleich das dahinterstehende Ziel der automatisierten elektronischen Weiterverarbeitung einer Rechnung vollständig um und setzt damit neue Standards. Die mobile Anbindung der SAP-Umgebung war in diesem Kontext noch einmal eine besondere Herausforderung, ist aber unverzichtbar, um den digitalen Alltag aus Anwendersicht vollständig abzubilden“, so William Schmitt, Vorstandsvorsitzender der ITEOS. Er geht davon aus, dass bei den Kommunen im Land das Interesse generell groß sein wird, dem Beispiel des Landratsamtes zu folgen und die vollständige Lösung so schnell wie möglich auch in der eigenen Verwaltung einzusetzen.

Derzeit wird beim Landratsamt das ZUGFeRD-Format eingesetzt. Das X-Rechnungsformat, welches in der 23. Sitzung des IT-Planungsrats für Bund und Länder am 22. Juni 2017 festgelegt wurde, kann ebenfalls integriert werden. Mit Einführung der E-Rechnung erfüllt die Kreisverwaltung heute schon die künf-

tige Verpflichtung zur Annahme und Verarbeitung elektronischer Rechnungen, die für alle öffentlichen Auftraggeber am 18. April 2020 in Kraft tritt.

**Neue digitale Teilnehmungsplattform des Landkreises Böblingen – Landrat Bernhard: „Bürgerinnen und Bürger können sich künftig online in Projekte des Kreises einbringen“ – Erstes Teilnehmungsformat zum Armuts- und Reichtumsbericht des Landkreises**

Der Landkreis Böblingen hat eine neue digitale Teilnehmungsplattform ins Leben gerufen. Ziel ist es, darüber den Bürgerinnen und Bürgern eine Teilnehmung bei Projekten des Landkreises zu ermöglichen. Grundlage der Plattform ist die Leitlinie zur Bürgerteilnehmung, die der Kreistag im vergangenen Herbst beschlossen hat. Als erstes Teilnehmungsformat der Plattform sind die Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, ihre Meinungen und Ideen zum Armuts- und Reichtumsbericht des Landkreises einzubringen.

„Wir wollen bei wichtigen Vorhaben des Landkreises die Bevölkerung noch früher und besser einbinden“, so der Landrat Roland Bernhard zum neuen Angebot der Kreisverwaltung. „In Zeiten der Digitalisierung ist die Plattform eine moderne, einfache Möglichkeit für jeden sich einzubringen.“ Bis zum 24. Februar 2019 konnten die Bürgerinnen und Bürger zum Entwurf des ersten Armuts- und Reichtumsberichts des Kreises Stellung beziehen und eigene Maßnahmen vorschlagen. Die Meinungen und Ideen fließen dann in den weiteren Entscheidungsprozess des Kreistages mit ein. Die Plattform bietet außerdem dauerhaft die Möglichkeit, Ideen für den Landkreis Böblingen einzureichen. Der offene Ideendialog steht bereits zum Start zur Verfügung. Zudem möchte der Landkreis am Beispiel von drei Thesen wissen, wie die Bürgerinnen und Bürger im Kreis sich Teilnehmung vorstellen. Die Online-Platt-

form ist erreichbar unter [www.mitmachen-kreisbb.de](http://www.mitmachen-kreisbb.de). Eine vorherige Anmeldung ist nicht notwendig.

**„Schnell“ nur als Zwischenziel: Landkreis, Kommunen und Wirtschaft im Neckar-Odenwald-Kreis ziehen eine überaus positive Bilanz rund ein Jahr nach Ende des Breitbandausbaus – Weitere Ausbauprojekte in der Planung**

Seit rund einem Jahr ist der Neckar-Odenwald-Kreis flächendeckend mit schnellem Internet versorgt. Nach zwei Jahren Bauzeit konnten Landkreis und Kommunen zusammen mit der Telekom als Partner zu Beginn des Jahres 2018 den Abschluss des ehrgeizigen Projektes feiern. Seither stehen für 97 Prozent aller Anschlüsse Geschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s im Download und 40 Mbit/s im Upload zur Verfügung. Der Kreis war damit der erste Landkreis in Baden-Württemberg, der seinen Bürgerinnen und Bürgern eine flächendeckende Breitbandversorgung in dieser Qualität und Leistungsfähigkeit geboten hatte. 9,6 Millionen Euro hatten der Kreis sowie die Städte und Gemeinden dafür in die Hand genommen.

Nun, nach einem Jahr mit Höchstgeschwindigkeiten auf den Datenauto-

bahnen, zieht Landrat Dr. Achim Brötel eine überaus positive Bilanz, auch angesichts eines schleppenden Ausbaus andernorts. „Man darf nicht unterschätzen, dass die inzwischen schon fast zur Normalität gewordenen hohen Verbindungsgeschwindigkeiten für viele Haushalte von großer Bedeutung sind“, so Brötel. Dies zeige die hohe Nachfrage, von der die Anbieter berichten. „Vor allem aber stärken die schnellen Leitungen den Wirtschaftsstandort mit seinen vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen. Es vergeht eigentlich kein Firmenbesuch, in dem das nicht ausdrücklich betont und gelobt wird.“ Die Firmen setzen dabei auch darauf, dass schon in absehbarer Zeit und ganz ohne weiteren Ausbau Geschwindigkeiten von bis zu 250 Mbit/s im Download erreicht werden können. Möglich macht dies die sogenannte Super-Vectoring-Technologie, mit deren Einführung die Telekom auch im Kreis bereits begonnen hat. Notwendig sind so hohe Geschwindigkeiten unter anderem für zukünftige Anwendungen im Bereich „Virtual Reality“. Um diese zu bekommen, müssen jedoch separate Verträge abgeschlossen werden.

Viele positive Rückmeldungen erhielt auch Bürgermeister Thomas Ludwig,



Glasfaserleitungen direkt bis zu möglichst vielen Gebäuden ist das Ziel im Neckar-Odenwald-Kreis.

Vorsitzender des Kreisverbands des Gemeindetags: „Der kreisweite Breitbandausbau hat unseren Bürgerinnen und Bürgern endlich den Komfort bei der Internetnutzung gebracht, der heutzutage landauf, landab als selbstverständlich erachtet wird. Aus Sicht unserer Städte und Gemeinde ist hervorzuheben, dass wir damit sowohl für Familien als auch für Unternehmen noch attraktiver geworden sind. Im Wettbewerb um Einwohner ist das schnelle Internet ein großer Vorteil.“ Ähnlich äußert sich der kommissarische Standortleiter der IHK Rhein-Neckar in Mosbach, Dr. Andreas Hildenbrand: „Ein leistungsfähiger Zugang zum Internet ist heute für viele Betriebe so wichtig wie eine zuverlässige Versorgung mit Strom und Wasser. Er ist mitentscheidend für die Attraktivität des Neckar-Odenwald-Kreises als Wirtschaftsstandort.“ Aus Sicht des Handwerks betont Geschäftsführer Michael Windmeißer von der Kreishandwerkerschaft: „Das stark gestiegene Service-Angebot für die Kunden sowie die Arbeit mit großen digitalen Datenmengen in den Handwerksunternehmen ist hier nun ein echter Standortvorteil. Weitere Investitionen in diese Richtung sind sehr zu begrüßen.“

Einigkeit herrscht also darüber, dass der Breitbandausbau ein wichtiger Schritt

war, aber eben auch nur ein Zwischenschritt. Alle Akteure hätten nun Zeit und den Handlungsspielraum auf Basis der schnellen Leitungen das langfristige Ziel anzugehen: Die konsequente Fortführung des Ausbaus und letztendlich die Versorgung mit Glasfaser bis in die Gebäude, die so genannte FttB-Technik. Genutzt werden sollen dafür Förderprogramme des Bundes und des Landes. „Deshalb hat die Wirtschaftsförderung des Kreises in Abstimmung mit allen Städten und Gemeinden bereits einen ersten Förderantrag beim Bund eingereicht“, erklärt hierzu der Breitbandbeauftragte beim Landratsamt, Johannes Biste. Möglichst viele der verbliebenen noch unterversorgten Anschlüsse sollen auch in den Genuss des schnellen Internets kommen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Ortsrand- beziehungsweise Außerortslagen wie Weiler. Außerdem sollen aufgrund der besonderen Bedeutung von Bildungseinrichtungen alle Schulen im Kreis direkt mit Glasfaser angebunden werden. Eine bis vor einigen Jahren noch unvorstellbare Versorgung mit einem Gigabit (1000 MBit) ist dort angestrebt.

Ebenso in den Blick gerückt sind die Gewerbegebiete, wo der Breitbandhunger durch den globalen Austausch von Daten oft am größten ist. Abhilfe soll

ein Förderprogramm schaffen, mit dem seit November 2018 speziell die durch Bebauungsplanbeschluss festgelegten Gewerbegebiete mit FttB-Technik ausgebaut werden können. Diese Gebiete hat der Kreis mit Hilfe der Kommunen erhoben und ebenfalls mit in den Bundesförderantrag aufgenommen.

„Wenn die Förderbescheide positiv ausfallen und beim bevorstehenden Ausschreibungsverfahren entsprechende Angebote eingehen, könnte der Ausbau zumindest bei einem Teil der drei Prozent bisher unterversorgten Gebiete, sowie allen Schulen und Gewerbegebieten bereits 2020 stattfinden“, zeigt sich Landrat Brötel optimistisch. Denn schnell auf den Datenautobahnen unterwegs zu sein, sei für den Moment gut, „sehr schnell“ hingegen müsse das Ziel für einen zukunftsfähigen Neckar-Odenwald-Kreis sein.

### **Landratsamt Ortenaukreis startet 2019 als „Future-Community“ ins digitale Zeitalter durch – Förderung von 100 000 Euro für das Projekt Chatbot „Ortena“ entgegengenommen**

*„Ortena, ich brauche einen Termin bei der Zulassungsstelle“, „Hallo Claudia! Gerne reserviere ich dir einen Termin bei der Zulassungsstelle. Folgende Termine sind noch frei:“, „Danke, der 12. 8. um 11 Uhr passt mir gut“, „Okay, dieser Termin ist für dich gebucht. Möchtest du auch gleich ein Wunschkennzeichen reservieren?“*

Ein solcher Dialog soll im Ortenaukreis bald in Form eines neuen, interaktiven Verwaltungs-Service digitale Realität werden. Wer eine Dienstleistung des Landratsamts in Anspruch nehmen will, kann sich dann an einen Chatbot namens „Ortena“ wenden. Chatbot bedeutet im Grunde „Chatten mit einem Roboter“. Er beantwortet über das Internet automatisiert Anfragen von Kunden, erbringt Dienstleistungen oder informiert. Anhand von Schlüsselwörtern er-



Das große Graben soll im Neckar-Odenwald-Kreis nach dem Willen von Landkreisverwaltung und Kommunen weitergehen. So sollen nahezu 100 Prozent der Anschlüsse mit schnellem Internet versorgt werden.



**Nahmen die Förderzusage von Innen- und Digitalisierungsminister Thomas Strobl in Stuttgart entgegen: (v.l.n.r.) Olaf Neumann, Amtsleiter der Zentralen Organisation, Jutta Gnädig, Dezernentin für Zentrale Steuerung sowie Julien Münchbach, Svenja Klein und Clemens Frey von der Zentralen Organisation im Landratsamt Ortenaukreis.**

kennt das System, welches Anliegen der Kunde hat und sucht die passenden Antworten aus der hinterlegten Datenbank heraus.

In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Rust hat sich der Ortenaukreis mit dem innovativen und smarten Chatbot „Ortena“ beim landesweiten Förderprogramm des Ministeriums für Inneres, Digitales und Migration „Future Communities 4.0“ beworben und eine Förderung in Höhe von 100 000 Euro „gewonnen“. „Wir freuen uns sehr, dass unser Konzept des kundenorientierten und interaktiven, digitalen Bürger-Assistenten die Jury überzeugt hat! Mit der Förderung werden wir uns an die Umsetzung des zukunftssträchtigen Projekts machen“, erklären Jutta Gnädig, Dezernentin für Zentrale Steuerung, und Olaf Neumann, Amtsleiter der Zentralen Organisation des Landratsamtes Ortenaukreis, die heute die Förderzusage von Innen- und Digitalisierungsminister Thomas Strobl im Rahmen der Veranstaltung „Morgenstadt-Werkstatt“ des Fraunhoferinstituts in Stuttgart persönlich entgegengenommen haben.

„So ist ein weiteres innovationsgetriebenes und durch starke Kundenorientierung motiviertes Digitalisierungs-Großprojekt in der Ortenau entstanden, das vor allem auch von der engen Kooperation zwischen der Gemeinde Rust und dem Landratsamt Ortenaukreis profitieren wird“, so Gnädig. Den Bürgern und Unternehmen im Ortenaukreis werde damit der Zugang zum Landratsamt und seinen Dienstleistungen weiter erleichtert. „Ortena“ werde darüber hinaus auch die Effizienz der Verwaltungsabläufe steigern. Insbesondere die Beantwortung telefonischer Anfragen, die auf einfache Auskünfte oder einen Standardprozess abzielen, werden dann schneller und automatisiert erfolgen können.

„Ortena“ lernt durch Erfahrungen dazu und kann aufgrund seiner künstlichen Intelligenz durch jeden Dialog noch genauer und schneller Anfragen beantworten. Diese offene, stetig lernende und mit vielen Datenbanken verknüpfbare Struktur des smarten Assistenten hat das Potential für weitreichende Einsatzmöglichkeiten im digitalen Bürger- und Verwaltungsservice.

### **Landkreis Ravensburg geht in Sachen E-Government neue Wege – Bürgerportal startete am 1. April 2019**

Auch digital bürgerfreundlich, mit diesem Motto startete das Bürgerportal des Landkreises Ravensburg am 1. April 2019. Nach der Einführung der Warn-App NINA und der kreiseigenen Abfall-App macht das Ravensburger Landratsamt mit diesem innovativen Angebot den nächsten Schritt in Sachen Bürgernähe und E-Government und ist nun erstmals virtuell rund um die Uhr für seine Einwohner geöffnet. Unter der einprägsamen Internetadresse [www.onlinedienste.rv.de](http://www.onlinedienste.rv.de) können ausgewählte Verwaltungsdienstleistungen online genutzt werden.

„Wir wollen es Ihnen einfach machen!“ Mit diesem Versprechen an die Bürgerschaft gab Landrat Harald Sievers vor rund einem Jahr den Startschuss zur Entwicklung eines Bürgerportals für den Landkreis Ravensburg. Mit Regio IT, einem kommunalen Rechenzentrum aus Nordrhein-Westfalen, holte man sich dazu einen erfahrenen Partner an Bord, der bereits rund 50 Bürgerportale betreibt.

„Unser oberster Grundsatz ist Bürgerfreundlichkeit. Zu einer kontinuierlichen Verbesserung des Bürgerservices gehört es auch, stets auf dem neuesten Stand der Technik zu sein. Daher war es uns wichtig, nicht nur ein weiteres Informationsportal anzubieten, sondern ein Dienstleistungsportal mit echter Interaktionsmöglichkeit zu entwickeln“, erläutert Sievers seine Absichten. Diesem Schritt werden weitere folgen, so Landrat Sievers. Bürgernähe und die Nutzung moderner Medien sind im Ravensburger Landratsamt nämlich Chefsache. Sievers will den Menschen Zeit und kostenintensive Wege ersparen. Das schont, so Sievers, nicht nur Nerven und Geldbeutel, sondern ist auch ein intelligenter Beitrag zum Klimaschutz. Den Zugang zu Dienstleistungen des Landratsamtes nach und nach deutlich vereinfachen, ist sein An-



[www.onlinedienste.rv.de](http://www.onlinedienste.rv.de)

spruch an sich und seine Mitarbeiter. Wichtig ist ihm dabei vor allem auch, dass der Bürger nicht nur einen sicheren, sondern vor allem auch einfachen Zugang zu den amtlichen Dienstleistungen bekommt.

Damit die über das Bürgerportal angebotenen Dienstleistungen komplett online und ohne umständliche Zwischenschritte abgeschlossen werden können, lag der Schwerpunkt bei der Umsetzung deshalb neben einer verschlüsselten Kommunikation mit der Behörde vor allem auch auf der Einbeziehung von gängigen E-Payment-Lösungen wie etwa Paypal, Pay Direct oder Bezahlung per Kreditkarte.

Unter [www.onlinedienste.rv.de](http://www.onlinedienste.rv.de) können sich die Bürgerinnen und Bürger künftig mit ihrer E-Mail-Adresse und einem selbst gewählten Passwort ein Bürgerkonto anlegen und fortan die angebotenen Onlinedienste nutzen. Zur Registrierung und Authentifizierung bei besonders schützenswerten Dienstleistungen wird dabei eine persönliche Online-PIN benötigt, die allen Kreisbürgern vorab per Post zugesandt wurde. Das Einreichen von Anträgen über das Bürgerportal wird durch eine automatische Ausfüllfunktion stark vereinfacht. Der persönliche Postkorb gibt einen Überblick über die eingereichten Anträge und deren Bearbeitungsstand. Und sofern noch offene Fragen zu den gestellten Anträgen bestehen, kann über einen verschlüsselten Kommunikationskanal direkt mit dem entsprechenden Sachbearbeiter Kontakt aufgenommen werden. Überhaupt wurden den Themen Datensicherheit und Datenschutz höchste Priorität eingeräumt. Der Landkreis Ravensburg hat eigens dafür ein IT-Sicherheitsunternehmen mit der Überprüfung des Bürgerportals beauftragt. Ergebnis:

Das Bürgerportal erfüllt die neuesten Sicherheitsstandards und die Kommunikation über den verschlüsselten Postkorb ist sogar um ein Vielfaches sicherer als per E-Mail.

Zum Start des Bürgerportals im April wurden nun in einem ersten Schritt Dienstleistungen aus dem üblicherweise stark frequentierten Abfallbereich umgesetzt. So können zunächst unter anderem Abfallbehälter an- und abgemeldet, Leerungsdaten eingesehen oder Sonderbanderolen und Zusatzsäcke bestellt werden. „Ganz wichtig“ ist Sievers, dass die Dienstleistungen aus dem Bereich der Abfallwirtschaft nur einen ersten Schritt im Online-Angebot des Bürgerportals markieren. Der innovative Landrat hat nämlich bereits weitere Möglichkeiten im Auge, seinen Kreisbewohnern unnötige Behördengänge zu ersparen. So denkt er beispielsweise an die Online-Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten und perspektivisch an die internetbasierte Fahrzeugzulassung. Letztlich soll nach seinen Vorstellungen das Bürgerportal bei allen Angelegenheiten rund um die Kfz-Zulassung den Weg zum Landratsamt ersetzen. „Damit versuchen wir unser Versprechen an den Bürger einzulösen und sind sicher manchen Landkreisen eine Nasenlänge voraus“, freut sich Landrat Sievers.

## Europa

### Zweites Planspiel „Junges Europäisches Parlament“ im Kreishaus Ludwigsburg – „Demokratie lebt von Rede und Gegenrede

Zum zweiten Mal fand das Planspiel „Junges Europäisches Parlament“ (JEP!) am 12. Februar 2019 im großen Sitzungssaal des Ludwigsburger Kreishauses statt. Organisiert wurde das Planspiel vom Kreisverband Ludwigsburg sowie vom Landesverband der Jungen Europäer Baden-Württemberg (JEF), mit Unterstützung der Kreisverwaltung Ludwigsburg. Rund 55 Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Ludwigsburg haben sich am Planspiel beteiligt und damit gezeigt, dass das JEP erneut auf großes Interesse stößt. Sie konnten einen Tag lang in die Rolle von Europaabgeordneten schlüpfen und in verschiedenen Fraktionen und Sitzungen erleben, was es heißt, unterschiedliche politische Positionen zu vertreten, Kompromisse zu finden und über kontroverse Themen auf europäischer Ebene abzustimmen. Hauptamtsleiter Hubert Burkart begrüßte als überzeugter Europäer und Europabeauftragter des Landkreises am Morgen die Teilnehmer und sagte: „Für Europa kämpfen lohnt sich! Es ist wichtig, dass Ihr euch als Jugend engagiert.“ Das Planspiel wird seit 2013 einmal jährlich im Landtag veranstaltet und wurde







durch die Jungen Europäer nun auch auf die Kreisebenen gebracht. Alexander Holder, bereits zum zweiten Mal Projektleiter des JEP!, zu den Zielen: „Mit Blick auf die Europawahl möchten wir durch unsere Projekte vor allem jungen Menschen die Bedeutung eines gemeinsamen Europas näherbringen. Durch Planspiele wie das Junge Europäische Parlament möchten wir die Europäische Union für junge Menschen greifbarer und verständlicher machen.“ Hauptamtsleiter Hubert Burkart betonte, dass das Landratsamt das Planspiel gerne erneut unterstützt, weil es besonders wichtig sei, dass sich junge Menschen mit Europa befassen. Er wünschte den Schülerinnen und Schülern spannende und faire Debatten und aufschlussreiche Eindrücke darüber, wie eine parlamentarische Demokratie funktioniert. Das Thema des Planspiels war die Asyl- und Migrationspolitik der Europäischen Union, ein hochaktuelles Thema, mit dem alle Jugendlichen bereits etwas verbinden konnten. Im Lauf des Tages haben die Jugendlichen in ihren Fraktionen einen Vorschlag der Kommission zur Thematik bearbeitet und zahlreiche Änderungen diskutiert. Es wurde deutlich, dass die Meinungsfindung zwischen 28 EU-Mitgliedsstaaten viel Zeit beansprucht und sehr komplex sein kann. Während der lebhaften Plenardebatte konnten die Teilnehmer erfahren, dass viel Kompromissfähigkeit und Verhandlungsgeschick nötig sind, um letztlich ein gemeinsames Gesetz zu verabschieden.

**EU-Mittel helfen im Rems-Murr-Kreis, berufliche Zukunft von Jugendlichen zu gestalten – Das ESF-Projekt „Chancen nutzen – Zugänge schaffen“ überzeugt durch Nachhaltigkeit**

Benachteiligte Jugendliche ab der 7. Klasse ohne und mit Migrationshintergrund beim nahtlosen Übergang von der Schule in eine berufliche Zukunftsperspektive zu unterstützen, ist ein festgelegtes Ziel in der regionalen Arbeitsmarktstrategie des Rems-Murr-Kreises zur Umsetzung des Europäischen Sozialfonds (ESF). Für Projektträger stehen im Rems-Murr-Kreis dafür jährlich 480 000 Euro Fördermittel aus dem ESF zur Verfügung.

„Chancen nutzen – Zugänge schaffen“ ist ein Projekt, das in den Genuss einer ESF-Förderung gekommen ist. Die Träger des modular aufgebauten und kreisweit aufgestellten Projekts sind der Kreisjugendring Rems-Murr e.V. und der Kreisdiakonieverband Rems-Murr-Kreis.

Bei einem Projektbesuch konnte sich der ESF-Arbeitskreis darüber ein Bild machen, dass die ESF-Gelder bei dem Projekt „gut angelegt“ sind. Exemplarisch wurde für den Besuch der „Jobpoint Remshalden“ gewählt, eine Initiative des Vereins Aufbruch e.V., der evangelischen Kirchengemeinde Hebsack-Rohrbronn und des Kreisdiakonieverbands Rems-Murr. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, Schüler und junge Erwachsene in Remshalden und Umgebung bei der Suche nach

einem Ausbildungsplatz zu unterstützen und bis zu einem erfolgreichen Abschluss zu begleiten.

Zweimal wöchentlich können Jugendliche den offenen Beratungstreff des „Jobpoints“ besuchen. Dort finden sie Unterstützung von Ehrenamtlichen, u.a. bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen, und werden zum Teil über mehrere Jahre begleitet. Dort, wo das Ehrenamt an seine Grenzen stößt, leistet Markus Knecht, Projektreferent beim Kreisdiakonieverband, professionelle Unterstützung. Sein Stellenanteil mit 20 Prozent ist mit ESF-Mitteln gefördert, sechs Stunden wöchentlich bringt er sich in das Projekt ein. „Der Aufbau von Beziehungsarbeit zu den Jugendlichen steht bei meiner Arbeit im Vordergrund, das braucht einen langen Atem“, erklärt Knecht, der das Projekt seit drei Jahren begleitet. Im Einzelfall beinhaltet sein Auftrag auch aufsuchende Arbeit. Unabdingbar für die Jugendlichen ist eine Nachbetreuung, die bis zum Abschluss der Ausbildung und einer Stabilisierungsphase in das Berufsleben andauert. Zu seinen Zielgruppen zählt Knecht insbesondere auch die Eltern der Jugendlichen.

Die Aktivitäten des Vereins Aufbruch e.V. werden mit privaten Zuwendungen und Spenden finanziert. Erster Vorstand und Mitinitiator des „Jobpoints“, Dr. Erwin Aigeldinger, betont: „Die Kombination aus ehrenamtlichem und professionellem Engagement machen den Jobpoint so erfolgreich. Die intensive persönliche Unterstützung und Begleitung von Jugendlichen wäre ohne den finanziellen Einsatz mit ESF-Mitteln jedoch nicht leistbar.“

Die Vereinsverantwortlichen freuten sich über den Besuch einer Delegation des ESF-Arbeitskreises, dem Christina Berghoff, Vorsitzende des ESF-Arbeitskreises beim Landratsamt Rems-Murr-Kreis, angehörte und den Beate Zabukovec, Beratungsstelle der regionalen ESF-Arbeitskreise beim Landkreistag Baden-Württemberg, ergänzte. Im Projekt



**Der Jobpoint Remshalden – ein gelungenes Beispiel für das Zusammenwirken von ehrenamtlichem und professionellem Engagement mit ESF-Mitteln im Rems-Murr-Kreis**

„Chancen nutzen“ wurden im letzten Jahr 246 Jugendliche und junge Erwachsene im Case-Management unterstützt und individuell begleitet, davon 72 Mädchen und Jungen im Jobpoint Remshalden.

In der Rankingsitzung am 8. November 2018 sprach sich der ESF-Arbeitskreis des Rems-Murr-Kreises für die Fortführung des Projekts „Chancen nutzen – Erreichen-Begleiten-Integrieren“ um weitere zwei Jahre 2019–2020 aus. Neu im Trägerverbund ist die Erlacher Höhe Ambulante Hilfen Rems-Murr und es wurde eine Erweiterung der Zielgruppe vorgenommen. Ein neues Projektteilmodul nach § 16h SGB II ist konzipiert, das sich an schwer zu erreichende junge Menschen unter 25 Jahren richtet, die von den Angeboten der Sozialleistungssysteme und Jugendhilfe nicht erreicht werden und mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Ansprüche an das SGB II hätten. Die Zielgruppe sind junge Menschen, deren soziale, familiäre und finanzielle Situation prekär ist und die zudem massiv von Obdachlosigkeit bedroht sind. Hier zu den jungen Frauen und Männern eine vertrauensvolle Beziehung aufzubauen und sie dem Jobcenter zuzuführen ist das Ziel. Dies geschieht durch aufsuchende Arbeit und Streetwork.

#### *Hintergrund:*

- Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist ein zentrales Finanzierungsinstrument der Europäischen Union im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und wird in Baden-Württemberg regional umgesetzt. Um die Gelder können sich Projektträger bewerben, der ESF-Arbeitskreis legt die Priorität für die Vergabe fest. Der ESF konzentriert sich in dieser Förderperiode auf die Förderung von Projekten für langzeitarbeitslose Menschen mit Ausgrenzungs- und Armutstendenzen. Ein weiteres Ziel ist die Vermeidung von Schulabbruch und Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit.
- In der aktuellen Förderrunde 2019–2020 werden sieben Projekte im Rems-Murr-Kreis mit ESF-Mitteln gefördert. Infos im Internet unter: [www.remsmurr-kreis.de](http://www.remsmurr-kreis.de) im Bereich Wirtschaftsförderung/Förderprogramme.
- Ziel des Vereins Aufbruch Remshalden e.V. ist es, Schülern direkte Kontakte zu potenziellen Arbeitgebern zu vermitteln. Zur festen Veranstaltungsplanung zählt der an der Realschule in Remshalden durchgeführte Bewerbungstag, an dem sich zahlreiche Firmen und Institutionen aus der Region beteiligen. Infos im Internet unter: <http://aufbruch-remshalden.de/>

- Der Jobpoint Remshalden kooperiert mit der Realschule in Remshalden und der Lehenbachschule in Winterbach. Infos im Internet unter: <http://aufbruch-remshalden.de/jobpoint/>

## Technische Verwaltung

### **Das deutsch-französische Feuerlöschboot „Europa 1“ feiert Jubiläum**

Das deutsch-französische Feuerlöschboot „Europa 1“ ist vergangenes Jahr zehn Jahre alt geworden. Dieses Jubiläum würdigten im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung jetzt die deutschen und französischen Mitglieder des grenzüberschreitenden örtlichen Zweckverbands Feuerlöschboot „Europa 1“ mit Frank Scherer, Landrat des Ortenaukreises, Verbandspräsident Reinhard Kirr, Dezernent für Sicherheit im Landratsamt Ortenaukreis, und Verbandsvizepräsident Thierry Carbiener, Präsident des Verwaltungsrates der französischen Brand- und Rettungsdienste für das Département Bas-Rhin.

„Das Feuerlöschboot ist eine echte deutsch-französische Maßarbeit und damit ein Musterbeispiel grenzüberschreitender Kooperation“, gratulierte Scherer zum Jubiläum dieses Leuchtturmprojektes. „Mit der Europa 1 wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit täglich gelebt“, so der Landrat. Er dankte den Akteuren des Zweckverbands für die gute Verwaltung und Organisation. Besonderen Dank richtete er an die französischen und die deutschen Einsatzkräfte der Feuerwehren, welche die Einsatzbereitschaft des Feuerlöschbootes rund um die Uhr gewährleisten.

Thierry Carbiener freute sich über die mehr als zehnjährige, erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Feuerwehrendiensten, Brandschutzbehörden und beteiligten Gebietskörperschaften beider Seiten des Rheines: „Unser Feuerlöschboot gehört zu den konkreten und

wertvollen Ergebnissen grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Was gibt es Bedeutenderes als dieses Zeichen der Solidarität für den Schutz der Menschen wie auch der wirtschaftlichen Einrichtungen und Anlagen an beiden Ufern des Rheins?“ Die Wichtigkeit des deutsch-französischen Feuerlöschbootes hätten nicht zuletzt die Straßburger Großeinsätze im Sommer 2018 gezeigt, so Carbiener.

„Europa 1“ nahm im Januar 2008 den Betrieb auf. Seine grenzüberschreitenden Aufgaben sind die Personenrettung, die Brandbekämpfung und die Wasserversorgung von Einheiten am Land bei großen Bränden im Bereich des mittleren Oberrheins.

Die Realisierung war nur durch die Beteiligung zahlreicher Akteure auf beiden Seiten des Rheins, die Finanzierung durch mehrere französische Gebietskörperschaften und des Landes Baden-Württemberg sowie die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union im Rahmen des Programms INTERREG III-A Oberrhein möglich. Getragen wird der Zweckverband auf deutscher Seite vom Ortenaukreis und weiteren Partnern (Stadt Kehl, Hafen Kehl, Landkreis Rastatt, Stadt Rheinau), auf der französischen Seite vom Département du Bas-Rhin mit seiner Feuerwehr- und Rettungswache (SDIS 67).

**Hintergrundinformationen:**

Mit der Europa 1 stellt der Zweckverband den Feuerwehr- und Rettungskräften des Départements Bas-Rhin sowie den Hilfsorganisationen der Stadt Kehl und des Ortenaukreises ein hochtechnisches und leistungsstarkes Boot für Rettungseinsätze auf dem Rhein bereit. Es ist 23 Meter lang, 6,20 Meter breit, 40 Stundenkilometer schnell, mit acht Mann Besatzung voll einsatzfähig und entspricht damit voll den heutigen Anforderungen an die Gefahrenabwehr auf dem Rhein. Zahlreiche Partner beteiligten sich an der Finanzierung des deutsch-französischen Feuerlöschbootes Europa 1:

Europäische Union, Programm INTERREG III-A	1 000 000 €
Land Baden-Württemberg als Bauherr	750 000 €
Generalrat des Départements Bas-Rhin	300 000 €
Französischer Staat	290 000 €
Region Elsass	75 000 €
Hafen Straßburg	50 000 €
Feuerwehr- und Rettungswache SDIS des Départements Bas-Rhin	35 000 €
<b>GESAMTKOSTEN</b>	<b>2 500 000 €</b>

Der grenzüberschreitende örtliche Zweckverband (GÖZ) EUROPA 1 ist durch die Eigentumsübertragung des Landes Baden-Württemberg, das Bauherr war, zum Eigentümer des Feuerlöschbootes geworden.

Dem GÖZ gehören die Feuerwehr- und Rettungswache (SDIS) des Départements Bas-Rhin, der Generalrat des Départements Bas-Rhin und der Ortenaukreis an. Der GÖZ ist für den Betrieb des Feuerlöschbootes zuständig und unterliegt französischem Recht, da sein Sitz bei der Feuerwehr- und Rettungswache des Départements Bas-Rhin (SDIS 67) in Straßburg-Wolfisheim angesiedelt ist.

Die verwaltungstechnische, finanzielle und technische Organisation des örtlichen Zweckverbands EUROPA 1 wird von den Dienststellen des SDIS 67 sichergestellt. Der Vorsitz erfolgt nach dem Prinzip der wechselnden Präsidentschaft. Diese wird jeweils für zwei Jahre abwechselnd vom SDIS 67 oder dem Ortenaukreis übernommen. Aktuell hat den Vorsitz der Ortenaukreis mit dem Präsidenten Reinhard Kirr. Der GÖZ hat einen gemeinsamen Betriebshaushalt, der jedes Jahr von der Mitgliederversammlung verabschiedet wird. Dieser Haushalt setzt sich aus den Beiträgen der Mitglieder zusammen. 2019 belaufen sich die Beiträge der Mitgliedskörperschaften auf insgesamt 80 000 Euro.

Der operative Betrieb des Feuerlöschbootes wird von den Feuerwehren des SDIS 67 und der Stadt Kehl übernommen. Die Besatzung besteht aus einem Schiffsführer und einem Maschinisten als Schiffspersonal sowie sechs Feuerwehrleuten als Einsatzkräfte, die gemäß einem Rufbereitschafts- und Bereitschaftsdienst abwechselnd von den jeweiligen Rettungskräften gestellt wird. Der Bereitschaftsdienst am Tag wird von den französischen Kräften von 7 bis 19 Uhr gewährleistet, während die deutschen Teams den Bereitschaftsdienst in der Nacht von 19 bis 7 Uhr und an den Wochenenden sicherstellen.

Im Geschäftsjahr 2018 verzeichnete die EUROPA 1 insgesamt 20 Einsätze, bei denen der Alarm entweder von der deutschen oder von der französischen Seite ausgelöst wurde. Verglichen mit den beiden Vorjahren ist die Anzahl der Einsätze leicht steigend.



Das Feuerlöschboot Europa 1 in Aktion und in der Nähe seines Liegeplatzes am Quai Jacoutot in Straßburg

## BODENSEEKREIS



**Regierungsbezirk Tübingen**  
**Einwohnerzahl: 215 679 (Stand 30.06.2018)**  
**Fläche in km<sup>2</sup>: 664,8 (Stand 30.06.2018)**  
**Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 23**  
**davon Große Kreisstädte: 2**

### Hausanschrift:

Landratsamt Bodenseekreis  
Glärnischstraße 1–3  
88045 Friedrichshafen

### Postanschrift:

Landratsamt Bodenseekreis  
Postfach 1940  
88041 Friedrichshafen

### Zentrale:

Telefon: 07541 / 204-0  
Telefax: 07541 / 204-5699  
E-Mail: [info@bodenseekreis.de](mailto:info@bodenseekreis.de)

### Pressestelle:

Telefon: 07541 / 204-5566  
Telefax: 07541 / 204-7566  
E-Mail: [pressestelle@bodenseekreis.de](mailto:pressestelle@bodenseekreis.de)

### Wirtschaftsförderung:

Geschäftsstelle Friedrichshafen  
Leutholdstraße 30  
88045 Friedrichshafen  
Telefon: 07541 / 38588-0  
Telefax: 07541 / 38588-33  
E-Mail: [info@wf-bodenseekreis.de](mailto:info@wf-bodenseekreis.de)

### Tourismus:

Deutsche Bodensee Tourismus GmbH  
Karlstraße 13  
88045 Friedrichshafen  
Telefon: 07541 / 37834 0  
Telefax: 07541 / 37834 18  
E-Mail: [info@echt-bodensee.de](mailto:info@echt-bodensee.de)  
Web: [www.echt-bodensee.de](http://www.echt-bodensee.de)



**Landrat:**  
Lothar Wölfle  
seit 14.05.2007

### Mandatsverteilung:

Gesamt 58 Sitze, davon

CDU:	20
Freie Wähler:	12
Bündnis 90/Grüne:	10
SPD:	8
FDP:	3
Linke:	2
EL:	1
Oberteuringer Liste:	1
BVÜOS:	1

### Geografische Lage:



**Mehr Infos:**  
[www.bodenseekreis.de](http://www.bodenseekreis.de)

### Wissenswertes

Der Bodenseekreis erstreckt sich entlang des nahezu gesamten baden-württembergischen Nordufers des Bodensees, in Richtung Nordosten in das Oberschwäbische Hügelland sowie in das Westallgäuer Hügelland hinein. Der Umfang seiner Außengrenze beträgt 217 km, davon rund 56 km Bodenseeufer. Mit rund 320 Einwohnern pro Quadratkilometer ist der Bodenseekreis verhältnismäßig dicht besiedelt. Das erzeugt eine interessante Mischung aus städtischem und ländlichem Siedlungscharakter. Zudem wächst die Bevölkerung stetig durch Zuzug.

Wirtschaftlich dominieren Industrie und produzierendes Gewerbe. Den Schwerpunkt bilden Maschinen-/Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik. Außerdem ist der Bodenseekreis ein ausgewiesenes Zentrum der Luft- und Raumfahrttechnik in Deutschland. In zahlreichen Rankings und Landkreisvergleichen wird immer wieder bestätigt: der Bodenseekreis zählt zu den Topregionen Deutschlands, was Wirtschaftskraft, Innovationstärke und Entwicklungschancen anbelangt. Das Handwerk ist ebenfalls eine wichtige wirtschaftliche Säule. In der Landwirtschaft prägen Sonderkulturen wie Obst-, Wein- und Hopfenanbau das Bild.

Dank des hohen Freizeitwertes und der landschaftlichen Schönheit ist auch der Fremdenverkehr für die Wirtschaftskraft der Region von großer Bedeutung.



Friedrichshafen